

Soziales im Blick

Landesbeilagen

SOVD



Mai 2026

SoVD mit Infostand auf dem Landesparteitag der SPD Brandenburg

Sozialen Kurs einschlagen!

Bei dem Landesparteitag der SPD Brandenburg kamen am 16. März die 130 Delegierten aus allen Regionen Brandenburgs im Kongresshotel Potsdam zusammen. Auch der SoVD Berlin-Brandenburg war mit einem gut besuchten Informationsstand vor Ort.

Unter dem Motto „Soziales ist uns nicht Stulle!“ verteilten Landesvorstandssprecher Armin Dötsch und Sozialreferent Quentin Mönlich SoVD-Stullentüten als humorvolle Erinnerung daran, dass soziale Gerechtigkeit in der neuen Regierungskonstellation nicht zur Nebensache werden darf.

Viele Delegierte und Gäste nutzten die Gelegenheit zum intensiven Austausch über Themen wie Inklusion, bezahlbares Wohnen und soziale Förderung. Dazu zählten unter anderem Ministerpräsident Dietmar Woidke, der Minister für Gesundheit und Soziales, René Wilke, der Bundeskanzler a. D. Olaf Scholz, sowie die Jusos Brandenburg.

Die große Anspannung auf dem Landesparteitag zu dem erwarteten Votum über die Annahme des ausgehandelten Koalitionsvertrags mit der CDU war spürbar. Als es schließlich zur Abstimmung kam, votierten die Delegierten mit klarer Mehrheit dafür. Damit ist der Weg frei gemacht worden für die rot-schwarze Koalition, die auf die nach nur wenigen Monaten zerbrochene Koalition aus SPD und BSW folgt.

Die SoVD-Forderungen für Brandenburg, die den Delegierten mit auf den Weg gegeben wurden:

Teilhabe von Menschen mit Behinderungen gewährleisten: Die UN-Behindertenrechtskonvention muss auch in Branden-



V. li.: Quentin Mönlich, Simona Koß, Bürgermeisterin der Gemeinde Prötzel, und Armin Dötsch.

burg vollumfänglich umgesetzt werden. Eine Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes würde die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken. Außerdem ist Barrierefreiheit im Verkehr, beim Wohnen und in anderen teilhaberelevanten Bereichen konsequent zu gewährleisten.

Sozialverwaltung bürgerfreundlich ausbauen: Gerade dort, wo es um existenzsichernde Leistungen geht, sollten Anträge zügig bearbeitet werden und die Behörden sollten die Antragstellenden aktiv unterstützen. Der Ausbau der digitalen Angebote ist sinnvoll, darf jedoch nicht zulasten der telefonischen und persönlichen Beratung erfolgen.

Gleichstellung von Frauen und Männern: Auch in Brandenburg ist die Gleichstellung von Männern und Frauen noch nicht verwirklicht. Gewalttaten an Frauen sind ein strukturelles Problem. Das Gewaltschutzgesetz muss konsequent umgesetzt werden. Der Mangel an Frauenhäusern in Brandenburg ist untragbar.

Bezahlbares Wohnen: Wohnraum, der auch für niedrige und mittlere Einkommen bezahlbar ist, wird in vielen Regionen immer knapper. Deshalb muss in Brandenburg ein wirksamer Umwandlungsschutz von Mietwohnraum etabliert werden. Der staatliche und gemeinwohlorientierte Wohnungssektor ist auszubauen.

Flächendeckender Nahverkehr in ganz Brandenburg: Gerade im ländlichen Raum braucht es dafür bessere Taktungen, mehr Verbindungen und eine langfristig gesicherte Finanzierung. Zugleich muss der Nahverkehr barrierefrei sein, damit Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Familien mit Kinderwagen Busse, Bahnen und Haltestellen selbstbestimmt nutzen können.

Soziale Förderungen sichern: Die Angebote der sozialen Daseinsvorsorge sind unverzichtbar für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für Menschen in Not. Um diese wertvolle Arbeit zu sichern, müssen die Fördermittel erhalten und mindestens um die inflationsbedingten Kostensteigerungen erhöht werden.

Investitionen im Bereich Gesundheit und Pflege: Die Menschen in Brandenburg brauchen eine gute ambulante wie stationäre medizinische und pflegerische Versorgung. Neben einer sorgfältigen Versorgungsplanung sind zusätzliche Investitionsmittel für medizinische Einrichtungen und Pflegeheime erforderlich.

Gute Schulbildung für alle: Es muss mehr investiert werden, das zeigt die schlechte Bilanz im Bundesländervergleich. Damit auch Schüler*innen mit Behinderungen am Unterricht und am Schulleben teilhaben können, müssen alle Schulen inklusiv sein.



Editorial



Liebe SoVD-Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

der 1. Mai ist kein Tag des bloßen Innehaltens. Er ist ein Tag des Aufbruchs, ein Tag der Forderung und ein Tag der Solidarität. Wenn wir an diesem Tag auf die Straßen gehen oder in unseren Gemeinden zusammenkommen, dann tun wir das nicht aus nostalgischer Tradition. Wir tun es, weil die Frage, was Arbeit wert ist, die Schicksalsfrage unserer Gesellschaft bleibt.

Hier möchten wir über eine einfache, aber fundamentale Gleichung sprechen, die in den politischen Debatten der letzten Jahre oft hinter komplizierten Statistiken versteckt wurde. Diese Gleichung lautet: Faire Löhne heute sind die einzige Garantie für ein würdevolles Leben im Alter und die einzige wirksame Bremse für explodierende Sozialausgaben.

Wenn ein Mensch Vollzeit arbeitet und am Ende des Monats dennoch jeden Cent zweimal umdrehen muss, dann ist das nicht nur ein individuelles Problem. Es ist ein Systemfehler. Wer arbeitet, muss davon leben können, und zwar gut. „Fordernd“ sagen wir deshalb: Schluss mit der Akzeptanz von Niedriglohnsektoren, die Menschen in die Abhängigkeit treiben! Wer heute zu wenig verdient, wird im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sein. Wir führen oft Debatten über das Rentenniveau und das Renteneintrittsalter. Doch die ehrlichste Rentenpolitik findet am Verhandlungstisch der Tarifparteien statt. Ein fairer Lohn ist die beste Altersvorsorge. Wenn wir zulassen, dass Löhne gedrückt werden, unterschreiben wir heute bereits den Bescheid für die Altersarmut von morgen.

Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit. Wir können nicht von der Jugend erwarten, ein System zu tragen, wenn wir gleichzeitig zulassen, dass die Erwerbsbiografien der heute Arbeitenden durch zu niedrige Einkommen entwertet werden. Ein würdevoller Ruhestand ist kein Privileg, sondern der verdiente Lohn für ein Leben voller Einsatz. Diesen Anspruch müssen wir mit Nachdruck verteidigen.

Oft wird so getan, als seien hohe Sozialausgaben ein Naturereignis oder das Ergebnis von zu viel Großzügigkeit. Die Wahrheit ist: Ein erheblicher Teil unserer Sozialausgaben ist in Wirklichkeit eine indirekte Subvention für Unternehmen, die keine existenzsichernden Löhne zahlen. Wenn der Staat das Einkommen von Vollzeitbeschäftigten durch Wohngeld oder andere Transferleistungen aufstocken muss, dann zahlt die Allgemeinheit die Zeche für die Unfairness am Arbeitsmarkt. Das ist ökonomisch unsinnig und gesellschaftlich destabilisierend.

Gerechte Löhne führen zu niedrigeren Sozialausgaben. Wer fair bezahlt wird, braucht keine staatliche Stütze. Wer fair bezahlt wird, trägt durch Steuern und Abgaben selbst dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert, dass Schulen gebaut, Straßen saniert und Krankenhäuser finanziert werden können. Fairness ist also kein Akt der Wohltätigkeit seitens der Arbeitgebenden, sondern eine ökonomische Notwendigkeit für einen stabilen Staat.

Daher unser Appell zum 1. Mai: Lassen Sie uns diesen Tag der Arbeit nutzen, um ein neues Kapitel aufzuschlagen. Ein Kapitel, in dem wir Arbeit nicht nur als Kostenfaktor begreifen, sondern als das Fundament unseres Zusammenhalts. An die Arbeitgeber*innen appellieren wir: Sehen Sie faire Löhne als Investition in die Stabilität unseres Marktes und in die Loyalität Ihrer Fachkräfte. An die Politik appellieren wir: Schaffen Sie Rahmenbedingungen, die gute Arbeit belohnen und Ausbeutung verhindern. An uns alle: Seien wir solidarisch! Fordern wir gemeinsam ein System ein, in dem sich Leistung lohnt, und zwar für alle. Wenn wir heute für faire Löhne kämpfen, dann tun wir das für die Rentner*innen von morgen, für die Steuerzahler*innen von heute und für den sozialen Zusammenhalt von uns allen.

Eure Sabine Schwarz, Joachim Melchert und Armin Dötsch



V. li.: Armin Dötsch, SoVD Landesverband; Urban Überschär, Friedrich-Ebert-Stiftung; Dietmar Woidke, Ministerpräsident Brandenburg; und Katrin Wuschansky, Friedrich-Ebert-Stiftung.



Die SoVD-Reisegruppe vor dem Industriemuseum in Brandenburg an der Havel.

SoVD-Tagesausflug führte ins Museum und Stahlwerk

Gigantische Technik

Der Ortsverband Spandau Nord / Süd bietet allen Interessierten Tagesausflüge ins Berliner Umland an interessante historische Orte an. Am 4. März ging es zum Industriemuseum Brandenburg an der Havel.

In dem Museum befindet sich der letzte Siemens-Martin-Schmelzofen Europas im einst größten Stahlwerk der DDR. Neben den Hochöfen gibt es auch Kräne, Werkstätten und Lokomotiven zu bestaunen. Der Museumsführer erklärte unter anderem die Abläufe des Schmelzens von Altmittel. Im Museum befindet sich auch die Brennabor-Ausstellung mit historischen Fahrzeugen und Kinderwagen. Brennabor war in den 1920er Jahren zeitweise die größte Automobilfabrik Deutschlands. Ferner gibt es im Museum DDR-Wohnungseinrichtungen zu sehen.

In dem Industriekomplex ist nun das Brandenburger Elektrostahlwerk GmbH angesiedelt. Nach der Führung durch das Stahlwerk und den Besuch des Museumshops stärkte sich die Reisegruppe im Stadtkern von Brandenburg an der Havel in einem Restaurant, um dann noch einen kleinen Stadtbummel zu unternehmen.

Nach dem ereignisreichen Tag ging es mit Tram und Regio zurück nach Berlin.

Der nächste SoVD-Tagesausflug führt am 20. Mai nach Werder (Havel). *Details siehe Rubrik „Termine“.*

Aufruf zur Demo zum Aktionstag am 5. Mai

Jährlich am 5. Mai findet der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen statt. Er wurde ins Leben gerufen, um auf deren Diskriminierung aufmerksam zu machen und echte Teilhabe sowie Inklusion in Europa einzufordern. Der 5. Mai ist gleichzeitig der Europatag des Europarates, womit unterstrichen

werden soll, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen fundamentale Menschenrechte in Europa sind.

Der SoVD Berlin-Brandenburg ist auch in diesem Jahr mit einem Infostand auf dem Platz vor dem Roten Rathaus dabei. Treffpunkt und Start: 15 Uhr am Brandenburger Tor, Kundgebung und Ziel der Demo: 16.30 Uhr vor dem Roten Rathaus.



Das Plakat zum Protesttag 2026.

SoVD fordert mehr Maßnahmen für die sichere Unterbringung von Obdachlosen

Kaum Schutzräume für Frauen

Die Anzahl obdachloser Menschen in Berlin ist nicht nur hoch, sondern steigt stetig. Nach Hamburg ist Berlin die Großstadt mit den meisten wohnungs- und obdachlosen Menschen. Insbesondere die Zahl der Frauen in dieser Gruppe nimmt seit Jahren zu.

In Berlin sind bis zu 40.000 Menschen wohnungslos, etwa ein Viertel davon sind Frauen. Das Land Berlin bietet ihnen Hilfen wie frauenspezifische Notübernachtungen, eine 24/7 Unterkunft, Housing-First Projekte sowie psychologische Beratung und einen Hygienebus, das „Duschmobil“, an. Der Sozialdienst katholischer Frauen e. V. ist in Berlin Träger von „Evas Obdach“ mit Schlafplätzen, Essen, Duschmöglichkeiten und Beratung ausschließlich für Frauen – leicht zugänglich und kostenlos. Leider ist der Zugang zu Kältehilfe- oder Notübernachtungsplätzen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen häufig wegen Überfüllung erschwert oder gar nicht möglich. Deshalb braucht es dringend mehr sichere Schlafplätze nur für



Foto: mart-production/pexels

Die Zahl der Menschen ohne Wohnung nimmt zu. Sichere Schlafplätze gibt es für sie viel zu wenige.

Frauen und auch geschützte Räume für lesbische Frauen, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche und agender Personen.

Auch in Brandenburg sind tausende Menschen betroffen. Über ausschließlich obdachlo-

se Frauen in Brandenburg gibt es keine exakten Zahlen, aber die Tendenz ist allgemein steigend und damit auch die Zahl der Frauen die, sei es bedingt durch Mietschulden oder durch Mangel an bezahlbarem Wohnraum, auf der Straße leben.

Berlin ist das erste Bundesland mit einem Sicherheitskonzept für queere Menschen

Berlin soll für alle sicher sein

Berlin gilt als die Geburtsstadt der weltweiten queeren Emanzipationsbewegungen. Dennoch ist Gewalt gegen queere Menschen ein alltägliches Phänomen in der „Regenbogenhauptstadt“. Am 24. März hat der Senat als erstes Bundesland eine „Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ beschlossen.

Weder auf Bundes- noch auf Landesebene gibt es bisher eine solche Strategie mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gegen den Anstieg queerfeindlicher Straftaten.

Berlin soll spürbar sicherer werden und weiterhin eine lebenswerte Stadt bleiben für LSBTIQ* (lesbische, schwule, bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und queere) Menschen. Mit der Landesstrategie werden die Rechte gezielter geschützt und damit der Alltag queerer Menschen.

Teil der Strategie sind verbesserte Sicherheitskonzepte rund um Großveranstaltungen und kleinere Feste und eine stärkere Sensibilisierung von Polizei und Sicherheitspersonal für das Thema. In Parks oder an bestimmten Treffpunkten könnten Notrufsäulen installiert werden.

In einem auf zwei Jahre angelegten, breiten Beteiligungsprozess, an dem über 400 Menschen teilnahmen, wurden passgenaue Zielsetzungen und Maßnahmen entwickelt mit dem Ziel, Queerfeindlichkeit in Berlin noch effektiver entgegenzutreten und die Sicherheit und den Schutz weiter nachhal-



Michael Meder und Jeroen Brozek stellen anlässlich des CSD 2025 ein Plakat des SoVD auf.

tig zu verbessern. Hintergrund ist der zuletzt starke Anstieg queerfeindlicher Straftaten. In einem Papier findet sich die Zahl von 588 Vorfällen im Jahr 2023, darunter 127 Gewaltdelikte. Die Taten verteilen sich in ungleichen Mustern über das Stadtgebiet, sie werden insbesondere in Regionen mit sichtbarem und offenem queeren Leben angezeigt und überschneiden sich mit dem Ausgehen im öffentlichen Raum.

Gegen Hass im Internet soll eine Fachstelle für Queerfeindlichkeit im Netz aufgebaut werden. In jedem Bezirk ist die

Schaffung von Anlaufstellen zum Diskriminierungsschutz mit unterschiedlichsten Angeboten geplant. Beim Schulneubau sollen geschlechtsneutrale Duschen und Toiletten mitgedacht werden.

Der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg begrüßt die neue Berliner „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“, die sofort in Kraft getreten ist, denn Berlin soll sicher sein für alle und weiterhin eine lebenswerte Stadt bleiben, die von genau dieser Vielfalt lebt.

Quelle: Senatskanzlei Berlin

Sozialrechtsberatung

Bitte wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zuerst an die zuständige Sozialberatung in Ihrer Gliederung. Zur Kontaktaufnahme bitte deutlich Name, Mitglieds- und Telefonnummer auf dem Anrufbeantworter hinterlassen!

Landesgeschäftsstelle

Jeden zweiten Dienstag, 9–12 Uhr: Offene Sprechstunde der Sozialrechtsberatung, letzte Anmeldung 11 Uhr. Beratung maximal 15 Minuten pro Person, Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin.

Kreisverband Berlin-Ost

Dienstags 10–12 Uhr und donnerstags nach Vereinbarung, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

Mittwochs 10–12 Uhr nach Vereinbarung, Galileistrasse 31, 12435 Berlin (im Wahlkreisbüro von Alexander Freier-Winterwerb, MdA), Ansprechpartner: Uwe Beck, Tel.: 030/72 62 22 385, E-Mail: uwe.beck@sovd-bbg.de.

SoVD-Beratungsstelle Bürgerzentrum Neukölln

Jeden Mittwoch, 13–15 Uhr,

Werbellostraße 42, 12053 Berlin. Ansprechpartner: Quentin Mönnich, Telefon: 0170/30 98 284, E-Mail: quentin.moennich@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, Nachbarschaftsheim, Holsteinische Straße 30, 12161 Berlin. Ansprechpartner*in: Jutta Zoll, Tel.: 0151/10 02 62 69, E-Mail: jutta.zoll@sovd-bbg.de; Jürgen von Rönne und Bodo Feilke, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: kv.charwil@sovd-bbg.de.

Kreisverband Reinickendorf

Jeden zweiten Dienstag, 10–14 Uhr, Eichborn-damm 96, 13403 Berlin. Ansprechpartner: Quentin Mönnich, E-Mail: quentin.moennich@sovd-bbg.de.

Kreisverband Spandau

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: kv.spandau@sovd-bbg.de.

Ortsverband Falkensee

Dienstags 10–12 Uhr, Falkenhagener Straße 26, 13585 Berlin. Ansprechpartner: Roland Harnoth, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.falkensee@sovd-

bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

Beratungstermine nach Vereinbarung, Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04, E-Mail: kv.steglitz@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg

Termine nach Vereinbarung, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

Beratungstermine jeden Dienstag und nach Vereinbarung, Waldstraße 48, 10551 Berlin. Ansprechpartner*in: Joachim Krüger und Marion Halten-Bartels, Tel.: 030/26 39 38 06, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Kreisverband Brandenburg Nord-Ost Ortsverband Prignitz-Ruppin

Termine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Thorsten Waue, Tel.: 0163/87 00 665, E-Mail: kv.brnbordost@sovd-bbg.de und Dr. Martin Bock, Tel.: 03341/42 18 72, E-Mail: ov.fuerstenwalde@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Hoppegarten

Beratung jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr, im Haus der Generationen (Musiksaal), Lindenallee 12, 15366 Hoppegarten. Ansprechpartner: Armin Dötsch, Tel.: 0171/12 51 999, E-Mail: ks.hoppegarten@sovd-bbg.de.

Brandenburg an der Havel

Ritterstraße 91, 14770 Brandenburg/Havel. Ansprechpartner: Frank Gerstmann, Tel.: 0175/19 68 636, E-Mail: ks.brandenburg-havel@sovd-bbg.de.

Eisenhüttenstadt OT Fürstenberg / Oder-Spree

Sozialberatung montags 16.30–17.30 Uhr und donnerstags 15.30–17.30 Uhr. Ansprechpartner: Christoph Kröber, Tel.: 0177/46 31 307, E-Mail: ks.oder-spree@sovd-bbg.de.

SoVD-Sozialmobil im südlichen Brandenburg

Mobile Sozialberatung nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1, 03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Ines Bärsch, Tel.: 0151/17 85 18 41, E-Mail: mobil@sovd-bbg.de.

Sozialberatungsstelle Finsterwalde

Beratungstermine nach Vereinbarung, Kirchhainer Straße 1,

03238 Finsterwalde. Ansprechpartnerin: Cornelia Schreiber, Tel.: 01511/56 54 036, E-Mail: ks.fensterwalde@sovd-bbg.de.

Cottbus

Beratungstermine nach Vereinbarung. Ansprechpartner: Michael Netzker, Tel.: 0176/93 22 85 83, E-Mail: ks.cottbus@sovd-bbg.de.

Kontaktadressen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg

Adresse: Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin (barrierefreier Eingang: Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12).

Landesgeschäftsführung (kommissarisch): Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 27, E-Mail: gf@sovd-bbg.de.

Mitgliederverwaltung: Bernhard Kippert, E-Mail: kontakt@sovd-bbg.de.

Ehrenamtsbüro: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 030/26 39 38 21, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

Presse / Verbandszeitung / Homepage: Ute Loßin und Jeroen Brozek, E-Mail: redaktion@sovd-bbg.de.

Damit die Mitgliederpost und die SoVD-Zeitung Sie ohne Verzögerung erreichen, teilen Sie uns bei einem Umzug bitte rechtzeitig Ihre neue Adresse mit – vielen Dank!

Aus den Orts- und Kreisverbänden



Treffpunkt Wilmersdorf

Treffpunkt Wilmersdorf

Bei frühlingshaftem Wetter begrüßte Barbara Kubanke, Frauensprecherin des Kreisverbandes Charlottenburg-Wilmersdorf, viele Gäste und Interessierte zum Frauenstammtisch am 7. März. Sie informierte die Anwesenden über den anstehenden Internationalen Frauentag und berichtete, dass er seit 2019 ein Feiertag in Berlin und seit 2023 in Mecklenburg-

Vorpommern ist. Sie erwähnte auch, dass der SoVD den Monat März zum Gleichstellungsmonat ernannt hat und auf der Webseite des Bundesverbandes ausführliche Dossiers zum Nachlesen über die Bedeutung der Frauenaktionstage stehen. Kreisvorsitzender Bodo Feilke wies die Gäste auf die geplanten Veranstaltungen des Landesverbandes und der Kreis- und Ortsverbände hin.

Angeregte Gespräche rundeten den Frauenstammtisch ab.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Jedes Jahr finden in den beiden Ostberliner Bezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg in Kooperation mit den großen Einkaufszentren Eastgate und Linden-Center Sozialtage statt. Der SoVD-Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost war am 5. März mit einem Infostand vertreten. Mitten in der Einkaufspassage konnten sich die Bürger*innen über vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Bereichen Gesundheit und Soziales in ihrem Bezirk informieren und direkt mit den Mitarbeitenden der Vereine und Verbände persönlich ins Gespräch zu kommen. Die Sozialstadträtin für Marzahn-Hellersdorf, Juliane Witt, besuchte den SoVD-Infostand. Daneben konnten an diesem Tag viele Gespräche mit den Passant*innen geführt

werden. In diesem Jahr suchten besonders viele Frauen den Austausch und informierten sich auch über die frauenpolitischen Aktivitäten des SoVD. Ortsvorsitzender Bernd Röber, gab dem Lokalradio sogar noch ein Interview.

Ortsverband Spandau Nord / Süd

Das Mitgliedertreffen des Ortsverbandes Spandau

Nord/Süd fand unter dem Motto „Gut und günstig essen“ statt und brachte den Teilnehmer*innen Gerichte der polnischen Küche näher. Gemeinsam wurden Piroggen hergestellt. Die Pirogge ist eine gefüllte Teigtasche aus Hefe-, Blätter- oder Nudelteig, die in der ostmittel- und osteuropäischen sowie finnischen Küche weit verbreitet ist.

Fortsetzung auf Seite 14



Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost



Herzlichen Glückwunsch



Aus den Orts- und Kreisverbänden



Foto: Svetlana Wall/Adobe Stock

*Wenn wir Freude am Leben haben,
kommen die Glücksmomente von selber.*

Ernst Ferstl

Im Namen des gesamten Vorstandes und des Mitarbeiter*innen-Teams gratuliert der Landesverband Berlin-Brandenburg seinen Mitgliedern herzlich zum Geburtstag!

Besondere Glückwünsche gehen an:

90 Jahre: 9.5.: Marianne Mistelski, Berlin; 11.5. Karl Rochlitz, Berlin; 14.5.: Käthe Zemke, Berlin; 23.5.: Helena Pyka, Berlin; 23.5.: Jürgen Ellinghaus, Potsdam; 30.5.: Albert Dietze, Berlin.

91 Jahre: 11.5.: Horts Joschka, Berlin; 15.5.: Werner Jahr, Berlin; 18.5.: Ursula Richter-Devers, Kleinmachnow; 22.5.: Christine Balgerei, Berlin; 30.5.: Christel Alsleben, Berlin.

92 Jahre: 3.5.: Gisela Thiele, Berlin; 19.5.: Renate Strauß, Berlin.

93 Jahre: 13.5.: Ingo Grossmann, Berlin; 19.5.: Herbert Nieft, Berlin.

95 Jahre: 18.5.: Margot Gösch, Berlin.

96 Jahre: 19.5.: Aribert Richter, Berlin.

98 Jahre: 9.5.: Gisela Nitzke, Berlin.

99 Jahre: 25.5.: Euphemie Kersten, Berlin.

Glückwünsche und Dank für langjährige Treue zum Verband gehen an:

35 Jahre: 6.5.: Angelika Bannani, Berlin; 1.5.: Dorina Nürnberg, Berlin.

40 Jahre: 14.5.: Alexander Schulze, Berlin.

45 Jahre: 19.5.: Karin Jahn, Berlin; 18.5.: Ursula Richter-Devers, Kleinmachnow.



Ortsverband Spandau Nord / Süd

Fortsetzung von Seite 13

Die Teigtaschen werden von Hand ausgestochen, gefüllt und geformt. Daher werden sie traditionellerweise in Gemeinschaftsarbeit angefertigt. Mehr als 20 Mitglieder beteiligten sich an der Herstellung. Es war ein lustiges Treiben mit vielen netten Gesprächen. Nicht verzehrte Piroggen konnten mit nach Hause genommen werden. Auch das Rezept wurde allen zur Verfügung gestellt, um die Piroggen nachzukochen.

Ein weiteres Mitgliedertreffen stand unter dem Motto „Frauengesundheit“. Anlass waren die Aktionstage des SoVD zum Gleichstellungsmonat März.

Nach einer kleinen Kaffeetrunde trugen engagierte Mitglieder wie Christiane Ketzmar und die Frauensprecherin Barbara Bilicka Informationen zum

Internationalen Weltfrauentag am 8. März und über die Rolle der Frau in der Gesellschaft vor.

Beim Thema Frauengesundheit gingen sie sowohl auf anatomische als auch gesellschaftlich bedingte Krankheiten bei Frauen ein. Die Symptome zum Beispiel bei Herzinfarkt sind bei Frauen völlig anders als bei Männern. Auch werden neue Medikamenten oft nur an Männern getestet, obwohl bekannt ist, dass Frauenkörper darauf ganz anders ansprechen.

Für das leibliche Wohl hatte Kreisvorsitzender Armin Dötsch gesorgt. Nach den Vorträgen und dem Essen ließen Mitglieder und Gäste den Abend gemütlich ausklingen.



Ortsverband Spandau Nord / Süd

5 Termine

Landesgeschäftsstelle

Jeden Mittwoch, 17–19 Uhr: LineDance. Anmeldung bei Sabine Laudahn, Tel.: 0171/41 45 266, E-Mail: sabine.laudahn@sovd-bbg.de.

Jeden Donnerstag, 12–17 Uhr: Nähwerkstatt. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

12. Mai, 14 Uhr: Aktion Herzkissen, Landesgeschäftsstelle. Ansprechpartnerin: Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

18. Mai, 16 Uhr: AG-Ehrenamt, Teilnahme auch online möglich. Anmeldung bei Heike Roß-Ritterbusch, Tel.: 0160/92 82 45 99, E-Mail: ehrenamt@sovd-bbg.de.

20. Mai: Tagesausflug nach Werder, Stadtpaziergang, Weinberg und Einkehr. Anmeldung erforderlich bei Dieter Roch, E-Mail: d.r-bear50@web.de, Tel.: 0176/46 04 19 60.

Ort: Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin, barrierefreier Eingang Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 12.

Ortsverband Stadtverband Berlin-Ost

Ansprechpartner: Bernd Röber, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinost@sovd-bbg.de.

Ortsverband Berlin-Mitte

20. Mai, 16 Uhr: Offener Stammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin. Ansprechpartner: Michael Meder, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.berlinmitte@sovd-bbg.de.

Ortsverband Treptow-Köpenick

19. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung, Kiezklub Rathaus Johannisthal, Sternendamm 102, 12487 Berlin. Ansprechpartnerin: Katrin Sprieß, Tel.: 030/26 39 38 01, E-Mail: ov.trepkoep@sovd-bbg.de.

Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

19. Mai, 15 Uhr: Treffpunkt Charlottenburg. Mitgliedertreffen, Stadtteilzentrum, Nehringstraße 8, 14059 Berlin. Ansprechpartner: Jürgen von Rönne, Tel.: 030/26 39 38 02

oder 030/38 27 645, E-Mail: ov.charlottenburg@sovd-bbg.de.

21. Mai, 15 Uhr: Treffpunkt Wilmersdorf, Mitgliederversammlung, Werner-Bockelmann-Haus, Bundesallee 48 b-50, 10715 Berlin. Ansprechpartner: Joachim Melchert, Tel.: 030/26 39 38 02, E-Mail: ov.wilmersdorf@sovd-bbg.de.

23. Mai, 10 Uhr: Frauenstammtisch, Restaurant „Ännchen von Tharau“, Stralauer Straße 63, 10719 Berlin.

23. Mai, 12 Uhr: Spaziergang mit Claudia und Dieter. Es können Kosten entstehen. Ansprechpartnerin: Barbara Kubanke, Tel.: 030/38 12 703.

Kreisverband Neukölln Ortsverband Neukölln-Britz-Buckow-Rudow

Ansprechpartner: Alfred Lotz, Tel.: 030/26 39 38 03, E-Mail: kv.neukoelln@sovd-bbg.de.

Kreisverband Spandau Ortsverband Spandau-Mitte

6. Mai, 14 Uhr: Mitgliedertreffen mit Kaffeetafel, Havelterrassen, Spandauer Burgwall 27-29, 13581 Berlin.

28. Mai, 18.45 Uhr: Mitgliederversammlung, Seniorenclub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin.

Ansprechpartnerin: Elke Beuke, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaumitte@sovd-bbg.de.

Ortsverbände Spandau Nord / Süd und Falkensee

17. Mai, 13 Uhr: Spargelesen, Landesgeschäftsstelle, Kurfürstenstraße 131, 10785 Berlin. Anmeldung erforderlich bei Sigrid Petersdorf, Tel.: 0178/90 22 182.

21. Mai, 18.30 Uhr: Mitgliedertreffen mit Jahreshauptversammlung, Seniorenklub Lindenufer, Mauerstraße 10 A, 13597 Berlin. Anmeldung bei Christiane Ketzmer, Tel.: 030/26 39 38 09, E-Mail: ov.spandaunordsued@sovd-bbg.de.

Kreisverband Steglitz-Zehlendorf

7. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, SoVD-Treff Maria-Rimkus-Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin.

27. Mai, 15 Uhr: Mitglieder-

treffen, SoVD-Treff Hertha-Müller-Haus, Argentinische Allee 89, 14163 Berlin. Ansprechpartner: Wolfgang Engelmann, Tel.: 030/26 39 38 04 oder 030/76 40 32 10, E-Mail: kv.zehlendorf@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tempelhof-Schöneberg Ortsverband Kreuzberg-Schöneberg

9. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen. Seniorenfreizeitstätte „Am Mühlenberg“, Am Mühlenberg 12, 10825 Berlin. Ansprechpartnerin: Sabine Schwarz, Tel.: 030/26 39 38 08, E-Mail: kv.tempschoen@sovd-bbg.de.

Kreisverband Tiergarten-Wedding

5. Mai, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Bericht zu den Sparplänen der Bundesregierung im Bereich Soziales und Renten.

26. Mai, 14.30 Uhr: Berichte aus den bezirklichen Beiräten.

Ort: Waldstr. 48, 13403 Berlin. Anmeldung erbeten bei Rita Krüger-Bieberstein, Tel.: 030/26 39 38 06 oder 030/41 44 662, E-Mail: kv.tierwedding@sovd-bbg.de.

Der Lipoprotein(a)-Wert sollte einmal im Leben bestimmt werden

Herzinfarkt in jungen Jahren

Für die Betroffenen ist es ein Schock: Herzinfarkt – und das mit nicht einmal 50 Jahren. Im Zuge der routinemäßigen Blutuntersuchung wird bei jüngeren Herzinfarktpatient*innen oft festgestellt, dass der Wert eines bestimmten Blutfetts – Lipoprotein(a), kurz Lp(a), stark erhöht ist.

Darüber hinaus stellt sich bei derart Betroffenen oft heraus, dass bei Familienangehörigen bereits im jüngeren Lebensalter Herzinfarkte aufgetreten sind. Lp(a) ist ein Cholesterin-Partikel, das dem LDL-Cholesterin, einem wichtigen Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, ähnelt. Es transportiert Fette im Blut und kann die Gefäßwände potenziell stärker schädigen als LDL-Cholesterin allein, was langfristig die Plaquebildung fördert. „Das macht Lp(a) neben LDL-C zu einem weiteren Blutfett, das zu Gefäß-Komplikationen wie Herzinfarkt und Schlaganfall beitragen kann. Das gilt besonders bei jüngeren Frauen und Männern, auch wenn keine klassischen Risikofaktoren vorliegen“, betont Kardiologe Prof. Dr. Heribert Schunkert, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Deutschen Herzstiftung. „Deshalb empfehlen wir entsprechend der Leitlinie einmal im Leben den Check des Lp(a)-Wertes im Blut.“

Lp(a) ist ein weithin unbekannter Risikofaktor

Das LDL-Cholesterin – umgangssprachlich häufig als „schlechtes Cholesterin“ bezeichnet – ist als Risikofaktor für Herzinfarkt bekannt. Bei Vorsorgeuntersuchungen wird es daher regelmäßig kontrolliert. „Weithin unbekannt ist dagegen, dass ein erhöhter Lp(a)-Wert ein eigenständiger Risikofaktor für Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist und die Gefahr für einen Herzinfarkt steigern kann“, so Prof. Schunkert, Direktor der Klinik für Herz- und Kreislauferkrankungen am TUM Klinikum Deutsches Herzzentrum München. So bleibt ein hoher Lp(a)-Wert häufig unerkannt, weil er nicht gemessen wird. Von einem grenzwertig erhöhten Lp(a)-Wert spricht man bei Größenordnungen von 30 bis 50 mg/dl (das entspricht circa 75 bis 105 nmol/l), während Werte darüber – größer als 50 mg/dl oder 105 nmol/l – als deutlich erhöht gelten. Wird ein solch hoher Wert bei der Blutuntersuchung festgestellt, ist eine Familienanamnese besonders wichtig. Dabei



Foto: New Africa / Adobe Stock

Selbst junge, gesunde Menschen können einen Herzinfarkt bekommen, wenn sie erblich mit einem hohen Lp(a)-Wert belastet sind.

wird abgefragt, ob bereits in jungen Jahren ein Herzinfarkt oder eine schwere koronare Herzkrankheit aufgetreten sind. Denn der Lp(a)-Wert ist zu 90 Prozent erblich festgelegt. Etwa jeder fünfte Mensch hat einen erhöhten Lp(a)-Wert – oft, ohne es zu wissen.

Lp(a) sollte einmal im Leben bestimmt werden

Erwachsene sollten einmal im Leben den Lp(a)-Wert im Blut bestimmen lassen, um ein potenzielles zusätzliches höheres Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen frühzeitig erkennen und gegensteuern zu können. „Es genügt eine einzige Bestimmung, da der Wert im Laufe des Lebens weitgehend konstant bleibt“, so Schunkert. Wurde ein hoher Wert festgestellt, wird er auch bei späteren Blutuntersuchungen erhöht sein. Ein niedriger Wert bleibt in der Regel auch in Zukunft niedrig.

Behandlungsmöglichkeiten bei erhöhtem Lipoprotein(a)

Zurzeit gibt es noch kein Medikament, das gezielt den Lp(a)-Spiegel senken kann. Auch Cholesterinsenker, sogenannte Statine, können ihn nicht reduzieren. Bei der Behandlung von Menschen mit erhöhtem Lp(a)-Wert spielen Statine und andere cholesterinsenkende Medikamente dennoch eine wichtige Rolle. Das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist von mehreren Faktoren abhängig, die sich unheilvoll er-

gänzen. Etwa von erhöhten LDL-Cholesterin-, Blutdruck- und Blutzuckerwerten sowie vom Lebensstil insgesamt. „Da der Lp(a)-Wert selbst kaum durch Ernährung, körperliche Aktivität beeinflusst werden kann, ist es umso wichtiger, etwa das LDL-Cholesterin medikamentös durch Statine niedrig zu halten und die anderen Risikofaktoren, möglichst gut einzustellen und konsequent zu kontrollieren. So lässt sich das Risiko in seiner Gesamtheit senken“, sagt Prof. Andrea Bäßler, Leiterin der Hochschulambulanz mit Lipidambulanz am Universitätsklinikum Regensburg.

Medikamentöse Therapieverfahren zurzeit erforscht

Nach Medikamenten, die Lp(a) gezielt senken können, wird zurzeit intensiv geforscht. Zurzeit werden mehrere Wirkstoffe in klinischen Studien getestet. Mit den neuen Ansätzen gelingt es, den Lp(a)-Spiegel um 80 bis 90 Prozent zu senken. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Klärung der Frage, ob die neuen Wirkstoffe nachweislich das Risiko für Herzinfarkt und Schlaganfall reduzieren können. Derzeit laufen zu dieser Fragestellung große Studien. „Wenn diese Studien erfolgreich verlaufen, könnte in den kommenden Jahren erstmals eine gezielte medikamentöse Behandlung für Risikopatienten mit stark erhöhtem Lipoprotein(a) möglich sein“, betont Prof. Bäßler. *Quelle: Deutsche Herzstiftung*

Stellungnahme des Bayerischen Gehörlosenverbandes

(Alten-)Pflege ist nicht auf Gehörlose eingestellt

Auf einer Podiumsdiskussion am 10. April wurde auf eine Senior*innengruppe aufmerksam gemacht, deren Bedürfnisse in der Pflege weitgehend unbeachtet bleiben: gehörlose Menschen.

Im Würzburger Congress Centrum diskutierten Dr. Bernhard Opolony vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention, die Landtagsabgeordneten Dr. Andrea Behr (CSU), Anton Rittel und Felix Freiherr von Zobel (beide Freie Wähler) sowie Volkmar Halbleib (SPD) und Kerstin Celina (Bündnis 90/Die Grünen).

Obwohl die bayerische Pflegestrategie „Gute Pflege. Daheim in Bayern“ die Stärkung des häuslichen Umfelds und soziale Quartierskonzepte forciert, bleibt die Realität für Gehörlose oft einsam. „Ein Pflegeheimplatz ohne Gebärdensprache ist für unsere Senioren wie eine Isolationshaft“, macht Daniel Büter, politischer Referent des LVBYGL (Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V.), deutlich. Während die Strategie der Landesregierung die Pflege zuhause favorisiert, um das soziale Umfeld wie Familie, Nachbar*innen und Alltagsorte als Kommunikationsfaktoren zu erhalten, bedeutet das für Gehörlose oft das genaue Gegenteil. „Für unsere sprachliche Minderheit wie die Gehörlosen ist der geografische Nahraum oft ein Raum des Schweigens, da dort kaum jemand ihre Sprache, die Deutsche Gebärdensprache, beherrscht“, so Büter.

Anlässlich des 10. Bayerischen Landestreffens in Würzburg veröffentlicht der Landesverband Bayern der Gehörlosen e. V. (LVBYGL) seine wegweisende Stellungnahme „Gute Pflege dahoam auch in Gebärdensprache? Wege zur gebärdensprachfreundlichen Pflegelandschaft in Bayern“.

In der Beratungspraxis der Gehörlosenseelsorge und der Verbände zeigt sich eine besorgniserregende Entwicklung: Gehörlose Menschen werden immer häufiger von regulären Pflegeheimen abgelehnt. Die Einrichtungen begründen dies oft mit dem „unverhältnismäßig hohen Kommunikationsaufwand“, den das Personal nicht leisten könne. Diese Praxis führt zu einer automatischen Exklusion gehörloser Senior*innen vom Pflegemarkt und unterstreicht die dringende Notwendigkeit für spezialisierte gebärdensprachliche Einrichtungen, in denen Kommunikation als Grundrecht und nicht als Zusatzaufwand verstanden wird.

Um ein würdevolles Altern zu realisieren, definiert der LVBYGL in seinem Papier fünf Kernforderungen. Dazu gehören die Initiierung eines überregionalen Modellprojekts in Bayern sowie die Gründung einer spezialisierten gGmbH für die Gehörlosenpflege. Zudem fordert der LVBYGL die Implementierung verbindlicher Qualitätsstandards nach dem „DeafSpace“-Konzept und die Absicherung des kommunikationsbedingten Mehraufwands durch die Kostenträger. Eine reine Sozialberatung wird dabei als alleinige Pflegelösung ausdrücklich abgelehnt. *Quelle: LVBYGL*



Foto: rainbow33 / Adobe Stock

Gehörlose erleben Sprache als Barriere und sind sehr isoliert, wenn niemand in Gebärdensprache mit ihnen kommunizieren kann.

Neues Online-Klageverfahren an den Amtsgerichten Nürnberg und Erding

Klage von Zuhause erledigen

Ärger um einen ausgefallenen Flug? Wer einen Geldbetrag unter 10.000 Euro vor dem Amtsgericht einklagen will, kann das seit dem 16. April an zwei Gerichten in Bayern in vielen Fluggastrechtfällen vollständig elektronisch erledigen. Nach und nach wird das Online-Verfahren auf weitere Streitgegenstände erweitert.

Der Bund hat mit dem Gesetz zur Entwicklung und Erprobung eines Online-Gerichtsverfahrens in der Zivilgerichtsbarkeit die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Das Projekt soll bundesweit an 18 Pilotgerichten unter realen Bedingungen getestet werden. Bayern beteiligt sich mit dem Amtsgericht Nürnberg und dem Amtsgericht Erding (ausschließlich im Bereich der Fluggastrechte).

Klage online einfacher und kostengünstiger

Bayerns Justizminister Georg Eisenreich: „Ich freue mich sehr, dass der Bund die Zivilprozessordnung für diesen Testlauf modernisiert hat. Menschen wünschen sich auch bei Rechtsstreitigkeiten bequeme, einfache und kostengünstige Lösungen. Das Online-Verfahren spart Zeit und Geld. Damit erleichtern wir den Zugang zum Recht und stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat. Zugleich entlasten wir auch unsere Gerichte.“

Regelfall soll komplett elektronisch verlaufen

Laut Gesetzesentwurf schätzt die Bundesregierung, dass das Online-Verfahren Bürger*innen bundesweit aufgrund der digi-



Foto: PaeGAG / Adobe Stock

Ohne viel Zeitaufwand und lange Wege sollen künftig Klagen online eingereicht und abgewickelt werden.

talen Kommunikation und der Wegezeiten rund 98.000 Stunden im Jahr erspart und den Gerichten 8.300 Arbeitsstunden.

Im Regelfall sollen die Verfahren komplett elektronisch verlaufen, allein über die Verwendung digitaler Eingabesysteme und das Einreichen elektronischer Dokumente, ohne dass eine Verhandlung stattfindet. Falls das nicht möglich ist, ist eine Videoverhandlung vorgesehen. Falls auch diese Option ausscheidet, eine Verhandlung vor Ort im Gericht. Die Pilotgerichte bieten damit vollständig digitale Verfahren

an – von der Einleitung mittels digitaler Eingabesysteme bis hin zur Entscheidung.

Projekt soll erstmal zehn Jahre getestet werden

Das neue Online-Klageverfahren an den Pilotgerichten ist zeitlich begrenzt und nicht verpflichtend. Das Projekt ist auf zehn Jahre angelegt und soll nach zwei, vier und acht Jahren evaluiert werden.

Die Einleitung eines Online-Verfahrens ist möglich unter: service.justiz.de.

Quelle: Bayerisches Staatsministerium der Justiz



Das Märztreffen im SoVD Michelau bei Kaffee und Kuchen.

Ortsverband Michelau mit Zuwachs seit Jahresbeginn

Fünf neue Mitglieder

Der Ortsverband Michelau bot auch im März und im April seine Sozialsprechstunde an, an die sich ein stets gut besuchter Kaffeemittag anschließt.

Am 17. März nahmen drei Mitglieder die Sozialsprechstunde in Anspruch. Die Beratung wurde wie immer von Dr. Josef Haas durchgeführt, der dazu extra mit seinem Auto anreiste.

Anschließend ging es im Mehrgenerationen-Haus Michelau weiter mit dem Kaffeemittag. 16 Mitglieder fanden sich ein, um gemeinsam die Faschingsaison ausklingen zu lassen.

Beim Sozialsprechtag am 4. April suchte ein Mitglied Hilfe. Zusätzlich führten der Vorsitzende Günther Ruckdäschel und Dr. Haas eine Erstberatung durch. Sie war so überzeugend, dass der Interessent in den SoVD eintrat. Seit Januar ist der Ortsverband Michelau damit um fünf neue Mitglieder gewachsen.



Im April war der Kaffeetreff österlich dekoriert.

Glückwünsche



Foto: Alekss / Adobe Stock

Reichtum sollte eigentlich nur einen Zweck haben:
Armut abzuschaffen.

Julius Nyerere

Der Landesvorstand und die Mitarbeiter*innen des Landesverbandes Bayern gratulieren allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag feiern, recht herzlich und wünschen ihnen viel Gesundheit. Besondere Glückwünsche gehen an:

65 Jahre: 15.5.: Inpaguru Somasundaram, Neu-Ulm.

70 Jahre: 1.5.: Romuald Morchat, Nürnberg; 29.5.: Ralf Hofmann, Neustadt.

75 Jahre: 19.5.: Josip Svibovec, München; 19.5.: Klaus-Peter Kleinhardt, Tegernheim; 27.5.: Monika Dießenbacher, Mickhausen.

80 Jahre: 14.5.: Traudl Reber, Röthenbach; 15.5.: Uwe Wittenbreder, Schwaig; 24.5.: Karl Heinz Leger, München.

85 Jahre: 13.5.: Klaus-Dieter Jäkel, Nürnberg; 28.5.: Monika Rösner, Tirschenreuth.

91 Jahre: 6.5.: Richard Ruff, Nürnberg.

92 Jahre: 2.5.: Gerda Wagenbauer, Erding.

94 Jahre: 14.5.: Maria Maier, Vohenstrauß.

99 Jahre: 5.5.: Ilse Lemmerhirt, Füssen.



Sozialberatung



Foto: anja / Adobe Stock

Terminabsprache bitte über den Landesverband Bayern, Implerstraße 55, 81371 München, Tel.: 089 / 53 05 27.

Kümmererstelle Coburg: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691, E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Kümmererstelle Coburg-Lautertal: nach telefonischer Absprache, Ansprechpartnerin Barbara Hölzel, Tel.: 0170/52 73 691 (mobil) oder E-Mail: barbarahoelzel@freenet.de.

Sozialberatung in Ebensfeld: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

Sozialberatung in Ingolstadt: AWO-Geschäftsstelle, Beckerstraße 2 a, nur nach Terminver-

einbarung, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Michelau: jeden ersten Samstag im Monat, 13.30–14.30 Uhr, Mehrgenerationenhaus, Schneyerstraße 17, Ansprechpartner: Günther Ruckdäschel, Tel.: 09571/83 585.

Sozialberatung in Mitterteich: Rathaus Mitterteich, Kirchplatz 12, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Kümmererstelle in der Oberpfalz / Weiden: Beratung nur telefonisch oder per E-Mail, Kontakt siehe Oberfranken/Bayreuth.

Kümmererstelle in Oberfranken / Bayreuth: Ansprechpartner: Dr. Josef Haas, Tel.: 09543/53 49, E-Mail: dr.josef.haas@web.de.

haas@web.de.

Kümmererstelle Pegnitz, Roth, Schwabach: AWO-Beggnungsstätte, Nördliche Ringstraße 11 a, jeden ersten Freitag im Monat, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Sozialberatung in Tirschenreuth: Seniorenzentrum Tirschenreuth, Haus Ziegelanger, Egerstraße 27, nur nach Terminabsprache, Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Rechtsschutzbüro Nürnberg: Trödelmarkt 27–29, 90403 Nürnberg, montags–donnerstags, 9–11 Uhr und nach telefonischer Vereinbarung. Tel.: 0911/98 01 501, E-Mail: rechtsschutz@sovd-bayern.de.

Das Land Hessen ermöglicht schnellere Teilhabe im Alltag schon bei Antragsstellung beim Versorgungsamt

Vorläufige Parkausweise für Schwerbehinderte

Das hessische Verkehrsministerium hat per Erlass ermöglicht, dass die Straßenverkehrsbehörden vorläufige Parkausweise für schwerbehinderte Menschen ausstellen können. Damit können Betroffene bereits während des laufenden Feststellungsverfahrens einen Parkausweis erhalten. Voraussetzung ist der Nachweis, dass ein Antrag auf Anerkennung der Schwerbehinderteneigenschaft beim zuständigen Versorgungsamt gestellt wurde sowie eine fachärztliche Bescheinigung.

Bislang war für die Erteilung eines Parkausweises zwingend ein Feststellungsbescheid des Versorgungsamtes erforderlich. Mit der neuen Regelung wird dieser Schritt vorgezogen. Der vorläufige Parkausweis wird für sechs Monate erteilt und kann bei Bedarf um weitere drei Monate verlängert werden.

Mobilität darf nicht warten

Minister Kaweh Mansoori (SPD) erklärt: „Menschen mit schweren Behinderungen sind oft auf Unterstützung angewiesen, die es ihnen ermöglichen, ihren Lebensalltag zu meistern. Es ist nicht vermittelbar, dass sie dabei auf notwendige Erleichterungen verzichten müssen. Deshalb schaffen wir eine pragmatische Lösung, damit sie schneller in der Nähe an ihrem Ziel parken können und der Alltag trotz erheblicher Mobilitätseinschränkungen besser funktioniert.“

Weiter führt der Minister aus: „Unser Anspruch ist klar: barrierefreie Mobilität und Teilhabe müssen möglichst einfach und ohne unnötige Bürokratie ermöglicht werden. Menschen, die nur mit großer Anstrengung über größere Distanzen mobil sein können, benötigen diese Parkerleichterungen und den Zugang zu speziell gekennzeichneten Parkflächen. Mit der neuen Regelung sorgen wir dafür, dass Hilfe dort ankommt, wo sie gebraucht wird, und zwar rechtzeitig.“

Europaminister Manfred Pentz (CDU) erklärt: „Wer mit einer Behinderung lebt, soll sich nicht noch mit unnötiger Bürokratie herumschlagen müssen. Für die Betroffenen ist es eine große Erleichterung, dass das Verfahren künftig einfacher und schneller geht. Das Beispiel zeigt: Wir meinen es ernst mit dem Bürokratieabbau und packen es an. Ganz konkret,

um den Alltag der Menschen zu erleichtern.“

Schnellere Unterstützung

Mit dem neuen Erlass können die Straßenverkehrsbehörden in Hessen nun bereits vor Abschluss des Feststellungsverfahrens tätig werden. Voraussetzung ist neben dem Nachweis eines gestellten Antrags eine fachärztliche Bestätigung der entsprechenden Einschränkung. Damit wird eine bestehende Lücke geschlossen, die bislang dazu geführt hat, dass Betroffene trotz tatsächlicher Einschränkungen keine Parkerleichterungen nutzen konnten.

Die Maßnahme ist Teil der Umsetzung des Hessischen Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention und stärkt die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Alltag.

Der EU-weit gültige Schwer-



Foto: Björn Wylezich / Adobe Stock

Ein Parkausweis erleichtert Schwerbehinderten den Alltag, denn damit können sie Parkplätze ohne weite Fußwege ansteuern.

behindertenparkausweis („blauer Parkausweis“) gewährt Parkerleichterungen und berechtigt zum Parken auf entsprechend gekennzeichneten Parkplätzen.

Anspruchsberechtigt sind unter anderem:

- Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung (aG),
- Menschen mit beidseitiger Amelie (fehlende Gliedmaßen),
- Menschen mit Phokomelie (verkürzte Gliedmaßen),

- Menschen mit vergleichbaren Funktionseinschränkungen,
- blinde Menschen.

Bislang war eine versorgungsmedizinische Feststellung durch das Versorgungsamt zwingende Voraussetzung. Ein Feststellungsverfahren dauert etwa 4,5 Monate. Während des laufenden Feststellungsverfahrens konnten keine Parkerleichterungen genutzt werden, obwohl viele Betroffene bereits darauf angewiesen sind. *Quelle: Verkehrsministerium Hessen*

Die Deutsche Alzheimer Forschung Initiative weist auf nicht-medikamentöse Behandlungsformen hin

Demenztherapie ist mehr als Medikamente

Demenztherapie wird oft auf die Gabe von Medikamenten reduziert. Dabei können nicht-medikamentöse Ansätze wie Bewegung, gezielte geistige Aktivierung oder Musiktherapie einen wichtigen Beitrag leisten: Sie helfen, kognitive Fähigkeiten zu stabilisieren, Alltagskompetenzen zu fördern und Begleitsymptome wie Unruhe oder depressive Verstimmungen zu lindern.

Körperliche Aktivität: Das ist eine der am besten untersuchten nicht-medikamentösen Therapieformen. Dazu gehören zügiges Gehen, Radfahren, Gymnastik, leichte Kraftübungen sowie Tai-Chi oder Tanzen.

Studien zeigen, dass insbesondere regelmäßiges Ausdauertraining die kognitive Leistungsfähigkeit unterstützen kann. Gleichzeitig können Kraftübungen dazu beitragen, alltägliche Aufgaben wie Anziehen oder Kochen länger selbstständig zu bewältigen und Stürzen vorzubeugen.

Als Orientierung gelten rund 150 Minuten Bewegung pro Woche. Entscheidend sind jedoch vor allem Regelmäßigkeit und individuelle Anpassung.

Kognitive Aktivierung: Strukturierte Trainings können vor-

allem im frühen bis mittleren Stadium einer Demenz dazu beitragen, kognitive Fähigkeiten zu stabilisieren. Dazu zählen moderierte Gespräche, Wort- oder Ratespiele sowie Übungen, welche die Biografie der Menschen mit einbeziehen – etwa durch Fotos oder persönliche Gegenstände.

Wichtig ist dabei eine wertschätzende Atmosphäre ohne Leistungsdruck. Reines Wiederholen oder Auswendiglernen zeigt dagegen kaum nachhaltige Effekte.

Ergotherapie: Sie stärkt praktische Alltagsfähigkeiten, wie das Zubereiten einfacher Mahlzeiten oder das Strukturieren des Tagesablaufs. Ziel ist es, vorhandene Ressourcen zu nutzen und Überforderung zu vermeiden.

Maßnahmen im häuslichen Umfeld sind besonders geeignet, da sie direkt in den Alltag integriert werden können. Studien zeigen positive Effekte auf die Alltagskompetenz und die Stimmung.

Musiktherapie: Musik kann Menschen erreichen, selbst wenn ihnen Sprache zunehmend schwerfällt. Durch gemeinsames Singen, Rhythmusübungen oder das Hören vertrauter Lieder werden emotionale Erinnerungen angesprochen, die oft lange erhalten bleiben.

Musiktherapie kann in unterschiedlichen Stadien eingesetzt werden. Untersuchungen deuten auf positive Effekte auf Stimmung und Verhalten hin, teilweise auch auf kognitive Leistungen.



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Singen aktiviert bei Demenzkranken Erinnerungen an frühere schöne Erlebnisse, und oft fällt ihnen auch der Text wieder ein.

Angebote finden: Erste Anlaufstellen sind behandelnde Ärzt*innen, etwa in neurologischen Fachpraxen. Sie können beraten und bei Bedarf Therapien wie Bewegungs- oder Ergotherapie verordnen. Auch Gedächtnisambulanzen und spezialisierte Demenzberatungsstellen können helfen.

Unterstützung bieten zudem Pflegeberatungsstellen, Krankenkassen und regionale Angebote wie Alzheimer-Gesellschaften oder Selbsthilfegruppen. Sie informieren über wohnortnahe Therapiemöglichkeiten und helfen bei der Auswahl geeigneter Maßnahmen. *Quelle: AFI*



Sozialberatung

Sollte nichts Anderes vermerkt sein, finden die Sozial-Beratungen und Sprechstunden nach Terminvereinbarung statt. Sozialrechts-Beratungstermine durch die Sozialjurist*innen werden über die Sozialberater*innen oder die Landesgeschäftsstelle vermittelt.

Landesverband Hessen

Landesgeschäftsstelle, Luisenstraße 41, 65185 Wiesbaden, Sekretärin Susanne Namaschk, Bürozeiten: montags bis freitags von 10 bis 15 Uhr, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung.

Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Mitgliedschafts-Anliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14657.

Kreisverband Osthessen

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Südhessen

Vorsitzender Rudolf Schulz, Geschäftsstelle: Friedensstraße 26, 63179 Obertshausen. Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de.

Kreisverband Hofgeismar-Kassel

Beratung nur nach telefonischer Voranmeldung. Terminvereinbarung über die Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0611/85 108, E-Mail: info@sovd-hessen.de. Mitgliedschafts-Anliegen und Infos über Aktivitäten jeden ersten und dritten Montag im Monat, von 15 bis 17 Uhr, Tel.: 0561/14657.



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben, gratuliert der SoVD Hessen herzlich. Kranken Mitgliedern wünscht er eine baldige Genesung.

60 Jahre: 12.5.: Beate Hoffmann, Marburg; 13.5.: Claudia Wendel, Rauschenberg; 16.5.: Bernd Becker, Ebsdorfergrund; 22.5.: Miklos Eiler, Frankfurt; 23.5.: Gudrun Fehl, Steinberg; 25.5.: Sigrid Inge Gillmann, Marburg.

65 Jahre: 6.5.: Doris Obermann, Liebenau; 7.5.: Haimo Pohler, Bad Hersfeld; 10.5.: Manuel De Figueiredo Oliveira, Bad Wildungen; 15.5.: Michael Hildmann, Oestrich-Winkel; 23.5.: Nijole Naumann, Breitscheid; 25.5.: Amir Akbari, Bad Nauheim; 27.5.: Roland Kolbe, Lohfelden; 27.5.: Sabine Akbari, Bad Nauheim.

70 Jahre: 7.5.: Gertrud Hilberg, Wetter; 10.5.: Gabriele Block, Kassel; 13.5.: Marion Heinrich, Lichtenfels; 24.5.: Lieselotte Groß, Wetter.

75 Jahre: 1.5.: Gerlinde Flach, Geisenheim; 19.5.: Margot Reuß, Frankfurt; 23.5.: Rainer Grund, Allendorf.

80 Jahre: 3.5.: Christa Fischer, Bad Wildungen; 10.5.: Willi Fehsel, Hofgeismar; 11.5.: Elke Dietz, Calden; 14.5.: Bruno Fischer, Kalbach; 19.5.: Roland Dornhecker, Bad Soden-Salmünster; 24.5.: Gerhard Korell, Bad Wildungen; 25.5.: Werner Weber, Marburg.

85 Jahre: 4.5.: Ingeborg Vögeli, Hofgeismar; 5.5.: Gundela Oltmanns-Ahlborn, Calden; 12.5.: Jürgen Stein, Rüdesheim am Rhein; 13.5.: Helga Wörner, Hofgeismar; 21.5.: Hans Althaus, Münchenhausen; 24.5.: Michel Descombes, Ebsdorfergrund.

90 Jahre: 24.5.: Gerline Daumann, Oestrich-Winkel.

91 Jahre: 8.5.: Arno Schäfer, Geisenheim.

93 Jahre: 6.5.: Wolfgang Wäscher, Bad Soden am Taunus.

100 Jahre: 24.5.: Helmut Lüdde, Frankfurt.

In den Geburtstagsgrüßen für hohe Jubiläen sind nur diejenigen Mitglieder genannt, die auf ihrem Beitrittsformular einer Veröffentlichung zugestimmt haben. Alle anderen sind ihrem Wunsch gemäß nicht genannt.

Verbraucher*innen werden bei Onlineabschlüssen besser geschützt

Verträge einfacher widerrufen

Ab dem 19. Juni müssen Unternehmen einen Widerrufsbutton anbieten, wenn über ihre Webseite Verträge geschlossen werden können. Das soll Verbraucher*innen ermöglichen, Verträge im Internet genauso leicht zu widerrufen wie abzuschließen. Die Verbraucherzentrale Bund erklärt, was genau sich ändert.

Ziel der neuen Regelung: Verbraucher*innen sollen einen Vertrag im Internet genauso einfach widerrufen können wie sie ihn abgeschlossen haben.

Der Widerrufsbutton betrifft Online-Verträge zwischen Unternehmen und Verbraucher*innen, für die ein Widerrufsrecht besteht.

Voraussetzung ist, dass der Vertrag über eine Online-Benutzeroberfläche geschlossen wird. Also zum Beispiel über

- eine Website, etwa einen Webshop,
- ein Online-Formular,
- eine Buchungsseite oder auch
- eine App.

Auch Händler, die ihre Produkte über Online-Marktplätze wie Ebay oder Amazon anbieten, müssen sich an die neuen Regeln halten und eine Widerrufsfunktion bereitstellen.

Wie funktioniert der Widerrufsbutton?

Der Name ist etwas irreführend: Es muss nicht unbedingt ein klassischer Button sein. Tatsächlich reicht auch ein klar beschrifteter Link. Wichtig ist, dass Verbraucher*innen die Funktion leicht finden und eindeutig erkennen können.

Die Beschriftung sollte zum Beispiel lauten: „Vertrag widerrufen“ oder „Widerruf erklären“. Unklare Bezeichnungen wie „Kontakt“ oder „Serviceanfrage“ reichen nicht aus.

Außerdem gilt ein Zwei-Stufen-Verfahren:

1. Nach dem Anklicken öffnet sich eine Seite, auf der Verbraucher*innen angeben können, um welchen Vertrag es sich handelt, etwa mithilfe einer Bestellnummer oder E-Mail-Adresse.
2. Verbraucher*innen be-

stätigen den Widerruf über eine weitere Schaltfläche wie „Widerruf bestätigen“.

Anschließend muss das Unternehmen eine elektronische Eingangsbestätigung schicken, zum Beispiel per E-Mail. Diese enthält Datum und Uhrzeit des Widerrufs.

Wo muss der Widerrufsbutton stehen?

Die Widerrufsfunktion muss leicht zu finden und klar erkennbar gestaltet sein, etwa durch ausreichende Kontraste oder eine farbliche Hervorhebung. Außerdem muss sie während der gesamten Widerrufsfrist zur Verfügung stehen.

Der Widerruf darf nicht schwerer zu erklären sein als der Vertragsschluss. Die Widerrufsfunktion muss also für Verbraucher*innen ohne Registrierung oder zusätzliche Hürden verfügbar sein. Eine Ausnahme gilt beispielsweise dann, wenn auch der Vertragsschluss nur mit einem Login möglich ist.

- Der Widerrufsbutton darf grundsätzlich nicht hinter einer Registrierung oder einem Login versteckt sein.
- Um den Widerruf zu erklären, müssen Verbraucher*innen keine zusätzliche App herunterladen.
- Der Button darf nicht von Pop-ups oder anderen Elementen verdeckt werden.

Welche Daten dürfen beim Widerruf abgefragt werden?

Der Widerruf soll möglichst einfach bleiben. Deshalb dürfen Unternehmen nur wenige Angaben verlangen. Dazu gehören zum Beispiel:

- der Name des Verbrauchers oder der Verbraucherin,

- Angaben zur Identifizierung des Vertrags, etwa eine Bestellnummer,

- Angaben zum elektronischen Kommunikationsmittel zur Übersendung der Widerrufsbestätigung, zum Beispiel eine E-Mail-Adresse.

Ein Grund für den Widerruf darf nicht verpflichtend abgefragt werden.

Außerdem müssen Unternehmen beim Widerrufsprozess die Regeln der Datenschutz-Grundverordnung beachten. Sie dürfen nur die Daten erheben, die für den Widerruf wirklich nötig sind.

Die Bedeutung des Widerrufsbutton

Die neue Regel bringt vor allem mehr Komfort, Sicherheit und Transparenz. Wer einen Vertrag im Internet abgeschlossen hat, kann ihn künftig direkt auf der Website widerrufen, ohne lange nach Kontaktmöglichkeiten suchen oder Formulare ausfüllen zu müssen.

Gut zu wissen: Das eigentliche Widerrufsrecht ändert sich durch die neue Funktion nicht. Der Widerruf ist weiterhin nur innerhalb der gesetzlichen Frist möglich. Diese beträgt in der Regel 14 Tage, nachdem Sie den Vertrag abgeschlossen oder die bestellte Ware erhalten haben.

Unterschied Widerrufsbutton und Kündigungbutton

Der Widerruf betrifft Verträge, die online, am Telefon oder beispielsweise an der Haustür geschlossen wurden. Er schützt Verbraucher*innen vor unüberlegten Entscheidungen und erleichtert die Rückgabe unerwünschter oder nicht passender Waren. Beim Widerruf wird der Vertrag vollständig rückgängig gemacht. Das bedeutet: Beide Seiten müssen die bereits erhaltenen Leistungen zurückgeben.

Eine Kündigung betrifft hingegen vor allem laufende Verträge, etwa Abonnements oder andere dauerhafte Vertragsverhältnisse. Bei der Kündigung des Vertrages endet dieser in der Regel erst zu dem Zeitpunkt, der vertraglich vorgesehen ist.

Deshalb müssen Online-Anbieter deutlich machen, welche Funktion wofür gedacht ist. Verbraucher*innen sollten auf einen Blick erkennen können, ob sie einen Vertrag widerrufen oder kündigen.

Quelle: Verbraucherzentrale Bund



Foto: Gorodenkoff/Adobe Stock

Ein Kauf entsteht online oft aus einer spontanen Laune heraus. Sein Widerruf soll künftig leichter vonstattengehen.

SoVD präsentierte sich auf zwei regionalen Messen mit Infoständen

Interesse am Verband geweckt

Der SoVD zeigte im März und April Präsenz mit je einem Infostand auf Messen im Rheinland und im Saarland. Mitglieder der Ortsverbände Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler engagierten sich in Homburg, saarländische Ortsverbände auf der Gesundheitsmesse in Quierschied.

Am letzten Märzwochenende war der SoVD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland mit einem Stand auf der Messe der Kreisverwaltung Homburg vertreten. Die Veranstaltung bot spannende Einblicke in Themen wie Freizeit, Hilfsmittel, Pflege, Prävention, Sicherheit und Wohnen. Die SoVD-Teilnahme wurde von den Ortsverbänden Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler organisiert. Neben den Infoständen gab es zahlreiche Vorträge und Möglichkeiten zum Austausch mit Beratungsstellen und Organisationen. Danke an alle, die mitgeholfen und vorbeigeschaut haben!



Vorstandsmitglieder der Ortsverbände Homburg-Saarbrücken und Hüttigweiler-Spiesen-Ottweiler mit dem Landrat des Saarpfalz-Kreises, Frank John (SPD, 2. v. li.), auf der Homburger Messe.

Die Gesundheits- und Seniorenmesse „Gesund. Älter werden.“ in Quierschied am 12. April war ein voller Erfolg. Am SoVD-Stand, der von den saarländischen Ortsverbänden organisiert wurde, konnte das Team der ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen zahlreiche Besucher*innen begrüßen und in vielen persönlichen Gesprächen über sozialrechtliche Themen, Vorsorge und Gesundheit informieren.



V. li.: Fischbachs Ortsvorsteher Markus Jung, Sozialminister Magnus Jung (SPD), Manfred Piro, Monika Six, Rochus Hauck und Volker Lieblang am Messestand in Quierschied.

Das Interesse an den Angeboten war groß, und der direkte Austausch hat erneut gezeigt, wie wichtig fundierte Beratung und verlässliche Ansprechpartner*innen im Alltag sind.

Auch hier gilt der Dank des Landesverbandes allen, die

vorbeikamen und das Gespräch gesucht haben sowie den engagierten Mitarbeiter*innen, die den Tag mit großem Einsatz begleitet und den Verband vor Ort vertreten haben.



Editorial

Liebe Mitglieder, Freunde und Freundinnen,

während ich diesen Leitartikel schreibe, erleben wir fast im Stundentakt Schläge ins Genick. Natürlich meine ich dies nicht wörtlich, aber die Wirkung könnte die gleiche sein. Täglich prasseln Nachrichten aus aller Welt auf uns hernieder, die uns erschüttern und ratlos machen. Die Folgen daraus spüren wir direkt oder indirekt. Zu viele Faktoren und unterschiedliche Interessen bis hin zu Besessenheit, Macht- und Geldgier spielen hier eine wesentliche Rolle. Für uns Normalbürger*innen ist das kaum zu verstehen, dennoch sind wir es, die die Konsequenzen tragen. Selbst unsere Politiker*innen, Verwaltungen und Verbände sind von den rasend schnellen Veränderungen überfordert.

Manchmal wünsche auch ich mir die gute alte Zeit zurück: Wir hätten nicht rund um die Uhr Informationen, keine Social-Media-Kanäle, Influencer*innen, Follower*innen, Likes ... Damals war auch die Tageszeitung noch dicker, man gab sich mit den weniger Informationen zufrieden. Manchmal bewundere ich Menschen, die auch heute noch ohne das alles auskommen und loslassen können.

Aber – ob wir es wollen oder nicht – es ist wichtig, Informationen zu erhalten, wir müssen nur in der Lage und auch Willens sein, diese für uns zu filtern und zu sortieren. Heute bekommen wir jede Zeitung, ja eigentlich alles, aufs Handy oder aufs Tablet, weltweit und rund um die Uhr. Wir nehmen zwangsläufig mehr auf als wir wollen und oftmals auch können, Gutes und auch weniger Gutes, bis hin zu Gefälschtem oder Unwahren, heute als Fakes bezeichnet.

Sie, liebe Leser*innen, bekommen als Mitglied im SoVD ebenfalls viele Informationen, in digitaler, aber auch in gedruckter Form, sachlich, ohne Sensationsgier und ohne nach Likes zu schielen. Sie können auf viele seriöse Hilfestellungen zugreifen, um auf dem Laufenden zu sein. Scheuen Sie sich nicht; Sie helfen sich, Ihren Angehörigen und auch Ihrem Umfeld damit.

Ihr Norbert Weber, Landesvorsitzender



Norbert Weber

www.sovd-rps.de



Foto: mojolo / Adobe Stock

Kooperation der AOK Rheinland-Pfalz / Saarland mit der App ActiveTEP zur Vor- und Nachbetreuung

App unterstützt bei künstlichen Gelenken

ActiveTEP, die innovative App und das begleitende Buch zur Unterstützung von Patient*innen bei Kunstgelenk-Operationen, kooperiert seit Anfang Oktober mit der AOK Rheinland-Pfalz / Saarland. Im Rahmen dieser Kooperation können alle AOK-Versicherten die App und das Buch kostenfrei über die Website von ActiveTEP erhalten – die Abrechnung erfolgt direkt zwischen dem Anbieter und der AOK.

Jährlich erhalten in Deutschland rund 200.000 Menschen ein künstliches Gelenk. Der Erfolg der Operation hängt erheblich von der aktiven Mitwirkung der Patient*innen ab. Doch eine umfassende Aufklärung und eine kontinuierliche Betreuung kommen im Alltag oftmals zu kurz. Hier setzt

ActiveTEP an: Die App begleitet Patient*innen drei Monate vor und drei Monate nach dem Eingriff. Sie bietet evidenzbasierte Infos, Bewegungsübungen, Erinnerungsfunktionen und Tools zur Selbstbeobachtung, um die Motivation zu steigern, Komplikationen zu vermeiden und die Genesung zu beschleunigen.

Vorerst sind die App und auch das Buch nur für die Hüft-OP verfügbar, in diesem Jahr wird dann auch das Pendant für den Kniegelenk-Ersatz erscheinen. Mehr Infos gibt es unter: www.activetep.de.

Mit künstlicher Hüfte muss das Laufen neu gelernt werden.



Foto: Robert Kneschke / Adobe Stock

Die Aktion Das sichere Haus weist auf die Gefahr von Stromschlägen in älteren Gartenanlagen hin

Unbedingt FI-Schutzschalter nachrüsten

Strom im Garten ist praktisch, denn er versorgt elektrische Geräte wie Rasenmäher, Heckenschere oder die Teichpumpe mit „Saft“. Strom im Garten birgt aber auch das Risiko schwerer Stromunfälle. Vor allem dann, wenn Feuchtigkeit und elektrische Geräte aufeinandertreffen. Darauf verweist die Aktion Das sichere Haus (DSH).

Wahre Lebensretter sind FI-Schutzschalter, auch Fehlerstromschutzschalter oder RCD genannt. Sie unterbrechen den Stromkreis in Sekundenbruchteilen, sobald ein Fehlerstrom auftritt.

Seit 1984 müssen Außenanlagen mit einem Fehlerstromschutz abgesichert sein. Dafür wird ein FI-Schutzschalter im Verteilerkasten montiert. Einzelne Steckdosen lassen sich mit mobilen oder festinstallierten RCDs sichern.

Elektroinstallation in älteren Gärten nachrüsten

Wer einen älteren Garten übernimmt, sollte die Elektroinstallation fachlich prüfen lassen: Ein Fehlerstromschutzschalter fehlt oft oder ist

veraltet. Eine sofortige Nachrüstpflcht für ältere Anlagen besteht nicht. Werden aber Steckdosen oder Leitungen im Garten wesentlich erneuert, geändert oder erweitert, gelten die aktuellen DIN-VDE-Vorgaben – dazu gehört in der Regel ein FI-Schutzschalter mit 30 mA.

Unabhängig davon ist eine Nachrüstung im Garten dringend zu empfehlen, da sie vor lebensgefährlichen Stromunfällen schützt.

So funktioniert ein FI-Schutzschalter

Ein FI-Schutzschalter überwacht, ob genauso viel Strom zurückfließt, wie zuvor in ein Gerät hineingeflossen ist. Besteht eine Differenz, etwa

durch ein beschädigtes Kabel oder durch Kontakt mit Wasser, trennt das Gerät den Stromkreis sofort. Ein Stromschlag kann dadurch zwar nicht immer verhindert werden, seine Dauer wird aber so stark verkürzt, sodass schwere Folgen oft vermieden werden können.

Typische Stromgefahren im Garten

- Fehlender FI-Schutz: Außensteckdosen und Stromkreise immer mit einem FI-Schutzschalter absichern. Bei älteren Installationen helfen mobile FI-Adapter.
- Strom und Feuchtigkeit: Nasser Boden, Regen oder Gießwasser erhöhen das Risiko eines Stromschlages erheblich. Elektrogeräte daher nur bei trockenen Bedingungen verwenden.
- Improvisierte Installationen:

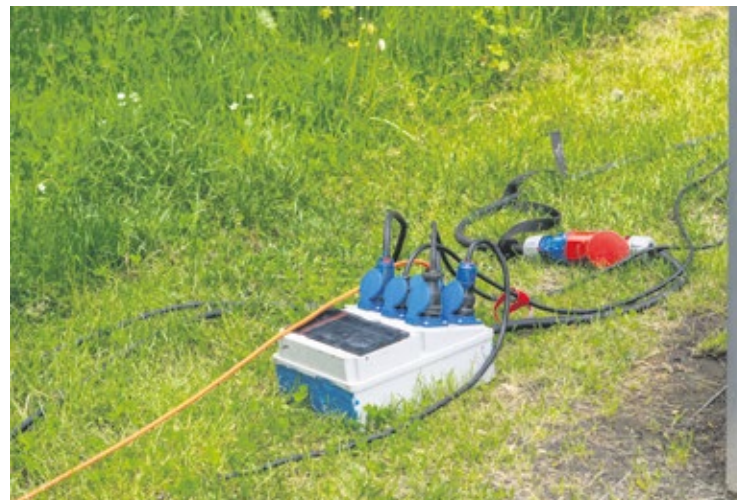


Foto: Adam/Adobe Stock

Wenn Stromleitungen feucht werden, wie es im Garten leicht passieren kann, ist das Risiko eines Stromschlages sehr hoch.

Mehrfachsteckdosen aus dem Innenbereich oder mehrere hintereinander geschaltete Verlängerungskabel sind gefährlich. Nur für den Außenbereich zugelassene Kabel nutzen. Sie sind zum Beispiel an der Schutzklasse IP44 zu erkennen.

- Defekte Geräte: Beschädigte Gehäuse oder Leitungen er-

höhen die Unfallgefahr. Geräte regelmäßig kontrollieren und bei Defekt ersetzen.

- Ungeeignete Geräte: Von Billigware ist Abstand zu nehmen, Qualität steht im Vordergrund. Orientierung bieten Prüfsiegel wie das GS-Zeichen („Geprüfte Sicherheit“).

Quelle: Aktion Das sichere Haus

5 Termine

Ortsverband Rülzheim

9. Mai, 8 Uhr: Tagesausflug nach Darmstadt, Treffpunkte zur Abfahrt am Rathaus und anschließend an der SoVD-Garage. Frühstück auf der Hinfahrt, freie Zeit in Darmstadt. Voraussichtliche Rückkehr in Rülzheim circa 19.45 Uhr. Genaue Infos im Flyer, erhältlich beim Vorstand oder online unter: www.sovd-ruelzheim.de.

Glückwünsche



Foto: Alekks/Adobe Stock

60 Jahre: 3.5.: Annedore Herrmann, Hahnheim; 4.5.: Michael Knoll, Ludwigshafen; 5.5.: Arthur Lugo, Neuheilenbach; 9.5.: Andreas Kolb, Medard; 12.5.: Thomas Detzel, Kirkel; 20.5.: Thomas Esper, Trier; 28.5.: Beate Zirbes, Wittlich.

65 Jahre: 2.5.: Ingo Ludwig Domwirth, Neupotz; 4.5.: Susann Scheib, Lauterecken; 9.5.: Alfred Crump, Hermeskeil; 11.5.: Andrea Dahler, Qeidersbach; 12.5.: Helga Wagner, Altrip; 15.5.: Alexander Wolfram Friedrich, Alsheim; 26.5.: Petra Schneider, Enkenbach-Alsenborn; 29.5.: Martina Serowi, Berzhahn; 30.5.: Meik Treude, Bad Dürkheim.

70 Jahre: 6.5.: Nardo Altomare, Spiesen-Elversberg; 10.5.: Franziska Dreyer, Rülzheim.

75 Jahre: 3.5.: Ingrid Peter, Steinweiler; 7.5.: Brigitte Krupp, Rülzheim; Edeltraut Maatallah, Trier; 8.5.: Bernhard Scherf, Limburgerhof; 10.5.: Christel Bambauer, Lohnweiler; 25.5.: Ursula Huck, Wörth; 26.5.: Gabi Winter, Roth.

80 Jahre: 1.5.: Ursula Kortas, Kirkel; Lieselotte Hansen-Groß, St. Wendel; Monika Müller-Grahl, Mainz; 27.5.: Hans Mendel, Rülzheim.

85 Jahre: 16.5.: Alfred Reeh, Oberwesel; 17.5.: Heinz Schwind, Steinweiler; 18.5.: Horst Sinn, Zeiskam.

90 Jahre: 17.5.: Elli Stenger, Spiesen-Elversberg; 19.5.: Armin Lück, Bellheim.

91 Jahre: 10.5.: Erich Reif, Eitelborn.

92 Jahre: 28.5.: Christel Schmidt, Berzhahn.

93 Jahre: 2.5.: Werner Benz, Rülzheim.

94 Jahre: 27.5.: Hedi Janz, Berzhahn.



Sprechstunden

Benötigen Sie einen sachkundigen Rat unserer Sozialrechtsberater*innen rund um das Sozialrecht, wenden Sie sich bitte telefonisch an die Landesgeschäftsstelle in Kaiserslautern unter Tel.: 0631/73 657. Dort nennt man Ihnen den*die zuständige*n Berater*in.

Zur groben Orientierung über die Zuständigkeiten:

- Für die **Region Germersheim, Kaiserslautern, Kusel, Rheinland-Pfalz** steht Ihnen Rechtsanwalt Ralf Geckler unter Tel.: 06236/46 56 43 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- In **Rülzheim** findet einmal im Monat eine Sprechstunde, im barrierefreien Rathaus, Deutschordensplatz 1, nach Terminvereinbarung statt.
- In **Germersheim** findet eine Sprechstunde nach telefonischer Terminvereinbarung in der Bergstraße 21 statt. Termine können beim Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 vereinbart werden.
- Für die **Region Saar-Pfalz** steht Ihnen Sozialrechtsberater Sven Keller unter Tel.: 06351/13 14 141 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Rheinhessen-Nahe** steht Ihnen Sozialrechts-

beraterin Andrea Klosowa unter Tel.: 0151/43 13 59 02 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

- In **Bad Kreuznach** findet eine monatliche Sprechstunde jeden letzten Mittwoch im Monat, nach vorheriger Terminvereinbarung im Lotte-Lemke-Haus, Saline-Theodorshalle 22 statt.
- In Bingen finden Sprechtag dienstags, mittwochs und donnerstags nach vorheriger Terminvereinbarung statt, Saarlandstraße 30.
- Für die **Region Wörth** steht Ihnen Sozialrechtsberater Jürgen Nesweda unter Tel.: 0151/22 43 52 99 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.
- Für die **Region Westerwald** steht Ihnen Sozialrechtsberaterin Sigrid Jahr unter Tel.: 0151/43 10 67 54 mit vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung.

Die Vergabe von Vor-Ort-Terminen in den Beratungsstellen und von telefonischen oder Online-Beratungen erfolgt über die Sozialrechtsberater*innen.

Neben den hauptamtlichen Sozialrechtsberater*innen stehen Ihnen auch ehrenamtlich Beratende nach Terminabsprache mit Rat und Tat zur Seite, zum Beispiel Gabriele Schepelmann, **Spiesen-Elversberg**,

Tel.: 0176/34 03 41 58 sowie Helmut Burkhardt, **Kusel**, Tel.: 06382/80 01. Nähere Informationen erhalten Sie bei der Landesgeschäftsstelle.

Sozialrechtsberatung im Saarland

Der Landesverband bietet in Kooperation mit der AWO Saarland e.V. Sozialrechtsberatungen vor Ort an verschiedenen Standorten im Saarland an.

Sozialrechtsberater Sven Keller steht persönlich zur Verfügung. Selbstverständlich sind sozialrechtliche Beratungen auch telefonisch oder online zwischen den Sprechtagen möglich. Sprechtag werden nur nach Terminvereinbarung unter Tel.: 06351/13 14 141 oder 0151/41 49 15 98 abgehalten; Änderungen vorbehalten.

Spiesen-Elversberg: 6. Mai, 9.30–12 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Hauptstraße 120.

Homburg (Saar): 6. Mai, 13.30–16 Uhr, AWO Haus der Begegnung, Spandauer Straße 10.

Nonnweiler: 20. Mai, 9.30–12 Uhr, AWO-Wohnheim (das Sozialbüro ist links), Am Hammerberg 1.

Saarbrücken: 20. Mai, 14–16.30 Uhr, AWO-Landesgeschäftsstelle, Hohenzollernstraße 45.

Verhinderungs- und Kurzzeitpflege werden in einem Betrag zusammengefasst

Jahresbetrag sorgfältig verplanen

Wer Angehörige oder nahestehende Menschen pflegt, braucht ab und an eine Auszeit. Dafür gibt es Verhinderungspflege und Kurzzeitpflege. Das Geld, das die Pflegekasse dafür zahlt, ist in einem gemeinsamen Jahresbetrag zusammengefasst.

Dieser gemeinsame Jahresbetrag, auch Entlastungsbudget genannt, umfasst 3.539 Euro und steht Pflegenden einmal im Jahr für die beiden Leistungen Verhinderungs- und Kurzzeitpflege zusammen zu. Dadurch müssen sie keine Beträge von der Kurzzeitpflege in Verhinderungspflege schieben oder umgekehrt. Sie können diesen Betrag also entsprechend ihres Bedarfes einsetzen.

Der gemeinsame Jahresbetrag steht zwar für Kurzzeit- und Verhinderungspflege gleichermaßen zur Verfügung. Dennoch müssen Pflegend bei der Pflegekasse weiterhin angeben, ob sie die Verhinderungspflege oder die Kurzzeitpflege nutzen wollen, damit die Abrechnung funktioniert.

Daher sollten Pflegend weiterhin die Kurzzeit- oder Verhinderungspflege bereits beantragen, wenn sie ihre Auszeit planen. Dies geht über die Anträge, die jede Pflegekasse online zur Verfügung stellt. Wenn sie die Verhinderungspflege bei der Pflegekasse geltend machen wollen, müssen sie ein bestimmtes Verfahren beachten. Außerdem gibt es Besonderheiten für die Kurzzeitpflege.



Foto: pikselstock / Adobe Stock

Wenn Pflegend selbst einmal eine Auszeit brauchen, springt die Verhinderungs- oder Kurzzeitpflege ein.

Man sollte sorgfältig planen, wie man den gemeinsamen Jahresbetrag einsetzen will. Wann will man zum Beispiel in Urlaub fahren und die pflegebedürftige Person geht dafür in eine stationäre Kurzzeitpflege? Vielleicht braucht man selbst eine Auszeit oder muss ins Krankenhaus und ist in dieser Zeit auf Kurzzeit- oder Verhinderungspflege angewiesen. Wann möchte man seine Freizeit mit Freund*innen verbringen und dazu die Verhin-

derungspflege nutzen? All die Szenarien sollten Pflegend im Blick behalten, denn der Jahresbetrag muss für das ganze Jahr ausreichen. Unterstützung bei der Planung bietet die Pflegeberatung.

Bedenken sollten Pflegend dies auch, wenn ein Anbieter, zum Beispiel der Pflegedienst, sie auffordert, eine Abtretungserklärung zu unterschreiben. Es kann sein, dass sie dann nicht mehr frei über den Betrag verfügen können. *Quelle: VZ Bund*



Editorial

Liebe Mitglieder,

die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026 ist vorbei. Wochenlang wurde diskutiert, gestritten, gehofft. Jetzt ist es ruhiger geworden. Aber ehrlich gesagt: Für mich fühlt es sich nicht nach einem Ende an – eher nach einem Anfang.

Denn genau jetzt zeigt sich, ob Politik mehr ist als schöne Worte. Der SoVD bringt es auf den Punkt: Es geht nicht mehr um Wahlkampf, sondern um Verantwortung, um Lösungen. Und die merkt man nicht in Reden, sondern im Alltag.

Ich denke da an Menschen, die sich fragen, wie sie ihre Miete noch bezahlen sollen. An Angehörige, die Pflege organisieren müssen und oft an ihre Grenzen kommen. An ältere Menschen, die Angst haben, allein gelassen zu sein, nicht wissen, ob sie von ihrer Rente noch den Lebensunterhalt bezahlen können. Das sind keine politischen Schlagzeilen – das ist Realität.

Deshalb erwarte ich von der neuen Landesregierung nicht Perfektion, aber Ehrlichkeit und echten Einsatz. Zuhören statt nur reden. Anpacken statt verschieben. Und vor allem: niemanden vergessen.

Gleichzeitig liegt es auch an uns. Wir werden hinschauen, wir werden an die Wahlversprechen erinnern, wir werden nachfragen. Wir werden mit der neuen Landesregierung in den Austausch treten und sie an die Umsetzung ihrer Wahlversprechen messen.

Denn wenn in ein paar Jahren wieder gewählt wird, dann geht es nicht mehr um Versprechen – sondern darum, was wirklich passiert ist.

Für mich bedeutet „nach der Wahl ist vor der Wahl“ genau das: Politik endet nicht am Wahltag. Sie beginnt dort erst richtig. Es ist wichtig, dass wir als SoVD den Finger weiter in die Wunde legen und kritisch bleiben. Dazu brauchen wir Sie alle! Ich bin froh, dass der SoVD ein starker Interessenverband mit vielen aktiven Mitgliedern ist. Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir mehr werden, bringen Sie sich ein in den Ortsverbänden, helfen Sie mit, dass wir in Baden-Württemberg nicht überhört werden können!

Ihre Gabriele Katzmarek, Landesvorsitzende



Gabriele Katzmarek

Umwelt- und Landschaftsministerium erbittet Meldung von Nestern und Königinnen der Asiatischen Hornisse

„Bienenkillerinnen“ breiten sich im Land aus

Bürger*innen sollen Königinnen und Nester der Asiatischen Hornisse an die Landesanstalt für Umwelt melden. Dies soll die Etablierung und Ausbreitung der invasiven gebietsfremden Art verhindern, die insbesondere eine Gefahr für Honigbienen darstellt und deren Stiche allergische Reaktionen auslösen können.

Die Königinnen der Asiatischen Hornisse suchen derzeit geschützte Stellen für die Anlage ihres Nests. Häufig finden sich diese kleinen, etwa golfballgroßen Nester dann im Siedlungsbereich, zum Beispiel unter Dachvorsprüngen, in Garagen und Hütten oder Aufbewahrungsboxen für Gartenmöbel. Können diese Nester samt Königin jetzt entfernt werden, wird die spätere Entstehung eines großen Nests mit mehreren Tausend Arbeiterinnen kostengünstig und effektiv verhindert.

Das Umweltministerium und

das Landwirtschaftsministerium Baden-Württemberg bitten die Bevölkerung um Mithilfe. Über die „Meldeplattform Asiatische Hornisse“ (www.lubw.baden-wuerttemberg.de/natur-und-landschaft/asiatische-hornisse-melden) der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) können Sichtungen von Königinnen oder Nestern gemeldet werden. Dies kann über die Homepage der LUBW erfolgen oder über „Meine Umwelt-App“ (www.umweltportal.baden-wuerttemberg.de/meine-umwelt-app). Eingehende Meldungen werden im

Auftrag des Landes von der Landesanstalt für Bienenkunde (LAB) an der Universität Hohenheim gesichtet und verifiziert. Meldende erhalten dann umgehend Informationen zum Fang der Königin und zur Entfernung des Nests.

Nestentfernungen dürfen aufgrund der Stichgefahr nur durch geschulte und sachkundige Personen mit geeigneter Schutzausrüstung erfolgen.

2025 wurden knapp 3.300 Nester der Asiatischen Hornisse in Baden-Württemberg gemeldet. Das sind mehr als doppelt so viele Nester wie 2024. Von



Foto: Lothar Lenz / Adobe Stock

Die Asiatische Hornisse jagt auch Honigbienen und schadet damit indirekt dem Wein- und Obstbau.

einer weiteren Ausbreitung und einer steigenden Anzahl von Nestern ist trotz zahlrei-

cher Bekämpfungsmaßnahmen auszugehen. *Quelle: Landwirtschaftsministerium B-W*

Jahreshauptversammlung im Ortsverband Höpfingen mit Rückblick und zahlreiche Mitgliederjubiläen

Langjährige Treue zum SoVD ausgezeichnet

Bei der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes im „Zum Ochsen“ erinnerte der Vorsitzende Gerhard Frisch an die zahlreichen Angebote, die der SoVD für seine Mitglieder organisiert hat, und ehrte auf der Veranstaltung langjährige Mitglieder.

„Wir helfen Menschen mit und ohne Behinderungen und sind eine starke Familie!“ – Gerhard Frisch brachte am Sonntag die Ideale des Ortsverbandes Höpfingen auf den Punkt. Nach Begrüßung und Totengedenken präsentierte er den Tätigkeitsbericht. In diesem verwies er auf drei Vorstandssitzungen, drei gut besuchte Info-Nachmittage und den gemütlichen Vespernachmittag in geselliger Runde, aber auch den Ausflug ins Sauerland und die Jahresabschlussveranstaltung im Advent. Zwölf Rechtsberatungen mit Sozialberater Dario Becci wurden angeboten: „Sie werden immer sehr gut angenommen“, bemerkte Frisch erfreut.

Derzeit umfasst der Verein 310 Mitglieder. Eine große Lücke hinterließ der langjährige Vorsitzende Leopold „Leo“ Lokotsch. Seit dessen Tod vor rund einem Jahr führt Gerhard Frisch den Verband kommissarisch. In eigener Sache informierte er über Neuwahlen, zumal weitere Vorstandsmitglieder krankheitsbedingt ausgefallen sind: „Die Suche nach Kandidat*innen ist nicht ganz einfach, aber zwei junge Leute sind zur Mitarbeit bereit“, berichtete er.

Im Auftrag von Schatzmeisterin Karin Lokotsch trug Frisch auch den Kassenbericht vor; Kassenprüfer Harald Bischoffberger hatte keine Einwände, sodass die Entlastung einstimmig war. Es folgte das Grußwort von Bürgermeister Christian Hauk. Er würdigte die Vielfalt der Angebote vor Ort. Der SoVD sei ein starker Partner in sozialen Fragen und als solcher auch eine wertvolle Konstante der Höpfinger Vereinswelt.



Die anwesenden Jubilar*innen (erste Reihe) stellten sich mit ihren Urkunden für ein Foto auf.

terin Karin Lokotsch trug Frisch auch den Kassenbericht vor; Kassenprüfer Harald Bischoffberger hatte keine Einwände, sodass die Entlastung einstimmig war.

Es folgte das Grußwort von Bürgermeister Christian Hauk. Er würdigte die Vielfalt der Angebote vor Ort. Der SoVD sei ein starker Partner in sozialen Fragen und als solcher auch

eine wertvolle Konstante der Höpfinger Vereinswelt.

Nach den Ehrungen dankte Gerhard Frisch allen Aktiven der großen SoVD-Familie für ihr Engagement und ihre Treue zum Verband, wobei er besonders Karin Lokotsch für ihre vielfältige Hilfe hervorhob. Weiterhin ließ er wissen, dass ein Ausflug in Planung sei. Der Nachmittag klang danach gemütlich aus.

Geehrt wurden

für 10 Jahre: Werner, Michaela, Marcel und Mona Streckert; Gertrud, Diana, Dirk, Klaus, Marco und Thorsten Michel; Paul, Theresa und Verena Hollerbach; Bernhard, Christoph, Ines, Jessica und Michelle Dörr; Heinz Eisert, Anneliese, Eduard und Waldemar Friesen; Hedwig, Laura und Andreas Burger Widali; Anna, Dennis, Tatjana, Eugen und Viktor Jakob; Anna Dreher, Ingrid Müller, Beate Durdel, Eva Habermann, Johann, Regina, Thomas und Vera Krez; Werner Trunk sowie Judith und Tobias Girg;

für 25 Jahre: Edith Böhm, Karl-Heinz Jaugstetter, Hans Schöne, Maria Sulzer und Peter Urich;

für 30 Jahre: Marianne Marek;

für 45 Jahre: Bernd Schneider.

5 Termine

Ortsverband Mannheim-Mitte

10.–17. Mai: Mehrtagesfahrt mit der AWO an die Ostsee, Weisenhäuser Strand. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. **Anmeldung zeitnah** beim 1. Vorsitzenden Günter Gawlik, per Post: Waldspitze 20, 68239 Mannheim, per E-Mail an: guenter.gawlik@sovd-bawue.de oder unter Tel.: 0621/48 17 94 59 oder Tel.: 0176/20 24 53 35 (erreichbar Mo–Fr, 9–19 Uhr).

Ortsverband Schwetzingen-Neulußheim

2. Mai, 14 Uhr: Frühlingsfest zum Muttertag im Bassermannhaus, Marstallstraße 51, 68723 Schwetzingen.

Vorschau: 17.–23. Juli: Sechs-Tage-Fahrt nach Büchelberg bei Passau (auch für Nichtmitglieder). Unterkunft im Hotel Beinbauer, DZ 780 Euro, EZ Zuschlag 90 Euro, inkl. Halbpension und umfangreichem Ausflugsprogramm, unter anderem nach Altötting und Passau, eine große Rundfahrt im Bayerischen Wald, eine Schifffahrt auf dem Moldaustausee. Mehr Infos und Anmeldung bei Jahnke Reisen, Hockenheim, Tel.: 06205/48 68 oder per E-Mail an: buero@jahnke-reisen.de unter Angabe der Reisennummer 26/495.

Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben, gratulieren wir recht herzlich. Zugleich wünschen wir den kranken Mitgliedern eine baldige Genesung.

65 Jahre: 24.5.: Robert Höflinger, Wangen.

70 Jahre: 2.5.: Uwe Ehreiser, Baden-Baden.

75 Jahre: 5.5.: Eva-Maria Wirth, Dettenhausen; 15.5. Anita Lanz, Achberg.

80 Jahre: 13.5.: Helga Bauer, Friedrichshafen.

85 Jahre: 7.5.: Brunhilde Schlesiger, Albstadt; 13.5.: Bärbel Scharn, Karlsruhe; 27.5.: Roswitha Birk, Tettang.

91 Jahre: 16.5.: Inge Kauschka, Mannheim.

96 Jahre: 14.5.: Maria Schwengler, Meßstetten.

In den Geburtstagsgrüßen sind nur die Mitglieder genannt, die auf ihrem Eintrittsformular einer Veröffentlichung ihres Geburtstages zugestimmt haben. Alle anderen Mitglieder werden ihrem Wunsch gemäß nicht erwähnt.

Sprechstunden

Eine persönliche Sozialberatung findet in den Regionen zu den angegebenen Sprechstunden durch die Sozialberater*innen statt. Neben telefonischer Beratung sind, je nach technischen Voraussetzungen, auch Online-/Video-Beratungen möglich. Aufgrund derzeit eingeschränkter Kapazitäten können wir eine zeitnahe Erledigung rechtlicher Angelegenheiten (Anfragen zu Rechtsberatungen/-vertretung nicht gewährleisten).

Mit einer Bearbeitungszeit von mehreren Wochen müssen Ratsuchende momentan leider rechnen. Bei Abschluss einer Mitgliedschaft bitten wir dies zwingend zu berücksichtigen.

Sozialberatung in Albstadt / Raum Bodensee-Alb

Die persönliche Sozialrechtsberatung in der Sonnenstraße 16 in 72458 Albstadt erfolgt jeden dritten Donnerstag im Monat von 10 bis 16 Uhr, nur nach vorheriger Terminvereinbarung bei Beraterin Christine Weidenauer unter Tel.: 0176/40 13 99 50.

Sozialberatung in Bodman-Ludwigshafen

Terminvereinbarungen er-

folgen über die Landesgeschäftsstelle unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Ortsverband Höpfingen / Raum Neckar-Odenwald

Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172, oder Karin Lokotsch, Tel.: 06283/54 39. Die Sprechstunden finden jeden zweiten Freitag im Monat von 10 bis 11.30 Uhr im Landgasthof „Zum Ochsen“, Heidelberger Straße 18 in 74746 Höpfingen statt. **Nächster Termin: 8. Mai.**

Sozialberatung im Ortsverband Hockenheim

Die Sprechstunden finden am letzten Mittwoch eines Monats (außer im August und Dezember) von 15 bis 16 Uhr in der Zehntscheune, Untere Mühlstraße 4 in 68766 Hockenheim, statt. Eine Terminvereinbarung ist erforderlich bei Sozialrechtsberater Dario Becci, Tel.: 0621/84 14 172. **Nächster Termin: 20. Mai.**

Sozialberatung in Mannheim

Die Sozialberatung findet in der Windeckstraße 9 in

68163 Mannheim statt, nur nach Vereinbarung unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Raum Mittelbaden und Südbaden

Die Terminvereinbarung zur telefonischen Sozialberatung findet unter Tel.: 0621/84 11 172 statt. Für sonstige Fragen steht die Landesgeschäftsstelle in 68163 Mannheim unter der gleichen Telefonnummer zur Verfügung.

Sozialberatung in Kressbronn / Lindau / Friedrichshafen

Terminvereinbarungen erfolgen unter Tel.: 0621/84 14 172 über die Landesgeschäftsstelle oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Sozialberatung im Kreisverband Stuttgart

Die Sprechstunden finden jeden ersten und dritten Mittwoch von 10 bis 16 Uhr im Gebrüder Schmid Zentrum Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart statt. Bitte unbedingt vorher einen Termin über die Landesgeschäftsstelle vereinbaren unter Tel.: 0621/84 14 172 oder per E-Mail an: info@sovd-bawue.de.

Engagierte Mitglieder des Landesverbandes verteilten Infomaterial

Zum EPD auf dem Wochenmarkt

Besucher*innen, die am 28. Februar auf dem Wochenmarkt in Bremen-Findorff unterwegs waren, wurden von einer Gruppe von SoVD-Mitgliedern überrascht. Anlässlich des Equal Pay Day (EPD) verteilten die SoVDler*innen 80 rote SoVD-Taschen mit Infomaterial zur Lohngerechtigkeit.

„Wir haben bei unserer Aktion genau die Haupteinkaufszeit erwischt und innerhalb einer Stunde 80 Taschen mit Infomaterial und Mützen verteilt“, berichtete Landesfrauensprecherin Sara Dahnken. Anlässlich des diesjährigen Equal Pay Days stand sie zusammen mit interessierten Mitgliedern auf dem Findorffer Wochenmarkt. Erklärtes Ziel war es, den Besucher*innen des Marktes die Position des SoVD zum Equal Pay Day näherzubringen.

In diesem Jahr fand der Equal Pay Day am 27. Februar statt und markierte symbolisch die geschlechtsspezifische Lohnlücke (Gender Pay Gap) von 16 Prozent in Deutschland. Bis zu diesem Datum arbeiten Frauen statistisch gesehen umsonst, während Männer bereits seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden.

„Dass noch immer nicht der gleiche Lohn für die gleichen Aufgaben bei gleicher Qualifizierung gezahlt wird, ist ein

Skandal“, sagte Dahnken. „Wir brauchen endlich mehr Transparenz bei Gehältern, um Diskriminierung zu erkennen und abzubauen. Dazu muss aber die EU-Entgelttransparenzrichtlinie auch konsequent umgesetzt werden.“

Dahnken hatte für die Aktion extra den Folgetag, einen Samstag, ausgewählt, um möglichst viele Menschen auf dem Wochenmarkt zu erreichen. Folglich hatten sie und die fünf Mitstreiter*innen alle Hände voll zu tun, die Taschen zu verteilen und das Thema vorzustellen. „Wir haben mit sehr vielen Leuten gesprochen“, sagte die Landesfrauensprecherin. Den jüngeren Frauen sei der Equal Pay Day in der Regel bekannt gewesen, mit einigen älteren seien sie ins Gespräch gekommen, hätten den Anlass erklären und ihnen die Haltung des SoVD erläutern können.

„Aber auch über die vielfältigen Aufgaben des Landesverbandes haben wir informiert“, erzählte Dahnken, „genauso wie über die Tatsache, dass wir viele interessante Aktivitäten für Menschen bereithalten, die sich ehrenamtlich engagieren möchten.“



Am Bremerhavener Hauptbahnhof aktiv dabei (v. li.): Marita Jachens-Paul, Annabel Albrecht und Sara Dahnken.

Aktion der SoVD-Frauen in Bremerhaven

Rosen und Infos zum Weltfrauentag 2026

Mit ihrer Aktion am Bremerhavener Hauptbahnhof haben SoVD-Frauen Reisende und Passant*innen über Gleichstellung informieren können. Anlass war der Internationale Frauentag 2026.

Für Passantinnen und weibliche Fahrgäste, die am 8. März im Bremerhavener Hauptbahnhof unterwegs waren, gab es eine gelungene Überraschung: Zum Weltfrauentag erhielten sie Glückwünsche, selbstgefertigte Papierrosen und eine Tasche mit Infomaterial des SoVD zum Thema „Gleichstellung“.

SoVD-Frauen des Landesverbandes, federführend organisiert von der Bremerhavener Kreisfrauensprecherin Annabel Albrecht, hatten die Aktion vorbereitet. „Es war ein tolles Event“, berichteten sowohl Albrecht als auch Landesfrauensprecherin Sara Dahnken, die mit von der Partie war. „Die Frauen haben sich sehr gefreut und wir sind mit vielen ins Gespräch gekommen. Auch das Interesse an unseren Infos war groß.“

Bemerkenswert fand Dahnken, dass die jüngeren Frauen, mit denen sie gesprochen haben, Gleichstellung inzwischen als normal ansehen, ältere sich allerdings noch an Meilensteine wie die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen unter bestimmten Bedingungen (1974) und die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe (1997) erinnern würden.

Die Landesfrauensprecherin sieht jedoch keinen Grund, sich zurückzulehnen: „Trotz jahrzehntelanger Fortschritte bestehen weiterhin massive strukturelle Benachteiligungen von Frauen – in der Arbeitswelt, bei der Verteilung von Sorgearbeit und in der politischen Teilhabe. Gleichstellung ist kein symbolisches Ziel, sondern ein verfassungsrechtlicher Auftrag. Doch die Realität zeigt: Frauen verdienen noch immer weniger, übernehmen den Großteil der Sorgearbeit und sind in Führungspositionen unterrepräsentiert. Das ist nicht hinnehmbar. Hier ist unser Engagement gefragt – Gleichstellung muss endlich verwirklicht werden!“

Hintergrundinfo: Der Weltfrauentag steht seit mehr als 110 Jahren für den Kampf gegen alle Formen von Gewalt, Diskriminierung, Ausbeutung und die noch immer andauernde geschlechtsspezifische Chancenungleichheit. Die Vereinten Nationen haben den Tag 1975 als Internationalen Frauentag institutionalisiert.



Zufriedene Gesichter nach der Aktion zum Equal Pay Day (v. li.): Rosemarie Kovač, Sara Dahnken, Annabel Albrecht, Marita Jachens-Paul, Klaus Möhle und Andrea Sedlaczek.

Das Land Bremen bietet bis in den Juni ein reichhaltiges Programm an

Europawochen sind gestartet

Auf der Webseite www.europa.bremen.de können sich Bürger*innen in Bremen und Bremerhaven über die diesjährigen Europawochen im Land Bremen informieren. Geboten wird ein spannendes und abwechslungsreiches Programm mit rund 50 Veranstaltungen, die eine breite Palette von Themen und Formaten abdecken. Dabei sind viele verschiedene Akteur*innen aus Bremen und Bremerhaven und aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt.

Staatsrätin Nancy Böhning, die Bevollmächtigte des Landes Bremen, betont in Bezug auf die aktuelle Situation der EU: „Gerade in Zeiten globaler Herausforderungen und regionaler Konflikte ist es wichtiger denn je, die europäische Zusammenarbeit zu stärken und unsere gemeinsamen Werte von Frieden, Freiheit und Demokratie zu bewahren.“

Sie lädt alle Bürger*innen herzlich zu den Europawochen ein: „Die Europawochen sind eine gute Gelegenheit, Europa im Alltag und in der Region

besser kennenzulernen und zu erleben.“

Im Land Bremen startete das Programm bereits am 17. April mit ersten Veranstaltungen und geht bis in den Juni hinein. Es umfasst nahezu alle Gesellschaftsbereiche wie Politik, Kunst, Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft. Dabei bieten verschiedene Veranstaltungsformate und -themen ein vielfältiges Programm für alle Altersgruppen. Vom Escape Game, Buchvorstellungen, Konzerte im Rahmen der Jazzahead, Sprachcafé und Europafrühstück,

Fotoausstellung, Speed-Dating, Kinofilme, Beratung, Diskussion und Vieles mehr.

Die Europawochen finden bundesweit jedes Jahr rund um den Tag der sogenannten „Schuman-Erklärung“ statt, die am 9. Mai 1950 von dem französischen Außenminister Robert Schuman vorgestellt wurde. Aus der daraus resultierenden gemeinsamen Kohle- und Stahlproduktion der beteiligten Länder entstand in mehreren Schritten letzten Endes die Europäische Union.

Quelle: Senatskanzlei Bremen



Foto: rh2010 / Adobe Stock



Aus den Orts- und Kreisverbänden



Ortsverband Lesum

Ortsverband Lesum

Auf dem Mitgliedertreffen am 13. März wurde der Vorstand neu gewählt (s. Foto, v. li.): Beisitzerin Nina Noga, Revisor Siegfried Hoppe, Beisitzerin Inge Marschlich, 1. Vorsitzender Reinhard Röpke, Beisitzerin Vera Boljevac, 2. Vorsitzender Hans Delectat, Beisitzer Bernd Michael Schulz, Beisitzerin Sabine von Groeling-Müller, 2.2. Vorsitzende Hella Knispel, Schatzmeister Gerd und Schriftführerin Venke Renken. Nicht auf dem Foto ist Revisorin Sandra Bonetti.

Ortsverband Bremen-Süd

Auch der Ortsverband Bremen-Süd führte eine Vorstandswahl durch. Der Vorstand besteht aus (s. Foto, v. li.): 1. Vorsitzender Erhard Flemming und Beisitzerin Elke Scharff; hintere Reihe: Revisoren Volker Scharff und Guido Wilharm, Beisitzer Joachim Jung, Revisor Detlef Kirchmann, 2. Vorsitzende Marion Muhs, davor Schatzmeisterin Gonda Flemming; Beisitzerinnen Helga Kirchmann und Marianne Stelzenmüller, Frauensprecherin Ulrike Kröplin,



Ortsverband Bremen-Süd

Beisitzerin Beatrix Hawranke, Gast und Kreisvorsitzender Klaus Möhle sowie Schriftführerin Cindy-Tessica Flemming.

Ortsverband Vegesack

Die Vorstandswahl am 7. März endete mit folgendem Ergebnis (s. Foto, v. li.): 2. Vorsitzender Hans-Jörg Müller, Schatzmeister Maximilian Trentweber, Frauensprecherin und Schriftführerin Edeltraud Berger, Beisitzerin Tanja Bäumer, 1. Vorsitzender Hans-Jürgen Berger und Beisitzer Sven Bäumer.



Ortsverband Vegesack



Glückwünsche

Allen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag feiern, gratuliert der SoVD Bremen herzlich und wünscht ihnen für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen.

Allen Mitgliedern, die derzeit erkrankt sind, wünscht er eine baldige Genesung.

Ehrenamt sucht ...

Sie möchten sich ehrenamtlich engagieren und suchen eine Aufgabe? Zur Unterstützung seiner Ortsverbände sucht der SoVD Bremen Interessierte.

Wenn Sie sich angesprochen fühlen, wenden Sie sich bitte an Ihre zuständige Kreisgeschäftsstelle! Über Ihren Anruf freuen sich:

- Kreisverbände Bremen und Bremen-Nord, Tel.: 0421/16 38 490;
- Kreisverband Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006.



Termine

Kreisverband Bremen

Ortsverband Bremen-Zentrum

Vorschau: 12. September: Jahreshauptversammlung mit Wahlen.

Vorschau: 24. Oktober: Teilnahme am Freimarktumzug.

Nähere Informationen werden rechtzeitig bekannt gegeben. Bei Rückfragen steht Uwe Poggenhorn, 1. Vorsitzender, unter Tel.: 0176/38 32 85 43 zur Verfügung.

Kreisverband Bremen-Nord

Ortsverband Blumenthal

20. Mai, 16.30 Uhr: Mitgliedertreffen im „Zum grünen Jäger“, Farger Straße 100, 28777 Bremen.

Ortsverband Bremen-Lesum

Mitgliedertreffen künftig alle

3 Monate jeden 2. Freitag, 17 Uhr, Sportpark Marßel, Stader Landstraße 100, 28719 Bremen.

Ortsverband Vegesack

28. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen im Bürgerhaus Vegesack, Raum F 20, Kirchheide 49, 28757 Bremen.

Kreisverband Bremerhaven

Ortsverband Geestemünde

Alle Mitglieder sind herzlich willkommen bei den Veranstaltungen der Ortsverbände Leherheide und Bremerhaven Nord-Süd.

Ortsverband

Bremerhaven-Leherheide

8. Mai, 15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Wahlen des Gesamtvorstandes und Ehrungen,

Ev. Gemeindezentrum Leherheide, Heideschulweg 9, 27578 Bremerhaven. **Anmeldung** bei Alfred Bultmann, 1. Vorsitzender, Tel.: 0471/80 27 98 oder

Norbert Krajewski, 2. Vorsitzender, Tel.: 0471/66 370.

Ortsverband

Bremerhaven Nord-Süd

12. Mai, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen bei Kaffee und Kuchen, Ehrung der Jubilar*innen. Jeden 2. Dienstag im Monat, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen.

Ort: Altbürgerhaus, Neulandstraße 48, 27576 Bremerhaven.

Ansprechpartner*in: 1. Ortsvorsitzender Horst Cordes, Tel.: 0471/29 00 801, und 2. Ortsvorsitzende Birgit Schild, Tel.: 0471/80 43 67.



Sozialrechtsberatung

Hier finden Sie Kontaktadressen und Ansprechpartner*innen des SoVD im Landesverband Bremen. Um Termine für eine Sprechstunde zu erhalten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle!

Landesverband, Landesrechtsabteilung / Kreisverband Bremen, Kreisverband Bremen-Nord

Breitenweg 10-12, 28195 Bremen, Tel.: 0421/16 38 490, E-Mail: info@sovd-hb.de.

Kreisverband Bremerhaven

Barkhausenstraße 22, 27568 Bremerhaven, Tel.: 0471/28 006, E-Mail: kreis-bremerhaven@sovd-hb.de.

JHV mit Wahlen – TOP

Die Tagesordnungspunkte sind:

- Entgegennahme der Berichte des Vorstandes und der Revisor*innen.
- Beschlussfassung über Anträge und Beschwerden an den Kreisvorstand und an die Kreisverbandstagung.
- Wahl des Ortsvorstandes.
- Wahl der Revisor*innen.
- Wahl der Delegierten zur Kreisverbandstagung.
- Entlastung des Ortsvorstandes.

Newsletter

Mitglieder, die einmal monatlich (außer der Sommer-Ausgabe) den E-Mail-Newsletter des SoVD Bremen mit Berichten, Veranstaltungsterminen, Tipps und Tricks erhalten wollen, senden bitte einen Hinweis an: newsletter@sovd-hb.de.



Jahresempfang des SoVD Hamburg stellt soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt

Armut gefährdet die Demokratie

Viele bekannte Persönlichkeiten waren gekommen, um auf dem Jahresempfang des SoVD Hamburg über Chancen, fehlende Perspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten des Sozialstaates zu sprechen. Er fand am 17. März unter dem Motto „Zeit für mehr soziale Gerechtigkeit – Teilhabe fördern und Chancen eröffnen“ statt. (Siehe auch Bericht in der April-Ausgabe, Seite 15.)

Landesvorsitzender Klaus Wicher betonte, wie wichtig das Thema des diesjährigen Jahresempfangs ist: „Wer arm ist, wird arm bleiben, wer gering qualifiziert ist, hat kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt, Kinder aus armen Familien haben kaum Chancen, ihrem sozialen Milieu zu entkommen. Das vermittelt keine Aufbruchstimmung, im Gegenteil, das demoralisiert und lässt jegliche Perspektive vermissen.“ Auch Michaela Engelmeier, Vorständin des Bundesverbandes, betonte die politische Dimension von Armut: „Wer sich auf den Staat verlassen kann, wendet sich nicht von der Demokratie ab.“



Foto: SoVD HH

V.l., erste Reihe: Regina Jäck (MdHB, SPD), Tanja Chawla (Vorsitzende des DGB Hamburg), Michaela Engelmeier (Vorstandsvorsitzende SoVD Bund), Finanzsenator Dr. Andreas Dressel (SPD), Baris Önes (MdHB, Fachsprecher für Soziales der SPD) und Deniz Celik (Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft, Die Linke).

Der SoVD Hamburg startet seine Online-Sozialrechtsberatung SoVDigital

Aus kompliziert wird einfach!

Das deutsche Sozialsystem ist komplex und unübersichtlich. Mit der neuen Online-Sozialrechtsberatung SoVDigital wird aus kompliziert ganz einfach! Ob Wohngeld, Bürgergeld oder Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung: Der SoVD lotst Sie ab sofort auch online zu der staatlichen Hilfe, die Ihnen zusteht.

Zum Auftakt konzentriert sich die Online-Assistenz auf das Thema Existenzsicherung. Der Verband arbeitet aber bereits an der Integration weiterer Leistungen und Services. Bereits jetzt führt Sie die digitale Assistentin Sovi in einem Online-Dialog Schritt für Schritt durch den gesamten Beratungsprozess: von der Bedarfsermittlung über die Anspruchsprüfung bis hin zum fertigen Antrag – natürlich geprüft und rechtssicher. So ist gewährleistet, dass Sie die richtige Sozialleistung vollständig und korrekt beantragen.

Und so einfach gehts: Wählen Sie einen Direkt-Einstieg oder das Thema, das am besten zu Ihrem Anliegen passt, laden Sie ausgewählte Dokumente hoch (zum Beispiel, indem Sie ein Foto mit Ihrem Smartphone machen) oder geben Sie relevante Daten manuell ein. Den Rest erledigt Sovi für Sie. Sie sortiert alle Informationen, prüft, welche Leistungen für Sie persönlich infrage kommen, berechnet, welche davon den größten finanziellen Nutzen bietet – und erstellt auto-



Foto: SoVD HH / ViDi Studio / Adobe Stock

Sovi, die digitale Assistentin, berät Hilfesuchende und leitet sie beim Stellen eines Antrags durch den gesamten Prozess.

matisch den passenden Antrag. Die vollständige Antragsmappe können Sie am Ende einfach herunterladen und beim Amt einreichen. Probieren Sie es aus und entdecken Sie auch alle weiteren verfügbaren SoVDigital-Angebote, wie die Online-Assistenz für Ihre Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht: www.sovd-hh.de/sovdigital.

Die Nutzung einiger Funktionen in SoVDigital steht ausschließlich Mitgliedern des SoVD Hamburg zur Verfügung. So stellt der SoVD sicher, dass Sie als Verbandsmitglied nicht nur technisch unterstützt werden, sondern auch rechtlich abgesichert sind – mit unserer kompetenten Beratung und Vertretung vor Ort.



Editorial

Liebe Mitglieder,
liebe Interessierte,

viele Menschen haben Angst. An der Tankstelle, im Supermarkt, bei der Stromrechnung – wir spüren es jeden Tag. Die Preise steigen rasant, während die Einkommen nicht Schritt halten. Die weltweite politische Lage mit Kriegen und Krisen verstärkt dieses Gefühl der Unsicherheit. Gleichzeitig wächst die Sorge, dass Reformen, unter anderem im Gesundheitswesen, am Ende die Versicherten zusätzlich belasten. Gesundheit und ein langes Leben sind jetzt schon vom Geldbeutel abhängig. Dieses Problem muss im Sinne der öffentlichen Daseinsfürsorge gelöst und nicht verschlimmbessert werden.

Gerade jetzt braucht es klare, gerechte und solidarische Antworten. Dazu gehören eine konsequente Besteuerung von Übergewinnen, eine gerechte Erbschaftsteuer sowie eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Einkommen sowie eine Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen. Ebenso notwendig ist eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen – für eine verlässliche und hochwertige Versorgung. Wir brauchen zudem bezahlbaren Wohnraum, eine armutsfeste Rente, gesichert durch eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, und eine Grundsicherung, die tatsächlich zum Leben reicht und Teilhabe ermöglicht.

Aus Sicht des SoVD Hamburg ist JETZT die Zeit für langfristig sinnvolle strukturelle Änderungen in den Sozialversicherungen: für mehr und nicht weniger soziale Gerechtigkeit, für Zusammenhalt und für eine Politik, die den Menschen Sicherheit gibt und Vertrauen zurückgewinnt. Dafür muss sich die Hamburger Politik auch auf Bundesebene stark machen. Denn das Vertrauen der Bürger*innen in die Politik schwindet mehr und mehr – mit fatalen Folgen für unsere Demokratie.

Ihr Klaus Wicher,
Landesvorsitzender



Foto: Jonas Walzberg
Klaus Wicher

SoVD-Landesverband begrüßt 28.000. Mitglied

Der SoVD Hamburg wächst kräftig weiter

Das 28.000 Mitglied im SoVD Hamburg heißt Dürdane Deniz. Landeschef Klaus Wicher begrüßte die 58-Jährige mit einem Blumenstrauß und einem Büchergutschein in der Landesgeschäftsstelle.

In den SoVD Hamburg eingetreten ist Deniz, weil sie sich nach einer schweren Covid-Erkrankung ins Leben zurückgekämpft hat, aber in ihrem alten Job als Friseurin nicht mehr arbeiten konnte. Ihr Antrag auf Erwerbsminderungsrente wurde abgelehnt, der Widerspruch ebenso.

Mit dem SoVD Hamburg an ihrer Seite kämpft sie nun erneut – dieses Mal vor Gericht. „Ich hätte früher zum SoVD kommen sollen, dann wäre es vielleicht besser gelaufen“, sagt Deniz im Rückblick. Im SoVD fühlt sie sich gut aufgehoben: „Alle sind sehr freundlich und entgegenkommend.“



Landeschef Klaus Wicher begrüßt Dürdane Deniz im SoVD.



Der SoVD hakt nach

Drei Fragen und Antworten von Prof. Dr. Kirsten Wiese und Prof. Dr. Tilman Lutz zur neuen Grund-
sicherung, die ab dem 1. Juli das Bürgergeld ablösen wird. Beide haben an der Stellungnahme des
Fakultätsrates der Fakultät Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik der Hochschule für Angewandte
Wissenschaften Hamburg zur Änderung des SGB II mitgewirkt, in der fachliche sowie verfassungs- und
mensenrechtliche Bedenken geäußert werden.

Welche Änderungen gefährden aus ihrer Sicht konkret das Existenzminimum – und wen trifft es besonders?

Neben den höheren Sanktionen, die das ohnehin zu niedrig bemessene soziokulturelle Existenzminimum reduzieren können, insbesondere dies: Bei dreimaliger Nichterreichbarkeit kann die Leistung komplett entfallen, auch die Wohnkosten. Das trifft vor allem vulnerable Gruppen, die Schwierigkeiten und Ängste im Umgang mit Behörden und Behördenpost haben. Zudem werden aufgrund der niedrigeren Angemessenheitsgrenze noch mehr Bedarfsgemeinschaften Geld für Miete

und Heizung aus dem Regelsatz abzwacken müssen bzw. drohen, wohnungslos zu werden.

Wo sehen Sie bei den verschärften Sanktionen mögliche Konflikte mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts?

Die Entscheidung des BVerfG von 2019 kollidiert mit den neuen Sanktionen. Das BVerfG entschied, dass das menschenwürdige Existenzminimum nur unter strengen Voraussetzungen eingeschränkt werden darf. Menschenwürde geht danach auch durch vermeintlich unwürdiges Verhalten nicht verloren. Sanktionen sind nur legitim,

um Mitwirkungspflichten durchzusetzen, und zur eigenständigen Existenzsicherung zu befähigen und sie müssen verhältnismäßig sein. Ob Totalkürzungen wegen Nichterreichbarkeit diese Vorgaben erfüllen, ist sehr fraglich.

In Ihrer Stellungnahme kritisieren Sie, dass der stärkere Fokus auf schnelle Arbeitsvermittlung komplexe Problemlagen von Leistungsberechtigten ausblendet. Welche alternativen Ansätze würden Sie empfehlen, um nachhaltige Integration in Arbeit besser zu fördern?

Vorweg sind a) die „erwerbsfähigen“ Leistungsberechtigten mehr-



Prof. Dr. Kirsten Wiese



Prof. Dr. Tilman Lutz

heitlich nicht erwerbsarbeitslos, b) kann Integration in Arbeit nicht allein mit dem SGB II beantwortet werden, sondern ist genauso eine Frage des Arbeitsmarktes und der sozialen Infrastruktur (zum Beispiel Kitas). Für Menschen in komplexen Problemlagen plädieren wir für mehr Angebote der Lebenslagen- und psychosozialen Beratung, auch für solche, die nicht direkt auf Erwerbsarbeits-

aufnahme zielen. Zudem sollte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen Vorrang eingeräumt werden, um Dreh-türeffekte und prekäre Arbeitsverhältnisse zu vermeiden.

Die ungekürzte Stellungnahme findet sich im Internet unter: www.haw-hamburg.de/detail/news/news/show/fakultaetsrat-der-fakultaet-sukzur-aenderung-des-sgb-ii-e/.

Podcast: Blick ins Landessozialgericht

In der neuesten SoVD-Podcast-Folge berichtet Wolfgang Siewert, der scheidende Präsident des Hamburger Landessozialgerichts, welche Menschen sich mit ihren Problemlagen an das Landessozialgericht wenden. Er berichtet von den Menschen, die sich tagtäglich durch Aktenberge arbeiten, was sie umtreibt und warum gerade sie sich auf das Sozialrecht spezialisiert haben. Ein interessanter Blick hinter die Kulissen des Landessozialgerichts.

Hier gibt es online den aktuellen Podcast und alle weiteren Folgen: www.sovd-hh.de/news-service/sovdpodcast.



Foto: privat

Wolfgang Siewert

Der SoVD Hamburg veranstaltet und beteiligt sich an zwei wichtigen Events

Alles zu Care-Arbeit und Pflege

Der SoVD Hamburg lädt alle Mitglieder und Interessierten zu zwei Veranstaltungen ein, die sich mit Kernthemen des SoVD beschäftigen. Zum einen bietet der SoVD im Mai eine Infoveranstaltung zur Care-Arbeit, zum anderen beteiligt er sich an der IRMA, der inklusiven Mobilitäts- und Rehamesse.

Am 7. Mai findet die Infoveranstaltung „Care-Arbeit gerecht gestalten: SoVD-Frauen vernetzen sich“ statt. Dort können Interessierte miteinander ins Gespräch kommen. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Care-Arbeit hält unsere Gesellschaft zusammen. Doch Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen und die Organisation des Familienalltags – Sorgearbeit wird überwiegend von Frauen geleistet. Sie ist unverzichtbar, aber häufig unsichtbar, unbezahlt und schlecht abgesichert. Die Folgen zeigen sich in unterbrochenen Erwerbsbiografien, geringeren Einkommen und erhöhtem Risiko für Altersarmut. Deshalb engagiert sich der SoVD mit zahlreichen Partner*innenorganisationen im Bündnis „Sorgearbeit fairteilen“.



Der SoVD ist auch dieses Jahr wieder auf der IRMA dabei.



Foto: Chat GPT

Zusammen können Frauen mehr erreichen – mit und im SoVD.

Am 7. Mai informiert Dr. Simone Real vom SoVD-Bundesverband über aktuelle Entwicklungen in der Gleichstellungs- und Sozialpolitik. Anschließend wird diskutiert, welche sozialpolitischen Reformen notwendig sind und wie der Verband konkrete Verbesserungen anstoßen kann.

7. Mai, 15 bis 17 Uhr im SoVD-Beratungszentrum Uhlenhorst, Mundsbürger Damm 42, 22087 Hamburg.

Die Anmeldung erfolgt über die Event-Plattform Eveeno: <https://eveeno.com/303419659>.

Vom 18. bis 20. Juni findet die IRMA Hamburg auf dem Gelände der Hamburg Messe statt. Die Messe richtet sich an Menschen mit Behinderun-

gen, Senior*innen, pflegende Angehörige sowie Fachkräfte. Rund 150 Ausstellende präsentieren zum Beispiel Lösungen zu barrierefreier Mobilität und moderner Pflege sowie smarte Alltagserleichterungen. Ergänzt wird das Angebot durch Selbsthilfegruppen und Organisationen. Auch der SoVD Hamburg ist wieder mit dabei vom

18. bis 20. Juni, Stand G50 in Halle A3, Eingang West, Lagerstraße, 20357 Hamburg.

Und das Beste: Mit dem Gutscheincode **SoVD_IRMA2026** gibt es freien Eintritt! Das Ticket kann online unter: www.messe-ticket.de/KMK_Shop/IRMA/REgister/SoVD_IRMA2026 kostenfrei gebucht werden. Mehr Informationen zur Messe gibt es unter: www.irma-messe.de.



Sozialrechtsberatung

Der SoVD Hamburg bietet Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Nehmen Sie Kontakt auf, unter Tel.: 040/61 16 070, per E-Mail: info@sov-d-hh.de, oder kommen Sie vorbei!

- SoVD-Beratungszentrum Barmbek in der Landesgeschäftsstelle, Pestalozzistraße 38, 22305 Hamburg, Tel.: 040/61 16 070, Fax: 040/61 16 07 50, Beratungszeiten: Mo.–Di. 9–16 Uhr, Do. 9–18 Uhr (Unterlagen können auch Mi. 9–16 und Fr. 9–14 Uhr eingereicht werden).
- SoVD-Beratungszentrum Harburg in den Räumen des Mietervereins, Hölertwiete 2, 21073 Hamburg. Öffnungszeiten: Di. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Altona in den Räumen des Mietervereins, Neue Große Bergstraße 9 (Haspa-Haus), 22767 Hamburg, Öffnungszeiten: Di. und Do. 9–12 Uhr.
- SoVD-Beratungszentrum Eidelstedt im Kulturhaus Eidelstedt, Alte Elbgaustraße 12, 22523 Hamburg, Öffnungszeiten: jeden 2. und 4. Mittwoch, 9–12 Uhr. **Nächste Termine: 13. und 27. Mai.**
- SoVD-Beratungszentrum Bergedorf im DGB-Gewerkschaftszentrum, Serrahnstraße 1, 21029 Hamburg, Öffnungszeiten: Fr. 10–12 Uhr.

Öffentliche Kundgebung „#OhneUns“ in Magdeburg zum Weltfrauentag 2026

Ohne Frauen steht alles still

Sachsen-Anhalt Der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V. hatte am 9. März zu einer Kundgebung auf den Bahnhofsvorplatz in Magdeburg eingeladen. Es sprachen zahlreiche Redner*innen aus Gewerkschaften und Verbänden.

Gemeinsam mit der Gleichstellungsbeauftragten des Landes, den Gewerkschaften, dem Volksbad Buckau und dem Töchterkollektiv sowie vielen weiteren engagierten Initiativen und zahlreichen Partner*innen sagten sie deutlich: Genug ist genug! Ohne uns steht alles still.

Wie wahr dieser Satz ist, zeigte ein eindrucksvolles Beispiel aus Island: Dort ließen im Oktober 1975 Millionen Frauen ihre regulären Tätigkeiten ruhen – beruflich wie privat, um zu zeigen, wie sehr die Gesellschaft von ihrer Arbeit abhängt. Das

öffentliche Leben verlangsamte sich spürbar und viele Menschen erkannten an diesem Tag, wie selbstverständlich die Leistungen der Frauen angenommen, aber nicht wertgeschätzt werden. Diese historische Aktion wurde später für Island zu einem Meilenstein auf dem Weg zu mehr Gleichstellung.

Die Kundgebung in Magdeburg wurde von Redebeiträgen der Landesgleichstellungsbeauftragten, Vertreter*innen der Gewerkschaften, des Landesfrauenrates und des Töchterkollektivs begleitet. Die Künstlerin

Lena Stoehrfaktor sorgte für die musikalische Umrahmung und setzte künstlerisch-politische Impulse.

Alle Teilnehmenden machten sichtbar, was sie bewegt und welche alltäglichen Selbstverständlichkeiten sie heute bewusst nicht übernehmen, um die Mehrfachbelastung von Frauen zu verdeutlichen. Zudem bestand an verschiedenen Informationsständen die Möglichkeit zum Austausch und zur Vernetzung.

„Frauen leisten in Deutschland noch immer einen großen Teil der unbezahlten Sorge- und Pflegearbeit, durchschnittlich rund neun Stunden mehr und 44,3 Prozent mehr unbezahlte Arbeit“, zählt Monika Lück, Landesfrauensprecherin des SoVD Mitteldeutschland, die Fakten auf. „Sie arbeiten häufig in schlechter vergüteten Berufsgruppen und verdienen im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer. Sie begegnen strukturellen Hürden, die ihre beruflichen und privaten Chancen einschränken. Die bereinigte Lohnlücke beträgt weiterhin sechs Prozent – selbst bei gleicher Qualifikation und vergleichbarer Tätigkeit.“



Foto: Monika Lück

V. li.: Christine Stoffl, Christa Ringkamp, Pia Meine und Dr. Franziska Kersten.

Filmveranstaltung zum Internationalen Frauentag

Haltung zeigen und die Zukunft gestalten

Sachsen-Anhalt Der Landesfrauenrat und das Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sachsen-Anhalt hatten zu einer Filmveranstaltung mit anschließendem Brunch im Rahmen des Internationalen Frauentages eingeladen.

Im Mittelpunkt standen ausgewählte Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm „Die Unbeugsamen 2“, der Frauen porträtiert, die sich in politischen und gesellschaftlichen Strukturen behaupten, Widerstände überwinden und Veränderungen vorantreiben. Der Film knüpft an die Geschichte politischer Kämpfe um Gleichberechtigung an und zeigt zugleich, wie aktuell viele dieser Fragen bis heute sind.

Im Anschluss diskutierten Dr. Franziska Kersten (MdB, SPD), Christine Stoffl (verdi), Christa Ringkamp (Landhof Neulingen) und Moderatorin Pia Meine mit den anwesenden Frauen, unter denen auch SoVD-Landesfrauensprecherin Monika Lück war: „Gemeinsam haben wir darüber gesprochen, welche strukturellen Hürden Frauen weiterhin begegnen, wie sich politische Teilhabe verändert und wo wir heute stehen, wenn es um Gleichstellung geht.“



Foto: Monika Lück

Öffentliche Kundgebung unter dem Motto „#OhneUns“ auf dem Bahnhofsvorplatz in Magdeburg.

Kreisverband Wernigerode lud zur Frauenveranstaltung am Weltfrauentag ein

Frauenengagement gewürdigt

Sachsen-Anhalt Seit vielen Jahren ist es Tradition im Kreisverband Wernigerode, den Weltfrauentag zu begehen. Auch dieses Jahr trafen sich am 10. März Mitglieder, um die aktuelle Lage der Frauen weltweit zu betrachten.

Der Vorstand nahm den Frauentag zum Anlass, die anwesenden Frauen mit einem Blumentopf und kleinen Präsenten zu würdigen und sich ausdrücklich auch bei der Vorsitzenden des Kreisverbandes Wernigerode, Birgit Jungtorius, für deren Engagement für den Verband zu bedanken.

Bei dem Rück- und Ausblick zum Internationalen Tag wurde deutlich, dass noch längst nicht alles erreicht ist, was vor über 108 Jahren mit Unterstützung von Klara Zetkin und Rosa Luxemburg gefordert wurde – weder in Deutschland noch international.



V. li.: Eveline Prade, Hannelore Päseler, Knut Kamann, Inge Bernsdorf und Karin Hampel.

www.sovd-mitteldeutschland.de



Foto: Mike Mareen / Adobe Stock

5 Termine

Kreisverband Halle

19. Mai, 9–12 Uhr: letzte Sprechstunde, GZS, SoVD-Büro, Halle.

Kreisverband Schönebeck

Dienstags, 9–12 Uhr können die Reisettermine abgeholt werden, Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck.

Kreisverband Wernigerode

12. Mai: Bustour nach Leipzig, Details bei Anmeldung unter Tel.: 03943/63 26 31.

Ausbildungskampagne des Landes gegen Fachkräftemangel richtet sich speziell an junge Migrant*innen

Alles über das deutsche Ausbildungssystem

Sachsen-Anhalt Sachsen-Anhalts Unternehmen suchen händeringend Auszubildende: Landesweit sind derzeit 5.650 Ausbildungsstellen unbesetzt. Um zusätzliche Fachkräftepotenziale zu erschließen und mehr junge Migrant*innen für eine duale Ausbildung in Sachsen-Anhalt zu gewinnen, wird die im vergangenen Jahr erfolgreich gestartete Ausbildungskampagne „Ausbildung kompakt erklärt“ auf Initiative des Arbeitsministeriums fortgesetzt.

„Die duale Ausbildung ist eine der wichtigsten Stützen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort. Junge Zugewanderte werden dringend gebraucht, um die Fachkräftelücke zu schließen. Menschen mit Migrationsgeschichte bringen viel Motivation und großes Potenzial mit. Ihnen wollen wir zeigen, dass eine Ausbildung in Sachsen-Anhalt echte Karriere- und Aufstiegschancen bietet“, betont Ministerin Petra Grimm-Benne mit Verweis auf die – auch im Bundesvergleich – überdurchschnittliche Übernahmequote von Auszubildenden, die bei 83 Prozent liegt.

Mix aus Präsenz- und Onlineveranstaltungen

Neben Online-Veranstaltungen werden auch Präsenzveranstaltungen angeboten. Junge Menschen mit Migrationsgeschichte und ihre Familien erhalten dort praxisnahe Informationen über das deutsche Ausbildungssystem sowie

eine individuelle mehrsprachige Beratung. Dabei arbeitet das Ministerium eng mit der KAUSA-Beratungsstelle (Koordinierungsstelle Ausbildung und Migration), dem Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA), den Integrationskoordinator*innen und Integrationskoordinatoren, den Kammern, der Bundesagentur für Arbeit, den Jugendberufsagenturen sowie weiteren Arbeitsmarktakteuren zusammen.

Kampagne ist im letzten Jahr gut angelaufen

Durch die mehrsprachige Kommunikation und die enge Zusammenarbeit mit regionalen Partnern hat die Kampagne bereits im vergangenen Jahr daran mitgewirkt, erfolgreich Zugangsbarrieren auf dem Weg in Ausbildung und Beschäftigung abzubauen.

Landesweit wurden insgesamt 30 Veranstaltungen

durchgeführt, darunter 13 Präsenzveranstaltungen, ergänzt durch regelmäßige Online-Beratungstunden. Mehr als 600 Menschen nahmen an den Angeboten teil. Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden waren Jugendliche, rund ein Drittel Eltern oder ältere Interessierte.

Die Themen der Beratung waren vielfältig: Sie reichten von der Unterstützung bei der Suche nach Ausbildungsplätzen und Praktika über die Anerkennung ausländischer Abschlüsse bis hin zu Fragen der Sprachförderung sowie zu rechtlichen Rahmenbedingungen.

Ausbildungsmarkt bleibt weitgehend stabil

Nach den aktuellen Daten der Bundesagentur für Arbeit ist die Gesamtzahl der Auszubildenden in Sachsen-Anhalt seit 2021 von 33.039 Auszubildenden auf 35.998 gestiegen (Stichtag 30. September 2025). Dies entspricht einem Zuwachs von rund 9 Prozent. Das Wach-



Foto: pressmaster / Adobe Stock

Interessierte Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommen in speziellen Veranstaltungen wichtige Informationen über das Ausbildungssystem in Deutschland.

tum wird insbesondere durch ausländische Auszubildende getragen, deren Anzahl von 2.004 im Jahr 2021 auf 3.898 im Jahr 2025 anstieg – eine Steigerung um rund 95 Prozent. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der deutschen Auszubildenden um etwa 3,4 Prozent zu (von 31.033 auf 32.100).

In der Folge hat sich die Zusammensetzung am Ausbildungsmarkt verschoben: Damit erhöhte sich die Quote der ausländischen Nachwuchskräfte von 6,1 auf 10,8 Prozent.

Termine von „Ausbildung kompakt erklärt“

- 28. Mai: Kreismusikschule, Augustapromenade 33, 06449 Ascherleben (Salzlandkreis)
- 2. Juni: Komarov Sekundarschule, Stadtseeallee 95, 39576 Stendal
- 15. Juni: Metall-Labor „Dr. Adolf Beck“, Zörbiger Straße 21, 06749 Bitterfeld
- 17. Juni: Jugendberufsagentur, Am Alten Theater 1, 39104 Magdeburg

Quelle: Arbeitsministerium Sachsen-Anhalt

Sprechstunden in Mitteldeutschland



Grafik: warmworld / Adobe Stock

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, dritte Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Sprechstunden siehe Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin. Sprechzeit: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr. Bei dringenden Angelegenheiten kontaktieren Sie den Vorsitzenden Jörn Sanftleben unter Tel.: 0151/21 89 64 57 oder Monika Lück unter Tel.: 0162/47 17 156.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/25 38 897. Sprechzeiten nach Absprache, letzter Mittwoch im Quartal, 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaurer (bar-

rierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 13–17 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldung erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-

wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Am Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden siehe Thüringen.

Kreisverband Schwerin wurde für ein besonderes Projekt ausgewählt

Tolle Chance zur Entwicklung

Ein besonderer Moment für den SoVD-Kreisverband Schwerin: Als einer von nur 30 Vereinen wurde er für das Projekt „Organisationsentwicklung im Verein“ für 2026 ausgewählt – ein Jahr voller Ideen, Austausch und gemeinsamer Entwicklung steht bevor.

Der Auftakt fand am 27. Februar in Güstrow im „Das-StudioZwei“ statt. Für den SoVD-Kreisverband waren die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky, ihr Stellvertreter Karl-Heinz Müller und Beisitzer Volker Großmann vor Ort.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen Informationen zum Projekt und persönliche Gespräche mit erfahrenen Berater*innen. Jeder Verein konnte mit drei Expert*innen sprechen, um die passende Unterstützung für die eigene Vereinsarbeit zu wählen – ein wichtiger Schritt für die Zukunft.

Nach der Mittagspause würdigten Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Staatssekretärin Sylvia Grimm (beide SPD) das Ehrenamt in inspirierenden Ansprachen, voller Anerkennung und Wertschätzung für das Engagement der Ehren-



V. li.: Staatssekretärin Sylvia Grimm und Ministerpräsidentin Manuela Schwesig waren persönlich zur Veranstaltung gekommen.

amtlichen.

Am Nachmittag gaben Vereine, die bereits 2025 teilgenommen hatten, in kurzen Interviews Einblicke in ihre Erfahrungen. Den feierlichen Abschluss bildete die Auszeichnung dieser Vereine durch

Schwesig und Grimm.

Am Ende des Tages war allen klar: Dieses Projekt ist eine Chance, gemeinsam zu wachsen, das Ehrenamt zu stärken und den Verband fit für die Zukunft zu machen – mit Herz, Engagement und Leidenschaft.

Oberbürgermeisterkandidat der CDU stellte sich im Kreisverband Schwerin vor

Bürgernaher Politiker zu Gast

Im März begrüßte die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky den amtierenden Stadtpräsidenten und Oberbürgermeister-Kandidaten Sebastian Ehlers. Mitglieder und Gäste nutzten die Gelegenheit, um dem CDU-Politiker Fragen zu stellen und mit ihm über Themen zu sprechen, die viele Menschen in Schwerin bewegen.

Nach der Begrüßung erläuterte Sebastian Ehlers (CDU) seine Motivation zur Kandidatur und wie er das Amt des Oberbürgermeisters für die Landeshauptstadt Schwerin ausfüllen möchte. Ehlers betonte, dass ihm eine lebenswerte Stadt mit guten Perspektiven für alle Generationen besonders am Herzen liege.

In der anschließenden Frageunde wurde unter anderem über bezahlbaren Wohnraum, eine bessere Durchmischung der Bevölkerung in den einzelnen Stadtgebieten sowie über Fragen zur allgemeinen Sicherheit der Bürger*innen diskutiert. Auch ganz praktische Themen kamen zur Sprache – etwa fehlende Sitzgelegenheiten in der Innenstadt oder der Vorschlag, im Rahmen des Hitzeschutzkonzeptes eine Beschilderung zu den Standorten der Trinkbrunnen einzurichten.



Sebastian Ehlers will Oberbürgermeister in Schwerin werden.

Ein weiterer Diskussionspunkt war der häufig geäußerte Vorwurf, dass der Politik oftmals die Nähe zur Basis fehle. SoVD-Vorsitzende Preuß-Borowsky brachte hierzu den Vorschlag ein, Organisationen und Sozi-

alverbände, welche die Sorgen und Nöte vieler Menschen unmittelbar kennen, künftig als beratende Stimmen in entsprechende Gremien der Stadtvertretung einzubeziehen. Sebastian Ehlers zeigte sich überrascht, dass dies bislang nicht der Fall ist und nahm den Gedanken interessiert auf.

Zum Abschluss der Veranstaltung verteilte er sein eigenes Magazin „Schwerin JETZT! – Begegnungen. Erinnerungen. Visionen“ mit persönlichen Eindrücken, Erinnerungen und Visionen für die Zukunft der Landeshauptstadt.

Auch wenn es dem SoVD-Kreisverband Schwerin zeitlich nicht möglich sein wird, alle Oberbürgermeister-Kandidat*innen einzuladen, möchte der Verband weiterhin Gesprächsangebote machen und den Dialog zwischen Politik und Bürger*innen stärken.



Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

der SoVD Mecklenburg-Vorpommern und der Deutsche Kinderhilfsstiftung-Förderverein Mecklenburg-Vorpommern begrüßen die Bereitschaft der Politik zur Reform der Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Bedauerlich ist aber, dass der vorliegende Entwurf der Reform Familien mit drei oder mehr Kindern, und dabei auch überdurchschnittlich häufig pflegebedürftigen, nicht gebührend berücksichtigt und an der außerordentlich schwierigen Situation von Mehrkindfamilien vorbeigeht. Es muss immer bedacht werden, dass jedes vierte Kind in einer solchen Mehrkindfamilie aufwächst und, so ist die Wirklichkeit, vielfach doppelt benachteiligt ist – sozial und gesundheitlich.

Besonders deutlich sind die Probleme bei Familien, in denen ein oder mehrere Kinder mit Behinderung oder chronischer Erkrankung aufwachsen, zu erkennen. Beispielhaft nennen wir das Vorliegen eines Pflegegrades, Autismus-Spektrum-Störung, ADHS oder andere, nicht sofort sichtbare Beeinträchtigungen. Der Betreuungsaufwand, heute auch Carearbeit genannt, übersteigt in diesen Familien das ohnehin hohe Maß noch erheblich.

Eltern mit mehreren zu versorgenden Kindern, gegebenenfalls dabei Kinder mit besonderem Förderbedarf, sind in der Teilhabemöglichkeit am allgemeinen Arbeitsmarkt eingeschränkt. Diese wird im Reformvorschlag nicht berücksichtigt und damit der grundgesetzlich verbrieft besondere Schutz der Familie nicht beachtet.

Die vom Reichskanzler von Bismarck vor fast 140 Jahren eingeführte und zwischenzeitlich mehrfach an die gesellschaftliche Realität angepasste gesetzliche Krankenversicherung ist ein unsere solidarische Gesellschaft mittragendes Element, welches Teil des Generationenvertrages in Deutschland ist. Die heute Erwerbstätigen finanzieren das System, während Familien durch ihre Kinder die Beitragszahlenden von morgen aufziehen. Diesen Vertrag darf keine Reform aushebeln.

Wir appellieren an die Politik, eine diesbezügliche Korrektur im vorliegenden Reformentwurf vorzunehmen. Die Belange der Mehrkindfamilien müssen beachtet und gewürdigt werden.

Ihr Dr. med. Helmhold Seidlein, Landesvorsitzender



Helmhold Seidlein

Brandgefahr bei Leinöl

Häufig wird zur Pflege von Garten- und Terrassenmöbeln aus Holz Leinöl verwendet. Doch Vorsicht: Das bewährte und preiswerte Öl birgt eine erhebliche Brandgefahr, wenn es mit einem Lappen aufgetragen wird: „Leinöl reagiert mit Luftsauerstoff. Dabei entwickelt sich Wärme“, erläutert DSH-Geschäftsführerin Dr. Susanne Woelk. Diese kann sich in textilen Stoffen stauen und dazu führen, dass er sich selbst entzündet. Mit Leinöl getränkte Lappen dürfen deshalb nur in verschlossenen Schraubgläsern oder anderen nicht brennbaren, luftdichten Behältern aufbewahrt werden. Lappen mit Leinöl, die ausgedient haben, können ausgebreitet auf einem nicht brennbaren Untergrund an der Luft trocknen und anschließend in einem luftdicht verschlossenen Gefäß entsorgt werden.

Quelle: DSH

www.sovd-mv.de



Foto: Thomas Wolter / pixabay

Internationaler Frauentag im Kreisverband Rostock

Rolle der Frau gewürdigt

Am 10. März hatte der Kreisverband Rostock die Frauen zur Feier zum Internationalen Frauentag in die Gaststätte Mr. Wu eingeladen. Bei dem Treffen konnten auch zwei neue Mitglieder begrüßt werden.

Schatzmeister Bernd Memmner hielt im Auftrag des Vorstandes eine kurze Rede über die Bedeutung der Frauen für die Familie und die Gesellschaft. Politische Entscheidungen müssten getroffen werden, um die Rechte der Frauen verbindlich festzulegen. Frauen müssten geschützt werden. Für die gleiche Arbeit müssten endlich überall die gleichen Löhne gezahlt werden. Er forderte die Politik auf, nicht nur bei Worten zu bleiben.

Der stellvertretende Vorsitzende Gerhard Beug überreichte den anwesenden Frauen je eine Rose. Dann wurde das Büfett eröffnet. Sowohl während als auch nach dem Essen wurden angeregte Gespräche geführt, über die gegenwärtige politische Lage und die daraus resultierenden Ängste. Beug und Memmner beantworteten außerdem Fragen zur Patientenverfügung, zur Vorsorgevollmacht und zu weiteren Themen.



Für die anwesenden Frauen gab es als symbolische Geste je eine Rose vom Vorstand.

Rechtsberatung

Parchim: 6.5.; Schwerin: 13. 5.: Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Müritzt: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, erster Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Schwerin mit Vortrag und Besuch vom SoVD Quedlinburg

Kennenlernen bei Brettspielen

Auch im März wurde den Mitgliedern des SoVD Schwerin wieder viel geboten. Zum einen gab es anlässlich des Frauentages ein Treffen, auf dem unter anderem das Sozialmedizinische Erwachsenen-Zentrum Mecklenburg gGmbH (SEZ) vorgestellt wurde. Zum anderen kam der SoVD-Kreisverband Quedlinburg zu Besuch und die Kontakte wurden bei Brettspielen bestärkt.

Das Treffen anlässlich des Internationalen Frauentages rückte die Frauen im Verband ins Zentrum. Ohne die Frauen wäre der Verband nicht das, was er ist – lebendig, herzlich und stark. Oder, wie es die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowski augenzwinkernd formulierte: „Frauen können fast alles – und das meistens gleichzeitig.“

Mit Katrin Seidel als Referentin erhielt die Versammlung spannende Einblicke in die Arbeit des Sozialmedizinischen Erwachsenen-Zentrums Mecklenburg gGmbH. Das SEZ ist eine spezialisierte medizinische Einrichtung für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung. Hier steht der Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen im Mittelpunkt. Das Team des SEZ, Ärzt*innen, Therapeut*innen sowie weitere Fachkräfte bündeln ihr Wissen, um eine umfassende und bedarfsgerechte Versorgung zu ermöglichen. Für Menschen ab 18 Jahren mit geistigen oder schweren Mehrfachbehinderungen bietet das Zentrum eine wichtige Ergänzung zur Regelversorgung. Untersuchungen werden zentral koordiniert und durchgeführt – ein großer Vorteil für Betroffene und ihre Angehörigen, die so viele Wege und Abstimmungen sparen.

Seidel verstand es, die komplexe Arbeit des SEZ anschau-

lich und nahbar zu vermitteln. Die Zuhörer*innen gewannen nicht nur wertvolle Informationen, sondern auch ein tieferes Verständnis für die Herausforderungen und Bedürfnisse der betreuten Menschen.

Am 13. März kam der SoVD-Kreisverband Quedlinburg zum Besuch vorbei. Die Idee zu diesem Treffen gab es schon länger und es war daher gut vorbereitet. Die Quedlinburger*innen waren durch die vielen Berichte und Aktivitäten auf den Schweriner Kreisverband aufmerksam geworden. Obwohl sich die Teilnehmenden vorher noch nie begegnet waren, war die Atmosphäre von Anfang an herzlich. Bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen, den die Gäste mitgebracht hatten, war



Die Initiatoren Rolf Brehme und Andrea Preuß-Borowsky.



Bei Spiel und Spaß wurden gute Kontakte geknüpft.

das Eis schnell gebrochen. Der Kreisverband Schwerin hatte die Kaffeetafel eingedeckt und für Getränke gesorgt. In lockerer Runde wurde über die Arbeit im Verband, über aktuelle Themen und über das, was beide Seiten bewegt, geredet.

Nach dem gemütlichen Teil ging es dann sportlich zu: Beim „Mensch ärgere Dich nicht“-Turnier – Teil der Deutschen BSG-Meisterschaft – wurde mitgefiebert, gelacht und eifrig gewürfelt. Die Sieger*innen erhielten am Ende kleine Präsente und Urkunden, die vom Quedlinburger Oberbürgermeister Frank Ruch (CDU) persönlich unterzeichnet worden waren.

Das nächste Treffen in Quedlinburg ist bereits geplant.

Strengere Nachweispflicht für Krankheitskosten ab der Steuererklärung 2025

Wichtige Angaben fürs E-Rezept

Wer Krankheitskosten steuerlich geltend machen will, muss künftig strengere Regeln bei der Nachweispflicht beachten. Ab der Steuererklärung für 2025 akzeptieren die Finanzämter nur noch vollständige Apothekenbelege. Der Lohnsteuerhilfeverein Vereinigte Lohnsteuerhilfe e. V. (VLH) erklärt, worauf Steuerpflichtige jetzt achten müssen.

Krankheitskosten, die nicht von der Krankenkasse übernommen werden, können unter bestimmten Voraussetzungen als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden. Dazu zählen etwa Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente. Anerkannt werden allerdings nur unmittelbare Kosten für die Heilung einer Krankheit oder die Linderung ihrer Folgen. Ausgaben für eine Krankheitsvorbeugung sind in der Regel nicht absetzbar.

Für außergewöhnliche Belastungen errechnet das Finanzamt zunächst eine zumutbare Belas-

tung. Diese beträgt ein bis sieben Prozent des Gesamtbetrags der Einkünfte. Der Prozentsatz ist abhängig von der Höhe der Einkünfte, der Veranlagungsart und ob beziehungsweise wie viele Kinder steuerlich zu berücksichtigen sind. Erst der Betrag über dieser Grenze wirkt sich steuermindernd aus.

Als Nachweis für Krankheitskosten, die man von der Steuer absetzen möchte, muss der Apothekenbeleg zwingend folgende Angaben enthalten:

- Name des Medikaments oder medizinischen Hilfsmittels,
- Art des Rezepts,

- Höhe der Zuzahlung,
- Name der steuerpflichtigen Person.

„Steuerpflichtige sollten deshalb beim Einlösen eines E-Rezepts unbedingt darauf achten, dass auch ihr Name auf dem Apothekenbeleg vermerkt ist. Sonst kann es passieren, dass das Finanzamt die Kosten nicht anerkennt“, erläutert VLH-Vorstandsvorsitzender Jörg Strötzel. Wer Apothekenbelege ohne seinen Namen aus dem vergangenen Jahr hat, kann die jeweilige Apotheke um einen Ersatzbeleg mit Namensnennung bitten.

Quelle: VLH

SoVD kritisiert bekannt gewordene Kürzungsvorschläge für die Eingliederungshilfe

Mehr Selbststimmung statt Kürzungen

Sowohl bei der Gesundheitsversorgung als auch bei der Eingliederungshilfe betrachtet der SoVD in Niedersachsen die derzeitigen Entwicklungen mit großer Sorge. Anlässlich des „Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen“ am 5. Mai macht der Verband deshalb deutlich, dass die geplanten Kürzungen das Leben von Menschen mit einer Behinderung massiv einschränken. Er fordert die Politik auf, die Pläne nicht umzusetzen und stattdessen Inklusion voranzutreiben.

Weniger Assistenzleistungen, Therapien und Unterstützung vor Ort, dafür aber höhere Zuzahlungen bei der medizinischen Versorgung – das sind nur einige Vorhaben, die die Bundesregierung derzeit bei Menschen mit Behinderung plant. „All unsere Errungenschaften für Betroffene werden damit zunichte gemacht“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Das diesjährige Motto des Aktionstags – „Menschenrechte sind nicht verhandelbar“ – sei deshalb besonders passend. „Wir reden nicht nur über irgendwelche Kostenfaktoren, sondern über Menschen, die nicht mehr selbstbestimmt leben können, wenn die Reformen umgesetzt

werden“, ist sich Swinke sicher und macht deutlich, warum die Unterstützung so wichtig ist: „Eine persönliche Assistenz ermöglicht es jemandem, der*die im Rollstuhl sitzt, zu arbeiten oder zu studieren. Konkrete Hilfen vor Ort verhindern, dass Betroffene in eine Einrichtung ziehen müssen. Das sind nur zwei Beispiele für mehr Selbstständigkeit.“

Da in Niedersachsen etwa 700.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung leben, die von den geplanten Kürzungen direkt betroffen wären, fordert Niedersachsens größter Sozialverband das sofortige Eingreifen der Landesregierung und des Sozialministers. „Es darf keine massiven Einschnitte bei der Eingliederungshilfe

und den Gesundheitsleistungen geben. Dafür müssen sich die Verantwortlichen einsetzen. Stattdessen brauchen wir eine bessere Versorgung vor Ort und eine Deckelung der Kosten und Zuzahlungen. Vor allem müssen Menschen mit Behinderung aber in die Entscheidungen einbezogen werden. Bislang redet die Politik über sie, anstatt mit ihnen“ stellt der Vorstandsvorsitzende fest.

Zudem ruft der SoVD dazu auf, die Petition der Lebenshilfe gegen die Kürzungen in der Eingliederungshilfe zu unterstützen: www.teilhabeistmenschrecht.de. Weitere Details zum Thema gibt es auch im Artikel weiter unten auf dieser Seite.



Foto: Photographee.eu / Adobe Stock

Assistenzen in Form einer Schulbegleitung ermöglichen Kindern mit Behinderung die Teilhabe am Schulalltag und Unterricht.

Kürzungen und Einschränkungen der Eingliederungshilfe abwenden

Petition bis 25. Mai unterstützen

Steigende Sozialausgaben, politische Reformpläne und wachsende Unsicherheit: Die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung gerät unter Druck. Während die Bundesregierung über Einsparungen diskutiert, warnen Verbände vor gravierenden Folgen für die gesellschaftliche Teilhabe. Eine Petition, die der SoVD in Niedersachsen unterstützt, setzt ein klares Zeichen gegen mögliche Kürzungen.

Bei der Diskussion über die Kosten des Sozialstaats rückt immer wieder die Eingliederungshilfe (EGH) in den Fokus. Leistungen der EGH erhalten Menschen mit Behinderung, die wesentlich in der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt oder davon bedroht sind. Sie wird ausgezahlt unter anderem für Assistenzleistungen, Schulbe-

gleitungen, für die Teilhabe am Arbeitsleben oder für soziale Teilhabe.

Diese Leistungen sind für Menschen mit Behinderung überaus wichtig und durch das Bundesteilhabegesetz auch gesetzlich verankert. Drohende Kürzungen, wie sie auch von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) ins Spiel gebracht wurden, sorgen bei Betroffenen für

große Verunsicherung. Auch die Sozialstaatskommission kritisierte die Kosten der Eingliederungshilfe, obgleich diese gar nicht zu den von ihr betrachteten Politikfeldern gehört. Derzeit läuft ein Reformprozess zur Eingliederungshilfe, an dessen Ende eine Kostensenkung stehen soll.

Der SoVD unterstützt eine Petition, die sich gegen Kürzungen auf dem Rücken der Betroffenen wendet. Die Forderung lautet: „Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, keine gesetzlichen Änderungen vorzunehmen, die zu Kürzungen und Einschränkungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung – zum Beispiel durch Pauschalierungen – führen. Denn Teilhabe ist Menschenrecht.“

Weitere Informationen zur Petition können online über die Website www.teilhabeistmenschrecht.de eingesehen werden. Eine Mitzeichnung ist noch bis zum 25. Mai möglich.



Foto: M.Dörr & M.Frommherz / Adobe Stock

Zur EGH gehören beispielsweise bestimmte Rehamaßnahmen ebenso wie persönliche Assistenzen zur Unterstützung im Alltag.



IHRE STIMME ZÄHLT

Gestalten Sie mit uns die Zukunft!



Machen Sie mit bei unserer **Mitgliederbefragung** und sagen Sie uns, was Ihnen wichtig ist! Denn: Wir möchten uns immer weiter verbessern – gemeinsam mit Ihnen!

Gehen Sie einfach auf <https://survey.lamapoll.de/SoVDMitglieder2026/?Z=1> oder scannen Sie den QR-Code rechts oben mit Ihrem Tablet oder Smartphone.

Danke für Ihre Unterstützung!

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen



Der Verband informiert Interessierte kostenfrei und digital

SoVD-Vortrag zu Schwerbehinderung

Wann gelte ich als schwerbehindert und wo beantrage ich einen Schwerbehindertenausweis? Wofür stehen eigentlich die Merkzeichen und welche Vorteile habe ich? Solche Fragen verunsichern Betroffene und ihre Angehörigen häufig, wenn es um eine (Schwer-)Behinderung sowie die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises geht. Deshalb gibt Katharina Lorenz in ihrem kostenlosen Online-Vortrag „Schwerbehinderung – Antragstellung und Rechte“ am Donnerstag, 28. Mai 2026, Antworten und zeigt auf, wie der SoVD weiterhelfen

kann. Außerdem erklärt die Referentin, was Betroffene tun können, wenn der Grad der Behinderung herabgestuft werden soll. Die digitale Veranstaltung findet von 16 bis 17.30 Uhr per Zoom statt und ist kostenfrei für SoVD-Mitglieder und andere Interessierte.

Anmeldungen sind bis zum 25. Mai unter weiterbildung@sovd-nds.de möglich. Einen Teilnahmelink erhalten Angemeldete spätestens am Tag des Vortrags ebenfalls per E-Mail. Weitere Informationen zur digitalen SoVD-Vortragsreihe sind unter www.sovd-nds.de verfügbar.



Foto: Bliss / Adobe Stock

Der SoVD führt seine digitalen Vorträge per Zoom durch.

Rita Eilers ist neue Ansprechpartnerin in Westerstede

Staffelstabübergabe beim Pflege-Servicebüro

Im Pflege-Servicebüro (PSB) in Westerstede stand Hilfesuchenden bisher Ina Hensiek als kompetente Ansprechpartnerin bei pflegebezogenen Anliegen zur Seite. Nun, nach fast 15 Jahren, verabschiedet sie sich in den Ruhestand und gibt den Staffelstab weiter an Rita Eilers.

„Ich gehe mit einem weinenden und einem lachenden Auge. Denn einerseits werde ich die Arbeit vermissen. Andererseits weiß ich aber, dass das Pflege-Servicebüro in guten Händen ist“, sagt Hensiek. Ihre Nachfolgerin freut sich auf die Herausforderung: „Ich bin dankbar, diese Aufgabe übernehmen zu dürfen und bin gespannt auf das, was kommt“, so Eilers.

Ins Leben gerufen wurde das PSB auf Wunsch des Landkreises Ammerland nach einer unabhängigen Beratungsstelle. Als Förderer stärkt dieser seitdem gemeinsam mit dem SoVD in Niedersachsen als Träger dem Projekt den Rücken. „Bei einem so wichtigen Beratungsangebot ist es uns eine Herzensangelegenheit, zu unterstützen. Wir bedanken uns bei Frau Hensiek für die tolle Arbeit, die sie in den vergangenen 15 Jahren geleistet hat, und freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit Frau Eilers“, erklärt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Tages- und Kurzzeitpflege, Verhinderungspflege, Entlas-



Foto: Yvonne Schön

Danielle Saathoff (Leitung Sozialamt Landkreis Ammerland), Torsten Niebisch (Sozialdezernent Landkreis Ammerland), Ina Hensiek und Rita Eilers (Pflege-Servicebüro Ammerland), Juliana Goodwin und Sara Opitz (SoVD Niedersachsen) bei der Übergabe des Staffelstabs (v.l.).

tungsleistungen, Hausnotruf, Essen auf Rädern, Pflegedienste und vieles mehr – das PSB berät im Landkreis Ammerland kostenfrei in persönlichen Gesprächen, beim Hausbesuch und per Telefon. Ist das PSB für ein Anliegen einmal nicht zuständig, werden Betroffene dank eines guten Netzwerks direkt weitergeleitet.

Kontakt aufgenommen werden kann unter 04488 7643998

oder info@pflegeservicebuero-ammerland.de. Das PSB ist montags von 8.30 bis 12.30 Uhr sowie von 14 bis 16 Uhr und mittwochs von 14 bis 18 Uhr zu erreichen. Termine sind außerdem nach Vereinbarung möglich. Weitere Informationen sind unter www.pflegeservicebuero-ammerland.de zu finden. Bei Bedarf können auch Flyer zugesandt werden.

SoVD fordert eigenes Antidiskriminierungsgesetz für Niedersachsen

Zum „Tag gegen Rassismus“

Viele Menschen in Deutschland fühlen sich im Umgang mit Ämtern und Behörden benachteiligt. Das macht eine aktuelle Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes deutlich. Anlässlich des „Internationalen Tags gegen Rassismus“ fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb von der Landesregierung, ein eigenes Antidiskriminierungsgesetz einzuführen, das auch für staatliche Stellen bindend ist.

Ein Viertel der Menschen, die in Deutschland mit Benachteiligungen zu kämpfen haben, berichten laut der Studie „Wie Deutschland Diskriminierung erlebt“, dass sie sich im Kontakt mit Ämtern und Behörden diskriminiert fühlen. Die Konsequenz ist, dass sie nicht im gleichen Maße Zugang zu Leistungen bekommen, die ihnen zustehen. „Wir haben offenbar ein großes Problem, wenn es um die Teilhabe von Menschen verschiedener Gruppen geht“, stellt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, fest und ergänzt: „Auch in unserer Beratung sehen wir täglich, dass es für viele Menschen schwierig ist, ohne unsere Hilfe ihr Recht gegenüber Behörden, Kranken- und Pflegekassen durchzusetzen.“ Gründe hierfür seien oft zu komplizierte Anträge und Schreiben, aber auch zu intransparente Verfahren. „Wer beispielsweise Sprachschwierigkeiten hat oder durch Vorurteile benachteiligt



Foto: Gina Sanders / Adobe Stock

Auch in Behörden muss aus Sicht des SoVD ein Antidiskriminierungsgesetz selbstverständlich gelten und umgesetzt werden.

wird, braucht dann einen starken Partner an ihrer*seiner Seite“, so Swinke.

Niedersachsens größter Sozialverband sieht durch diese Benachteiligung vor allem auch eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. „Wenn gerade Institutionen, die Menschen in schwierigen Lagen helfen sollen, Betroffene diskriminieren, sorgt das für massive soziale Ungleichheit“, betont der Vorstandsvorsitzende. Er fordert deshalb von der Landesregie-

rung, ein Antidiskriminierungsgesetz einzuführen. „Das ist leider dringend notwendig, da das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nicht das Handeln von Behörden abdeckt. In Berlin gibt es ein solches Gesetz auf Landesebene bereits, in Niedersachsen brauchen wir es auch“, erläutert Swinke. Nur so könne einer Benachteiligung im öffentlich-rechtlichen Bereich unter anderem aufgrund von Herkunft, Behinderung, Alter oder Geschlecht wirksam begegnet werden.

Wie kann ich möglichst lange selbstständig zuhause leben?

Neue Podcast-Folge – jetzt reinhören!

In der neuen Folge des SoVD-Podcasts „Kein Ponyhof“ gehen die beiden Moderatorinnen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel dem Thema „Wohnumfeldverbessernde Maßnahmen“ auf den Grund: Wie schaffen wir es, so lange wie möglich selbstständig zuhause zu leben?

Lorenz und Jäkel zeigen praxisnah, welche Schritte notwendig sind, von barrierefreiem Bad bis zum Treppenlift, und warum Anträge bei der Pflegekasse so komplex wirken können und oft abgelehnt werden.

Zu Gast in dieser Folge ist Vanessa Wienke von der Wohnberatung Region Hannover. Sie erklärt, bei welchen Fragen eine Wohnberatung weiterhilft, welche Investitionen wirklich sinnvoll sind und welche digitalen Helfer den Alltag erleichtern.

Eine hörenswerte Orientierungshilfe für alle, die sich mehr Sicherheit und Unabhängigkeit zuhause wünschen!

Der Podcast ist auf allen gängigen Plattformen und im Internet unter www.sovd-nds.de/podcast abrufbar.



Fotos: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge des SoVD-Podcasts.

Verfahren zieht sich monatelang in die Länge / SoVD-Mitglied ohne Einkommen

Jobcenter verweigert Bürgergeld

Das Zusammenleben in einer Familie ist nicht immer einfach. Wenn es Probleme gibt, können sich Betroffene an ihr Jugendamt wenden und dort Beratung und Unterstützung bekommen. So kommunizieren es zumindest die zuständigen Kommunen. Florian J. (Name geändert) wird genau dies allerdings zum Verhängnis. Auf Druck des Jugendamtes zieht er zuhause aus und beantragt Bürgergeld. Doch das Jobcenter verweigert die Zahlung. Erst als sich der SoVD einschaltet, kommt Bewegung in die Sache.

Florian J. wohnt mit seiner Frau und den vier Kindern in einem Haus in Sachsen-Anhalt. Weil es innerfamiliäre Probleme gibt, wendet sich das Ehepaar hilfesuchend an das Jugendamt. „Wir hatten uns dort Unterstützung erhofft. Stattdessen hat uns die Behörde ein Ultimatum gestellt und uns drei Möglichkeiten gegeben. Entweder die Mutter zieht mit den Kindern

nen Lebensunterhalt bestreiten kann, teilt ihm das Jobcenter mit, dass eine Entscheidung derzeit nicht möglich sei. Der Grund: Florian J. sei Miteigentümer des Hauses, in dem derzeit seine Frau und die Kinder wohnen. Man müsse erst den Marktwert prüfen, um feststellen zu können, ob er Anspruch auf Bürgergeld habe. Erst dann könne über seinen Antrag entschieden

lassen, dass man es auch nicht einfach so verkaufen kann. Das dauert. Und so lange hätte ich auch kein Geld gehabt“, kritisiert der 40-Jährige.

„Die ganze Situation war wirklich sehr zermürbend. Am Anfang habe ich gedacht, ich schaffe das“, berichtet das SoVD-Mitglied. Nach der Weigerung des Jobcenters, über den Antrag zu entscheiden, habe er sich jedoch sehr alleingelassen gefühlt. Schließlich wendet er sich an den SoVD in Salzgitter. „Ohne jegliches Einkommen konnte Florian J. auch nicht länger bei seinen Verwandten wohnen. Es drohte ihm also Obdachlosigkeit. Da das Jobcenter den Antrag noch immer nicht abschließend bearbeiten wollte, haben wir im Dezember angedroht, einstweiligen Rechtsschutz zu beantragen, sofern nicht bis zum 21. Januar eine Entscheidung fällt“, sagt Adriano Kovac, der das SoVD-Beratungszentrum in Salzgitter leitet und sich um den Fall kümmert. Erst da sei Tempo in das Verfahren gekommen. „Am 16. Januar kam dann endlich die Bewilligung. Zwar zunächst nur vorläufig bis Januar 2026, aber immerhin hat unser Mitglied jetzt erstmal eine finanzielle Unterstützung. Allerdings ist es traurig, dass das Jobcenter erst aktiv geworden ist, als wir mit gerichtlichem Vorgehen gedroht haben“, so der Jurist weiter. Insgesamt ist er entsetzt angesichts der Verfahrensweise des Jobcenters: „Es ist schlimm, dass jemand monatelang völlig ohne Einkommen im Regen stehen gelassen wird. So etwas darf nicht passieren. Das Jobcenter hätte viel schneller handeln müssen.“



Foto: My Ocean studio / Adobe Stock

Florian J. muss aus dem gemeinsamen Haus, in dem er mit seiner Frau und den Kindern lebt, ausziehen.

aus oder ich ziehe aus. Wenn ich mit meiner Frau zusammengeblieben wäre, hätten die Kinder ins Heim gemusst“, erzählt Florian J. und ergänzt: „Definitiv war klar: Ich als Vater sollte von den Kindern getrennt werden.“ Der 40-Jährige zieht schließlich aus und kommt bei Verwandten im Landkreis Braunschweig unter. Da er derzeit keinen Job hat, beantragt er im Oktober 2024 Bürgergeld beim Jobcenter.

Obwohl er keinerlei Einkommen hat und somit kaum sei-

werden. Mündlich habe man ihm mitgeteilt, dass das durchaus ein Jahr dauern könne, so Florian J. Er ist fassungslos. „Ich habe ganz ohne Geld und Dach über dem Kopf dagestanden“, erzählt er. Das Haus zu verkaufen, kommt für ihn nicht infrage. „Wo sollen denn dann meine Frau und die Kinder hin? Eine neue Wohnung für fünf Personen zu finden, ist nahezu unmöglich“, sagt er. Außerdem sei das Haus auch noch gar nicht abbezahlt. „Vor allem wurde völlig außer Acht ge-

BERATUNG



Foto: pascalskvara / Adobe Stock

SoVD-WhatsApp-Sprechstunde im Mai

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage über WhatsApp. Hier beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächste WhatsApp-Sprechstunde findet am Dienstag, 12. Mai, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Treffen der Mitglieder des SoVD-Aktionsbündnisses

Austausch und Planung neuer Aktionen

Die 26 Aktiven des Osteroder SoVD-Aktionsbündnisses „Für mehr Miteinander“ sind seit zwei Jahren auf den Straßen unterwegs und geben benachteiligten Menschen eine Stimme. Sie sind auf Stadtfesten präsent und werben für die sozialpolitischen Positionen des SoVD. Sie legen damit den Finger in die Wunde, wo Politik und Gesellschaft nicht immer die Helfer*innen im Dorfgemeinschaftshaus Osterhagen zusammen, um sich und ihre erfolgreiche Arbeit ein Stück zu feiern. Der SoVD-Kreisverband Osterode lud die Unterstützer*innen zu einem Essen ein. Dabei wurden aber auch schon die nächsten Aktionen vorbereitet: Ab Mai wollen sie mit den Menschen

über die Kommunalpolitik und die Kommunalwahlen am 13. September sprechen. Im vergangenen Jahr wurden Themen wie Inklusion, Pflege, Armut und der Zusammenhalt der Gesellschaft in den Fokus gerückt. SoVD-Kreisvorsitzender Frank Uhlenhaut hob zu Beginn des Treffens die große Bedeutung der Mitwirkenden und des Aktionsbündnisses hervor: „Sie haben dazu beigetragen, dass wir neben der Rechtsvertretung, unserer Gemeinschaftspflege und den Hilfsangeboten für in Not geratene Menschen auch unsere sozialpolitischen Positionen sichtbar machen.“ Dem Aktionsbündnis gehören neben dem SoVD-Kreisverband Osterode die Ortsverbände Bad Grund, Bad Lauterberg, Elbingerode, Herzberg und Wieda/Bad Sachsa an.



Foto: SoVD-Kreisverband Osterode

Die Helfenden des SoVD-Aktionsbündnisses

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.



„Nach der Zeit der Tränen und der tiefen Trauer bleibt die Erinnerung. Die Erinnerung ist unsterblich und gibt uns Trost und Kraft.“

Am 27. März 2026 verstarb

Hans-Herbert Kirste

Er war viele Jahre ehrenamtlich für den SoVD tätig und seit 1994 Mitglied im Verband. Ab 2002 engagierte sich Hans-Herbert Kirste in wechselnden Funktionen in seinem Ortsverband Holtorf, der ab 2010 mit dem Ortsverband Nienburg fusionierte. Er war als zweiter Vorsitzender, Revisor und Beisitzer im Ortsverband aktiv. Parallel zu seinem Engagement als zweiter Vorsitzender des SoVD-Ortsverbands Nienburg von 2016 bis 2024 übernahm er im Kreisverband Nienburg die Funktion des Beisitzers, die er von 2018 bis 2022 ausfüllte.

Mit Hans-Herbert Kirste verliert der SoVD ein wertvolles Mitglied und einen engagierten Mitstreiter für soziale Themen. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

In stillem Gedenken

Bernhard Sackarendt
Verbandsratsvorsitzender
SoVD-Landesverband
Niedersachsen

Dirk Swinke
Vorstandsvorsitzender
SoVD-Landesverband
Niedersachsen

Werner Bakker
Vorsitzender
SoVD-Kreisverband
Nienburg



Begleitung und Unterstützung für SoVD-Engagierte

Mit Herz und Hand – Projekte im Ehrenamt

Um das gesellschaftlich wertvolle Engagement seiner Ehrenamtlichen noch besser zu unterstützen, gibt es beim SoVD-Landesverband ab sofort eine Ansprechpartnerin für Projektentwicklung.

Das Ehrenamt bildet das tragende Fundament des SoVD. Über 6.400 engagierte Menschen setzen sich in ganz Niedersachsen für die Gemeinschaft ein und übernehmen vielfältige, verantwortungsvolle Aufgaben. Ihr Engagement reicht von beratender Unterstützung über

aktive Mitgestaltung des sozialen Miteinanders bis hin zu gesellschaftspolitischem Engagement. Diese kontinuierliche und verlässliche Arbeit verleiht dem Verband nicht nur Stabilität, sondern auch Lebendigkeit.

Um den gesellschaftlich wertvollen Einsatz seiner Engagierten zu erleichtern und Ideen vor Ort in konkrete Projekte weiterzuentwickeln, stärkt der Landesverband seine Unterstützung für die Orts- und Kreisverbände: Ab sofort begleitet Sara Opitz aus der Abteilung Sozialpolitik als feste Ansprechpartnerin bei der Projektentwicklung und beim Fördermittelmanagement. So können beispielsweise passende Förderprogramme für ehrenamtliche Projekte gefunden werden und Ideen gemeinsam weiterentwickelt werden. Sara Opitz unterstützt außerdem bei Anträgen und Abrechnungen. SoVD-Aktive können sie gerne unter projektentwicklung@sovd-nds.de oder 0511 70148-93 kontaktieren.



Illustration: Steeeg GmbH

Für die Entwicklung von Ideen und Projekten gibt es Unterstützung vom Landesverband.

Umfrage zeigt: Viele Großkonzerne ignorieren Menschen mit Behinderung

Kein Vorbild für Inklusion

Nur 45 Prozent der deutschen DAX-Unternehmen beschäftigen Menschen mit Behinderung. Das zeigt eine Umfrage von SWR und MDR. Auch in Niedersachsen sieht es ähnlich aus. Der SoVD in Niedersachsen reagiert mit Entsetzen auf die Zahlen und fordert von Politik und Arbeitgebern mehr Einsatz, damit Menschen mit Behinderung einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt finden.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Unternehmen dazu verpflichtet, mindestens fünf Prozent ihrer Jobs an Menschen mit Behinderung zu vergeben. Diese Vorgabe erfüllen lediglich 18 von 40 DAX-Unternehmen. 14 bleiben sogar darunter. „Jeder dritte Großkonzern ignoriert die gesetzlichen Vorgaben und kauft sich lieber mit einer entsprechenden Geldsumme frei. Das ist ein Unding“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen, wo die Zahlen nahezu deckungsgleich sind.

Als Begründungen nennen die DAX-Unternehmen die Tatsache, dass viele Arbeitnehmer*innen ihre Behinderung nicht angeben würden oder dass es zu wenig Bewerber*innen gebe. „Diese Argumente kommen immer wieder und sind nach wie vor eine Frechheit“, so Swinke weiter. Statistiken zeigten, dass Menschen mit Behinderung gut qualifiziert seien. Hinzu komme, dass die Arbeitslosenquote bei



Foto: Drazen / Adobe Stock

Ein inklusiver Arbeitsplatz ist längst nicht überall selbstverständlich.

Menschen mit Behinderung doppelt so hoch sei wie bei Personen ohne eine Behinderung. „Es gibt also genügend qualifizierte Bewerber*innen. Man muss sie allerdings auch wollen“, betont Swinke.

Dass gerade große Konzerne ihrer Vorbildfunktion nicht nachkommen, wertet der SoVD als fatales Signal. „Hier fehlt es offenbar an Bereitschaft der Arbeitgebenden und es gibt zusätzlich noch strukturelle Barrieren. Deshalb muss die Politik – vor allem auch die Landesregierung – viel

mehr tun, damit Inklusion endlich ernst genommen wird. Das Thema muss ganz oben auf die Agenda. Wenn Inklusion zur Selbstverständlichkeit wird, ist das ein entscheidendes Signal für Unternehmen und Gesellschaft“, fordert Swinke und ergänzt: „Unternehmen müssen für das Thema mehr sensibilisiert und die Einhaltung der Quote muss viel strenger kontrolliert werden. Angesichts des dramatischen Fachkräftemangels brauchen Unternehmen die Arbeitskraft von Menschen mit Behinderung dringend.“

Antrag kann bei Rentenversicherungsträger oder Krankenkasse gestellt werden

Kinder- und Jugendreha

Führt eine Erkrankung dazu, dass Kinder und Jugendliche im Alltag eingeschränkt sind, kann eine Reha helfen, die unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 27. Lebensjahr beim Rentenversicherungsträger oder der Krankenkasse beantragt werden kann.

Leiden Kinder und Jugendliche beispielsweise unter chronischen Atemwegserkrankungen, ADHS, starkem Übergewicht oder psychischen Problemen kann eine Kinder- und Jugendreha dazu beitragen, ihren Gesundheitszustand zu verbessern. Diese kann unter bestimmten Voraussetzungen bis zum 27. Lebensjahr beim Rentenversicherungsträger oder der Krankenkasse beantragt werden. „Wir empfehlen, auf jeden Fall eine Reha zu beantragen, wenn derartige Einschränkungen vorliegen. Durch eine frühzeitige Behandlung können die Lebensqualität gesteigert und Folgeschäden vermieden werden“ so Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen.

Eine solche Reha wird oft stationär durchgeführt, ist aber auch ambulant möglich. Dabei wird die Behandlung ganz individuell auf die Bedürfnisse des Kindes oder des*der Jugendlichen zugeschnitten. Denn: Anders als bei einer Mutter*Vater-Kind-Reha stehen hier die Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt. El-



Foto: JackF / Adobe Stock

Unter anderem bei chronischen Atemwegserkrankungen oder ADHS kann eine Kinder- und Jugendreha beantragt werden.

ternteile, die Kinder bis zwölf begleiten können, bekommen keine eigene Behandlung. Bei älteren Kindern und Jugendlichen ist eine Begleitung nur bei medizinischer Notwendigkeit möglich, etwa wenn eine Behinderung vorliegt. „Kommt es beim begleitenden Elternteil zu einem Verdienstausschlag, besteht die Möglichkeit, bei der Rentenversicherung einen Antrag auf

Erstattung zu stellen“, erklärt Lorenz.

Fragen rund um die Kinder- und Jugendreha sowie zu weiteren Reha-Themen beantworten die Berater*innen des SoVD. Sie sind zudem bei der Antragstellung behilflich. Kontaktdaten der rund 50 Beratungszentren in Niedersachsen sind unter www.sovd-nds.de/beratung/ beratungszentren abrufbar.

UMFRAGE

Wie leben Menschen mit Beeinträchtigungen in Niedersachsen?

Jetzt mitmachen bei der Online-Umfrage:
ms.niedersachsen.de/umfrage

Ihre Erfahrung ist uns wichtig!

prognos

Abbildung: Niedersächsisches Sozialministerium

Leben mit Behinderung in Niedersachsen

Noch bis zum 31. Mai läuft die große Online-Umfrage des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. Beteiligen können sich daran alle Menschen mit einer dauerhaften Behinderung/Erkrankung, die in Niedersachsen leben und mindestens 16 Jahre alt sind. Im Fokus stehen die Lebensbereiche Arbeit, Wohnen und Gesundheit. Die Erfahrungen von Betroffenen sollen dabei helfen, Barrieren stärker abzubauen und Teilhabe zu verbessern.

SoVD NRW mit Referat und Diskussionsteilnahme zum Thema Armut auf der Programmkonferenz der Linken

SoVD bringt Praxiserfahrung in die Politik

Was müsste das Land tun, um Armut in NRW einzudämmen? Diese Frage war Gegenstand eines Workshops auf einer Programmkonferenz der Partei Die Linke in Dortmund, zu der Dr. Michael Spörke vom SoVD NRW am 21. März als Referent eingeladen war. Einen Tag später nahm Greta Lutterbach, stellvertretende Landesgeschäftsführerin des SoVD NRW, an einer Podiumsdiskussion im Rahmen dieser Veranstaltung teil.

Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales, nutzte die Gelegenheit, die Forderungen des SoVD NRW an die Landesregierung darzustellen.

Die Landesregierung habe ihr eigenes, im Koalitionsvertrag aufgestelltes Ziel eines Aktionsplans gegen Armut nicht erfüllt und sage vielmehr, dass ihr Hauptakzent bei der Armutsbekämpfung nun die verstärkte Förderung der Tafeln sei: „Nun wissen wir alle, die Tafeln sind leider sehr wichtig, sind aber kein Beitrag zur Armutsbekämpfung, sondern sie verhindern das Schlimmste vom Schlimmsten. Mit Ursachenbekämpfung hat das gerade nichts zu tun“, so seine Kritik.

An der Veranstaltung nahm

neben Dr. Spörke auch Thomas Wasilewski teil. Der dreifache Familienvater bezieht eine kleine Erwerbsminderungsrente und ist persönlich von Armut betroffen. Er setzt sich mit großem Engagement für ein menschenwürdiges Existenzminimum ein. In seiner Heimat Mönchengladbach hilft er bei den „Suppentanten“ aus und unterstützt so Obdachlose ehrenamtlich. Wasilewski ist auch Mitglied im SoVD NRW und hatte – zum Teil vermittelt durch die Pressestelle – schon zahlreiche Auftritte in den Medien.

Gemeinsam mit Vertreter*innen aus Wissenschaft, Umweltverbänden, Jugendorganisationen und der Mieterbewegung diskutierte die stellvertretende SoVD-Landesgeschäftsführerin

Greta Lutterbach am nächsten Tag darüber, welche sozialpolitischen Herausforderungen derzeit besonders dringend sind und welche Rolle die Landespolitik dabei spielen muss.

Sie machte deutlich, dass soziale Sicherheit nur mit einer handlungsfähigen öffentlichen Infrastruktur möglich sei. Voraussetzung dafür sei auch ein Haushalt, der die sozialen Aufgaben des Landes ernst nehmen und ausreichend finanziere.

Ein zentraler Schwerpunkt war zudem die Frage des bezahlbaren Wohnraums. Wohnen müsse für alle Menschen erreichbar bleiben, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation.

Darüber hinaus betonte Lutterbach, dass soziale Politik im-



Greta Lutterbach (3. v. re.) vertrat den SoVD auf dem Podium.

mer auch Fragen der Teilhabe und Gerechtigkeit beruhe. Städte und Wohnungen müssten diskriminierungsfrei und barrierefrei gestaltet sein, damit alle Menschen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen könnten.

Die Diskussion zeigte deut-

lich, wie wichtig der Austausch zwischen Politik und Sozialverbänden ist. Die Perspektiven aus der sozialen Beratungspraxis des SoVD liefern wichtige Hinweise darauf, wo politische Entscheidungen im Alltag der Menschen wirken oder noch nicht ausreichend greifen.

SoVD-Kreisvorsitzender initiierte einen aufschlussreichen Praxistest zur Barrierefreiheit in Breckerfeld

Rundgang deckte zahlreiche Hindernisse auf

Wo lauern die Barrieren in meiner Stadt? Und welche Probleme bereiten sie den betroffenen Menschen? In Breckerfeld gab es jetzt die Gelegenheit, das ganz konkret und hautnah zu erleben. Die Idee, Politik und interessierte Bürger*innen zu einem gemeinsamen Streifzug durchs Ortszentrum einzuladen, kam von Werner Frühauf, dem Vorsitzenden des SoVD-Kreisverbandes Iserlohn-Hagen.

Das Ansinnen stieß von Anfang an auf großes Interesse – und so traf sich eine Gruppe von knapp 20 Menschen, unter ihnen der Bürgermeister der Stadt Breckerfeld, André Dahlhaus (CDU), am zentralen Busbahnhof zu einer Ortsbegehung. Neben dem Kreisvorsit-

zenden nahm auch Dr. Michael Spörke für den SoVD an der Veranstaltung teil, er leitet die Abteilung Sozialpolitik in der Landesgeschäftsstelle. Nach Hindernissen musste niemand, lange suchen, denn bereits der Busbahnhof als Treffpunkt erwies sich als nicht barrierefrei. Auf dem weiteren Weg stieß die Gruppe dann auf zu hohe Bordsteine, Löcher in Gehwegen und eine ganze Reihe von Räumlichkeiten, die zumindest mit einem Rollstuhl kaum oder gar nicht zu erreichen waren, darunter nicht nur Restaurants, sondern auch Arztpraxen.

Manchmal sind es vermeintlich Kleinigkeiten, die einen ausbremsen können, auch das wurde konkret vor Ort festgestellt, zum Beispiel eine viel zu hoch montierte Klingel vor einer Arztpraxis. Kurios, aber leider gar nicht so selten ist der Fall von Leitstreifen für Sehbehinderte, die falsch gesetzt sind. In Breckerfeld endete ein solcher

Leitstreifen absurderweise vor einer Hauswand. Ampeln ohne akustische Signalfunktion sind ein weiteres Ärgernis, ebenso fehlende Markierungen von Bereichen für Fußgänger*innen. Wenn Rollstuhlfahrende im Bus nicht absteigen können, weil vorne im Bus gar kein Einstieg möglich ist, zeigt das ebenfalls Handlungsbedarf an.

Gelegenheit, über all diese Eindrücke aus der Begehung zu sprechen, gab es im Anschluss bei einer Diskussionsrunde in einem Seniorenzentrum der Stadt. Dabei kam unter anderem auch zur Sprache, dass es auf der beliebten und traditionsreichen Kirmes in Breckerfeld zumindest bisher keine rollstuhlgerechten Toiletten gibt. Die 2. Bürgermeisterin Ulrike Borowski (CDU) nahm die Verbesserungsvorschläge mit großem Interesse auf. Entsprechend positiv ist auch das Gesamtfazit, das Dr. Spörke zieht: „Unser Kreisvorsitzender Wer-



Die anwesende Gruppe bestand aus Betroffenen, Interessierten und dem Bürgermeister.

ner Frühauf hat mit seiner Initiative dafür gesorgt, dass man in seiner Kommune jetzt genauer weiß, was zu tun ist und dem Abbau von Barrieren deutlich mehr Aufmerksamkeit schenken wird. Der Rundgang war richtig gut organisiert, und mich freut, dass auch Vertreter*innen der Presse vor Ort waren. Alles in allem war das eine richtig gute Aktion, die hoffentlich noch viele Nachahmer*innen findet.“

Wo lauern denn bei Ihnen

die Barrieren? Anlässlich des Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai sammelt der SoVD-Landesverband wieder konkrete Beispiele und wird diese in Form einer Filmdokumentation der Politik präsentieren. Machen Sie gerne mit und melden Sie sich! Gemeinsam können wir etwas bewegen. Kontakt: Dr. Michael Spörke, Tel.: 0211/38 60 313, E-Mail: m.spoerke@sovd-nrw.de.



Zu hohe Gehsteige sind ein häufig vorkommendes Ärgernis.



V. li.: Michael Spörke, Ilonka Stebritz und Benjamin Thomas.

CDU-Abgeordnete zu Besuch beim SoVD NRW

Austausch zu Fragen der Behindertenpolitik

Wie steht es aus Sicht des SoVD um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW? Welche Gesetzesvorhaben sieht der Verband besonders kritisch und welche konkreten Forderungen hat der SoVD NRW – auch mit Blick auf die Landtagswahl – im kommenden Jahr? Benjamin Thomas und Ilonka Stebritz wollten genau dazu mehr erfahren und baten um einen Gesprächstermin.

Thomas und Stebritz sind in der CDU und engagieren sich dort unter anderem im Netzwerk der Menschen mit Behinderungen, Thomas als Vorsitzender, Stebritz als seine Stellvertreterin.

Im Gespräch mit Dr. Michael Spörke, dem Leiter der Sozialpolitik im SoVD NRW, erfuhren die beiden Gäste, welche Punkte im Bereich der Behindertenpolitik auf Landesebene der Verband besonders kritisch sieht und wo aus seiner Sicht sogar Verschlechterungen drohen, die es zu verhindern gilt. In vielen Bereichen stieß Dr. Spörke auf Verständnis für seine deutlichen Worte. Aber auch und gerade bei den strittigen Themen werde man im konstruktiven Austausch miteinander bleiben.

Veranstaltung zum Weltfrauentag 2026 in Köln

SoVD-Frauen informierten

Anlässlich des Weltfrauentags am 8. März lud die Stadt Köln in den Kulturbunker ein. Veranstaltet wurde dort ein „Feministischer Aktionstag“, an dem sich auch der SoVD-Kreisverband Köln-Bonn-Aachen beteiligte.

Neben einem Bühnenprogramm gab es zum Weltfrauentag auch eine feministische Ausstellung im Kulturbunker Mülheim. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Bürgermeisterin Teresa De Bellis-Olinger (CDU) und der Gleichstellungsbeauftragten Julia Pedersen. Der Infostand der SoVD-Frauen war im ersten Obergeschoss direkt am Eingang und dank eines Aufzugs barrierefrei erreichbar. Das Informationsmaterial des SoVD stieß auf großes Interesse und es gab viele gute Gespräche über den Verband und seine Leistungen. Auch die frisch polierten „SoVD-Äpfel“ gingen gut weg. Im Anschluss waren die SoVD-Aktiven gemeinsam mit weiteren Beteiligten noch zum Bürgermeisterempfang eingeladen – eine insgesamt sehr gelungene Aktion.

V. li.: Waltraud Brandt, Kreisfrauensprecherin Köln-Bonn-Aachen, Bürgermeisterin Teresa De Bellis-Olinger und Heike Schumann, Frauensprecherin Köln Südwest.



„Inklusion entfalten“ – 6. Messe des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe

Erfolgsmodell Inklusionsbetrieb

In den Westfalenhallen Dortmund fand die 6. LWL-Messe für Inklusionsbetriebe unter dem Motto „Inklusion entfalten!“ statt. Mehr als 6.000 Besucher*innen kamen und staunten, was alles mit gutem Willen und persönlichem Engagement möglich ist.

In sogenannten Inklusionsunternehmen arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen, und das bedeutet weit mehr, als die oft monotone Tätigkeit in einer Werkstatt für behinderte Menschen. Rund 170 innovative Inklusionsunternehmen, in denen rund 2.300 Menschen mit Behinderungen arbeiten, unterstützt der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Die Beschäftigten haben sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, was am Ende auch für den LWL günstiger ist, als Plätze in Werkstätten mitzufinanzieren.

„Inklusionsunternehmen zeigen jeden Tag, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung zusammengehören. Sie eröffnen Menschen mit Behinderungen echte berufliche Perspektiven und stärken gleichzeitig die regionale Wirtschaft“, so LWL-Direktor Dr. Georg Lunemann. Beim Rundgang gemeinsam mit der Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Inklus-



Foto: Helmut Etzkorn

Die Infostände auf der LWL-Messe waren gut besucht.

sionsfirmen, Uta Deutschländer, sowie der Beauftragten der Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, Claudia Middendorf, gab es eindrucksvolle Blicke in die Vielfalt der Betriebe. LWL-Sozialdezernent Takis Mehmet Ali: „Der Arbeitsmarkt soll allen offenstehen – ganz egal ob mit oder ohne Behinderung. Nur ein inklusiver Arbeitsmarkt ist ein robuster Arbeitsmarkt.“ Ziel des LWL ist

es, in den kommenden Jahren die Zahl der Inklusionsunternehmen spürbar zu erhöhen.

Der SoVD hat zeitgleich mit der Messe sein Positionspapier „Von der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen zum inklusiven Arbeitsmarkt: Wege der Transformation“ veröffentlicht und dort wichtige Forderungen gestellt (abrufbar auf www.sovd.de auf der Seite „Broschüren“).



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Dehme

Ortsverband Dehme

Am 7. März wählte der SoVD auf der Jahreshauptversammlung seinen neuen Vorstand (s. re. Foto, v. li.): 1. Vorsitzende ist Heike Heper, Schriftführerin Mechthild Szelag, 2. Vorsitzender Joachim Huß, Kreisvorsitzender Georg Plitnick, 2. Kassenprüferin Marita Roll und Kassiererin Dagmar Krömker. Ferner wurde Renate Lück für 35 Jahre durch die 1. Vorsitzende Heike Heper geehrt (s. li. Foto, li.) Als Gast war auch der Kreisvorsitzende Georg Plitnick da.



Ortsverband Dehme

Ortsverbände Brake, Lemgo und Kirchheide

Am 24. Januar fand die Jahreshauptversammlung der drei Ortsverbände statt. Die Fusion zum neuen Ortsverband Lemgo unter der Leitung von Kerstin Topp wurde einstimmig beschlossen. Nach 28 Jahren als 1. Vorsitzender des Ortsverbandes Lemgo fungiert Dr. Ulrich Ketz nun weiter als Beisitzer. Durch die Fusionierung besteht der neue Ortsverband Lemgo jetzt aus über 1.200 Mitgliedern.

Ortsverband Lippamsdorf-Haltern

Am 4. März wurde in Haltern am See der neue Vorstand gewählt (s. Foto, v. li.): Kreisvorsitzende ist Gabriele Helbig, Frauensprecherin Barbara Wergau (mit Hund Windy), Ersatzrevisor Wolfgang Harich, Revisorin Marlies Stevermuer, Revisorin Maria Breloer-Overhoff, 2. Vorsitzender Karl-Heinz Henksmeyer, Schatzmeisterin Heike Harich, Beisitzerin Anna-Maria Henksmeyer, 1. Vorsitzender Franz-Josef Tönnis, Beisitzer



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Franz Hullermann, Beisitzerin Helga Pieper, 2. Vorsitzender Horst Gottwald und Schriftführer Joachim Winkler.

Ortsverband Plettenberg.

Der Vorsitzende Horst Dieter Beckmann ehrte für ihre langjährige Mitgliedschaft im Verband (s. Foto, v. l.): die 2. Vorsitzende Irmtraut Trockel und Anke Lumnitz für 20, Hedi Liehr für 10, Jürgen Paul Kowalzik für 20, Regina Traumüller für 10, Ursula Bernhardt für 10, Wolfgang Klippert für 25 und Heidi Müller für 10 Jahre.



Ortsverband Lippamsdorf-Haltern



Ortsverband Plettenberg

Ortsverband Marl

Am 21. März fand im Pfarrheim St. Josef die Jahreshauptversammlung statt. Zum neuen Vorstand wurden einstimmig gewählt (s. Foto, v. li.): Beisitzer Telat Ocebe, Schriftführer Helmut Schöbel, Beisitzerin Ingrid Kazorek, Revisorin Waltraut Kumpmann, Beisitzerin Silke Henning, Frauensprecherin Uschi Klein Lindner, 1. Vorsitzende Martina Bartz, 2. Vorsitzender Uwe Fricke, Schatzmeisterin Elke Isendahl, Beisitzer Ralf Isendahl, Beisitzer Arno Heitmar und Kreisfrauensprecherin Heike Harick. Nicht im Bild sind Revisor Peter Mischlak und Beisitzerin Sigrid Radunski.



Ortsverband Marl



Ortsverband Aemissen

Ortsverband Recklinghausen-Suderwich

Am 4. und 11. März veranstaltete der Ortsverband für seine Mitglieder einen Museumsbesuch. Bei der Führung wurden Exponate von Waltrop und Umgebung wie zum Beispiel der Bau des Dortmund-Ems-Kanals, des vorhandenen Bergbaus aus der Region und des heimischen Handwerks gezeigt. Das Museum wird ehrenamtlich vom Heimatverein Waltrop betrieben.



Ortsverband Gladbeck



Ortsverband Mastholte

Ortsverband Gladbeck

Auf der Mitgliederversammlung ehrte der Vorsitzende Günter Hacker folgende Mitglieder: Norbert Wolff für 45, Heimtraud Schröppel für 40, Karl-Heinz Tossenberger für 35, Werner Gilgen für 30, Monika Mochnik, Brunhilde Janski und Ursula Koch-Killmaier für 25 sowie Günter Burucker, Walter Janko, Claudia Liedtke und Horst Mochnik für 20 Jahre Mitgliedschaft im SoVD (s. Foto).

meister Oerlinghausens, Volker Neuhöfer, und den 2. SoVD-Kreisvorsitzenden Lippe, Heinz-Friedrich Strate.

In seinen Grußworten bedankt sich der Bürgermeister für die wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit, Neuhöfer würdigte die gute nachbarschaftliche Beziehung der beiden Kommunen, Koppmann blickte auf ein erfolgreiches Jahr zurück, informierte über drei geplante Tagesfahrten und konnte zahlreiche Mitglieder auszeichnen (s. Foto, v. li.: 2. Kreisvorsitzender Heinz-Friedrich Strate, Gustav Petersen, Erika Petersen und die 2. Vorsitzende Ulrike Rösner für 20, Maria Steltmann für 40 und Ruth Hanemann für 30 Jahre).

Bei den Vorstandswahlen ergaben sich kaum Änderungen: 1. Vorsitzender ist Hans Koppmann, 2. Vorsitzende Ulrike Rösner, 1. Schatzmeister Gustav Petersen, 2. Schatzmeister Det-

lef Otte, 1. Schriftführerin Ulrike Rösner, 2. Schriftführerin Loni Peters und Frauensprecherin ist Erika Koppmann.

Ortsverband Mastholte

Anfang März fand die Jahreshauptversammlung statt. Zuerst stellte Friederike Hegemann (AWO Gütersloh) die Wohnberatung und den „AWO Wichtel“ Handwerkerdienst vor. Beide Angebote richten sich an Menschen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung im Alltag zu Hause Unterstützung brauchen. Die Wohnberatung hilft Menschen, die zur Miete wohnen oder Eigentum besitzen.

Ebenfalls anwesend waren der 2. Bürgermeister Detlef Hanemann (CDU) und Helga Eberhardt, Vorsitzende SoVD-Kreisverband Gütersloh. Sie leitete auch die Vorstandswahlen. Klaus Bartels trat von

seiner langjährigen Tätigkeit im Vorstand zurück. Die Vorsitzende Ursula Schulte-Doeinghaus bedankte sich bei ihm. (S. Foto, v. li., hinten der 2. Bürgermeister Detlef Hanemann, Meinolf Schienstock, Rein-

hold Löhner, Heinz Twillemeier, Ursula Schulte-Doeinghaus; vorne Kreisvorsitzende Helga Eberhardt, Heinrich Speit, Gerd Schult, Gertrud Hanebrink, Elisabeth Schmidt, Katharina Weidemann und Dorothea Schiller.)

Nachruf

Am 20. Februar verstarb im Alter von 65 Jahren

Barbara Göbel.

Sie trat 1989 dem SoVD Bielefeld-Ummeln bei. Seit 1996 war sie im Vorstand, ab 2004 im Amt als 1. Vorsitzende. Seit dem Jahr 2010 war sie zusätzlich in verschiedenen Ämtern des Kreisvorstandes ehrenamtlich engagiert.

Wir werden sie vermissen und sie in dankbarer und ehrender Erinnerung behalten.

SoVD-Kreisverband Bielefeld mit allen Untergliederungen



Herzlichen Glückwunsch



Termine der Kreis- und Ortsverbände



Foto: Smileus / Adobe Stock



Foto: Wellnhofer Designs / Adobe Stock

Allen Geburtstagskindern und Jubilar*innen im Mai wünscht der SoVD Nordrhein-Westfalen e. V. auf diesem Wege alles Gute und dankt für die Treue zum Verband. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aus Platzgründen nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht werden können.

KV Bergisches Land: Hildegard Münch (90), Paul Strauch (97).

KV Bielefeld: Melanie Hansmann (90), Renate Höner (90), Jutta Otto (90), Horst Oberwetter (91).

KV Bochum-Hattingen: Inge Schüßler (90), Margot Scheiblich (91), Elisabeth Kütemann (92), Walter Vaupel (92), Ingrid Mosel (95).

KV Dortmund: Hans Babienek (90), Elisabeth Wrzosok (90), Wilhelm Eckert (91), Inge Krügel (91), Ingrid Lohmann (91), Hans Schulenburg (91), Gertrud Vieregge (91), Elisabeth Poggel (92), Ursula Lappe (94), Helga Mestermann (97), Gisela Bauer (98).

KV Düsseldorf: Lutz Hey (91), Margret Knief (101).

KV Essen: Ingrid Bloh (90), Helmut Petrat (90), Wolfgang Schneider (90), Hannelore Schulz (90), Siegfried Miebach (91), Hasso Schmidt (95), Helmut Kaulbarsch (96).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Hans Termeer (91), Otto Lemke (95), Hans Pohlenz (97).

KV Gladbeck: Franz Utenka (94), Rosa Hacker (97).

KV Gütersloh: Maria Niehüser (90), Willi Pollmeier (90), Fritz Beier (91), Ursula Vetterlein (99).

KV Hamm-Unna: Helga Andrejewski (90), Heinrich Weisshoff (90), Josef Maresch (91), Bernhard Stein (91), Annegret Knispel (96).

KV Herford: Richard Ohm (92).

KV Köln-Bonn-Aachen: Ingrid Aldus (92), Helene Nonn (92), Irmgard Thiel (95), Kurt Weber (95), Ingeborg Klitscher (98).

KV Lippe: Elisabeth Bruhnke (90), Hiltrud Plöger Abreu (91).

KV Lübbecke: Herbert Brinkmeier (90), Elfriede Schüttenberg (90), Ilse Büttemeier (91), Inge Steinweg (91), Inge Gildenstern (92), Helga Marpe (92), Lisa Spreen (92), Adelheid Tiemann (92), Liebtraud Bökelheide (93), Helmut Nedderhoff (93), Reinhard Budde (94), Luise Jürgens (94), Willi Spreen (94), Wilma Donzelmann (95), Wilhelm Niemeyer (96), Irma Käding (98), Elfriede Stegemöler (98), Minna Sprado (106).

KV Märkischer Kreis: Helga Ulenbrauck (92), Georg Christ (93), Manfred Mausolf (93), Monika Vester (94), Elfriede Schnadt (95).

KV Minden: Marianne Maihoefer (90), Helga Korff (93), Heinz Walter (93), Hanna Südmeier (94), Helmut Witte (95), Elly Goldbach (99), Waldtraud Ludwig (101).

KV Recklinghausen: Irmgard Witjes (94), Bernhard Härtel (95), Sigrid Neuhaus (96).

KV Westfalen-Ost: Richard Vöding (91).

KV Witten: Otto Lipfert (90).

Ortsverband Ahle

12. Mai, 19 Uhr: Grillen, Sportlerheim, **Anmeldung bis 5. Mai.**

Ortsverband Bielefeld-Mitte

Vorschau: 12. Juni, 15 Uhr: Mitgliederversammlung im Clubheim Bolbrinkers, Bolbrinkersweg 33, 33617 Bielefeld. **Anmeldung erforderlich bis zum 7. Juni** bei Joachim Brasch, Tel.: 0172/28 55 119 oder Cornelia Kornds, Tel.: 0175/87 03 780.

Ortsverband Bochum-Wattenscheid

Jeden 3. Donnerstag, 17 Uhr: Mitgliederversammlung, Gaststätte Pütz, An der Papenburg 11, 44866 Bochum.

Ortsverband Lemgo

29. Mai: Tagesfahrt zu der Firma Wenatex mit anschließendem Spargelesen. Infos und Anmeldung bei Kerstin Topp, Tel.: 05261/18 67 46 oder unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren/sovdlippe/ov-brake.

Ortsverband Brackwede-Mitte

Jeden 2. Samstag, 10 Uhr: Mitgliedertreffen im Nachbarschaftstreff der Diakonie, Uhtmannstraße 13, 33647 Bielefeld.

Ortsverband Dortmund-Eving

Jeden 1. Montag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Vereinshaus St. Barbara, Kappenberger Straße 2-4, 44339 Dortmund.

Ortsverband Essen Süd / Ost / West

Jeden 1. Mittwoch im Monat, 17 Uhr: Stammtisch im Café „Extrablatt“, Rütterscheider Straße 58, 45130 Essen.

Ortsverband Gelsenkirchen-Altstadt

Jeden 2. Mittwoch im Monat, 18 Uhr: Mitgliederversammlung, Goldene Gans, Alter Markt 10, 45879 Gelsenkirchen.

Jeden 4. Mittwoch im Monat, 18 Uhr: Stammtisch an wechselnden Orten. Info und Anmeldung

unter Tel.: 0176/20 94 76 81.

Aktuelle Infos und Anmeldung unter Tel.: 0209/17 16 18 19 oder E-Mail an: berndegonbecker@gmx.de.

Ortsverband Halver

20. Mai, 14.30 Uhr: Treffen im Bürgerzentrum, Mühlenstraße 2, 58553 Halver.

Ortsverband Herne / Wanne-Eickel

Gruppe Wanne-Eickel: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 14 Uhr: Frauenstunde; 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Flora Marzina Seniorenzentrum, Hauptstraße 360, 44649 Herne.

Gruppe Herne: Jeden 2. Dienstag im Monat, 16 Uhr: Mitgliedertreffen, Thomas-Morus-Haus, Widumerstraße 23 a, 44627 Herne.

Kreisverband Köln-Bonn-Aachen

22. Mai, 16.30 Uhr: Besuch des Händchen-Theater. Anmeldung bei: Waltraud Brandt, Tel.: 0221/61 43 79, E-Mail: brandt.w27@gmail.com.

Ortsverband Lübbecke

20. Mai, 11.30 Uhr: Spargelesen. Abfahrt am Bushof Aschmeyer, Industriegebiet Lübbecke, zum Spargelhof Winkelmann in Tonnenheide, mit Möglichkeit, im Hofladen einzukaufen. Es wird zum Selbstkostenpreis abgerechnet. **Anmeldung bis 15. Mai** bei Bernhard Kostka, Tel.: 05741/91 19.

Ortsverband Lütgendortmund

10. Mai, 14 Uhr: Teilnahme am Festumzug des Dorffestes, Treffpunkt: Werner Straße / Im ersten Westfeld, 44388 Dortmund.

Ortsverband Mülheim / Oberhausen

9. Mai, 17 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Wahlen des Vorstandes, Gaststätte Bürgergarten, Aktienstraße 84, 45473 Mülheim. **Verbindliche Anmel-**

dung bei Norbert Tigges, Tel.: 0163/17 01 024, E-Mail: nortig@web.de oder bei Hildegard Kleine, Tel.: 0208/45 85 160, E-Mail: hildegard.kleine@gmx.de.

Ortsverband Marl

6. Mai, 15 Uhr: Mittwochstreff, Pfarrheim St. Josef, Bergstraße 115, 45770 Marl.

Ortsverband Neuenrade

Jeden 1. Dienstag im Monat, 15 Uhr: Kaffeetrinken im Café „Karl“, Am Stadtgarten 4, 58809 Neuenrade.

Ortsverband Oberes Versetal

9. Mai: Fahrt zum Spargelhof Grothues-Potthof in Senden. 29. Mai, 15 Uhr: Infonachmittag.

Ortsverband Rödinghausen

6. Mai, 8 Uhr: Ausflug nach Venlo. Anmeldung bei Gisela Möller, Tel.: 05226/88 79 003 oder 0177/54 61 798.

Ortsverband Schildesche

18. bis 21. Mai, 10.30 Uhr: Fahrt ins Sauerland nach Olsberg, Abfahrt an der Gesamtschule. **Anmeldung erforderlich bis 5. Mai** unter Tel.: 0521/83 296.

Ortsverband Waldbröl / Siegkreis-Oderberg

13. Mai, 15 Uhr, Mitgliedertreffen, Sitzungssaal der AWO, Schladerner Straße 10-12, 51545 Waldbröl.

Ortsverband Wellensiek

2. Mai, 10 Uhr: Spargelfahrt nach Winkelmann mit Spargelbüfett und Kaffeetrinken. Moorbahnfahrt möglich (8 Euro).

9. Mai, 10 Uhr: Brunch im Gellershagener Stübchen, Koblenzer Straße 59, 33613 Bielefeld.

15. Mai, 15 Uhr: Mitgliedertreffen, Dahlemer Weg 24-26

Für alle Veranstaltungen ist eine Anmeldung erforderlich bei Helga Sack unter Tel.: 05206/92 39 876 oder 0157/58 42 86 59 oder E-Mail an: helgasack@yahoo.de.

www.sovd-nrw.de



Foto: eyetronic / Adobe Stock

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211/38 60 30, Fax: 0211/38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sovdlippe.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211/3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sovdlippe.de.

Layout / Schlussredaktion: Redaktion der SoVD-Zeitung, Tel.: 030/72 62 22 141, E-Mail: redaktion@sovdlippe.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Fotos oder Texte.

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Karin Kaiser (Bielefeld), Peter Ernst (Essen), Ferdinand Hausleithner (Gütersloh), Heinz Jäger (Lübbecke), Ilona Hahn (Märkischer Kreis), Waltraud Hartmann (Minden).

45 Jahre: Inge Feischen

(Gütersloh), Wolfgang Rödelbronn (Hamm-Unna-Münster), Almut Berger (Köln-Bonn-Aachen), Brigitte Sander (Lübbecke), Elfriede Diekmann (Minden), Falko Gerstenberger (Recklinghausen).

50 Jahre: Irmgard Gogolin,

Wolfgang Falk (Köln-Bonn-Aachen), Jürgen Markgraf (Lippe).

55 Jahre: Hans-Georg Müller (Dortmund), Angelika Kirchoff (Märkischer Kreis), Manfred Busse (Minden), Ellen Müller (Witten).

Der SoVD war mit zahlreichen Aktionen zum Equal Pay Day in den Landkreisen präsent

Über bestehende Lohnungleichheit informiert

Rund um den Equal Pay Day am 27. Februar hatten sich zahlreiche Frauengruppen des SoVD in Schleswig-Holstein mit Aktionen und Informationsständen in Fußgängerzonen beteiligt, um auf bestehende Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern aufmerksam zu machen. Ziel war es, über Ursachen und Folgen des sogenannten Gender Pay Gap zu informieren und mit Passant*innen ins Gespräch zu kommen.

Der Equal Pay Day markiert symbolisch den Tag, bis zu dem Frauen im neuen Jahr rechnerisch arbeiten müssen, um das durchschnittliche Jahresein-

kommen von Männern aus dem Vorjahr zu erreichen. Grundlage ist eine europaweit einheitliche Berechnungsmethode des Statistischen Bundesamtes. In die-

sem Jahr fiel der Aktionstag auf den 27. Februar. Aktuelle Zahlen zeigen weiterhin deutliche Unterschiede: Frauen leisten durchschnittlich 30 Stunden unbezahlte Arbeit pro Woche, Männer hingegen 21 Stunden. Zudem sind nur 29,1 Prozent der Führungspositionen weiblich besetzt, und die Alterseinkünfte von Frauen lagen 2024 im Schnitt 25,8 Prozent unter denen der Männer. Während der Gender Pay Gap im Osten Deutschlands 2025 bei fünf Prozent lag, betrug er im Westen weiterhin 17 Prozent – damit zählt Deutschland im europäischen Vergleich weiterhin zu den Schlusslichtern.

Auch im Kreis Ostholstein informierte der SoVD an mehreren Standorten über diese Entwicklungen. Die Ortsverbände Oldenburg, Lensahn und Schönwalde präsentierten die Zahlen gemeinsam mit der Kreisfrauensprecherin Sylvia Böttcher sowie der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Neustadt, Natalia von Levetzow, in der Neustädter Fußgängerzone während des Wochenmarktes. Viele Passant*innen nutzten die Gelegenheit, sich über Lohngerechtigkeit und gesellschaftliche Rahmenbedingungen auszutauschen.

Im Kreis Plön organisierten die SoVD-Frauensprecherinnen der Ortsverbände Ascheberg, Preetz und Plön gemeinsam mit der Kreisfrauensprecherin einen Infostand in der Plöner Fußgängerzone. Dort konnten



In Plön engagierten sich die Frauensprecherinnen aus dem Kreisverband und aus den Ortsverbänden.



Kreisfrauensprecherin Sylvia Böttcher (li.) und Elke Andresen, Vorsitzende im Ortsverband Oldenburg, zeigten im Kreis Ostholstein Flagge.



Auch in Pinneberg waren SoVD-Frauen aus dem ganzen Kreis aktiv.



In Neumünster schaute sogar Oberbürgermeister Tobias Bergmann (SPD, Mitte) am SoVD-Stand vorbei.

unter anderem die Landesfrauensprecherin Gudrun Karp, Bürgermeisterin Mira Radünzel-Schneider sowie mehrere Gleichstellungsbeauftragte aus Stadt, Kreis und Amt Großer Plöner See begrüßt werden. Zahlreiche Gespräche mit Bürger*innen drehten sich nicht nur um den Equal Pay Day, sondern auch um die sozialpolitische Arbeit des SoVD. Die dabei

gewonnenen Anregungen wurden im Anschluss gemeinsam weiter vertieft.

Mit ihren Aktionen machten die SoVD-Frauengruppen deutlich: Lohngerechtigkeit bleibt ein zentrales gesellschaftliches Thema – und erfordert weiterhin politische Aufmerksamkeit sowie strukturelle Veränderungen, um echte Gleichstellung zu erreichen.

Teilhabe statt Barrieren!

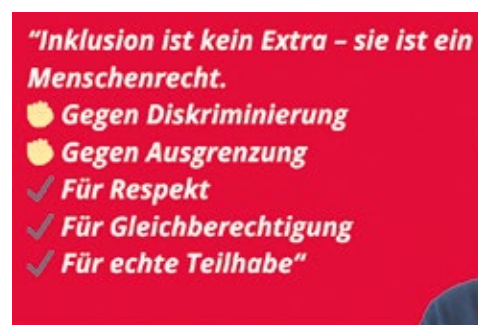
Am 5. Mai findet jedes Jahr der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen statt. An diesem Tag machen Verbände, Initiativen und Betroffene in ganz Europa darauf aufmerksam, dass Menschen mit Behinderungen noch immer mit Barrieren und Benachteiligungen konfrontiert sind.

Der Aktionstag erinnert daran, dass Teilhabe, Barrierefreiheit und Gleichberechtigung Menschenrechte sind – so wie es auch in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist, die von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Der SoVD-Landesverband setzt sich deshalb dafür ein, dass Inklusion im Alltag wirklich umgesetzt wird – in Arbeit,

Bildung, Mobilität und im gesellschaftlichen Leben.

Der SoVD Schleswig-Holstein ruft alle Betroffenen, Interessierten und Mitglieder dazu auf, sich am Protesttag zu beteiligen und wird in seinen Unterorganisationen regionale Aktivitäten anbieten.

Das Plakatmotiv zum Protesttag 2026.





Die Kursteilnehmer*innen erhielten viele wertvolle Informationen.

Medienschulung für SoVD-Ehrenamtler*innen

Fit für Social Media

Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe für das Ehrenamt hatte der Landesverband Funktionsträger*innen aus ganz Schleswig-Holstein zu einem Social-Media-Seminar eingeladen. Ziel der Veranstaltung war es, den Teilnehmenden einen besseren Einblick in die Nutzung sozialer Netzwerke für die Verbandsarbeit zu geben.

Im Kurs ging es vor allem um die Frage, wie Ortsverbände soziale Medien nutzen können, um über ihre Arbeit zu informieren und neue Mitglieder zu erreichen. Die Teilnehmenden brachten ganz unterschiedliche Vorkenntnisse mit. Einige hatten bereits erste Erfahrungen mit den Plattformen gesammelt, während andere zum ersten Mal tiefer in die Welt der sozialen Medien eintauchten.

Im Seminar vermittelten die beiden SoVD-Referenten Holger Bopp und Christian Schultz Grundlagen und praktische Tipps für Beiträge, Fotos und kurze Videos. Auch der Austausch untereinander spielte eine wichtige Rolle.

Veranstaltungen der „Eingeloggt!“-Woche des SoVD waren sehr nachgefragt

Prominente Unterstützung

Mit zehn Veranstaltungen in den beiden Modellregionen Dithmarschen und Kiel haben die Digitalen Gesandten des SoVD während der „Eingeloggt!“-Woche mehr als 200 Senior*innen erreicht, erste Probleme vor Ort gelöst und viele Anfragen für weiterreichende Unterstützung notiert.

„Wenn man eine Reise plant, braucht man genaue Wetterinformationen und die findet man am besten und aktuellsten online“, sagt NDR-Wettermoderator Sebastian Wache. Deshalb unterstützte er die Digitalen Gesandten während der landesweiten „Eingeloggt!“-Woche. Bei der Handy-Sprechstunde in der Förde-Sparkasse Kiel-Mitte beriet er Seite an Seite mit den Digitalen Gesandten des SoVD Ratsuchende zu allen Fragen rund ums Smartphone. Denn, dass ältere Menschen manchmal Tipps für den Umgang mit Handy und Computer brauchen, das kennt er aus der eigenen Familie.

In Dithmarschen besuchte Staatssekretärin Silke Müller-Tobias (Bündnis 90/Die Grünen) den Digitalen Stammtisch des SoVD in Büsum. Angesichts des großen Andrangs wurde auch sie spontan zur Digitalen Gesandten auf Zeit und half Senior*innen beim Umgang mit dem Handy.

Wer in Dithmarschen oder



Erdmute Strecker (ganz links) war zufrieden mit der Beratung durch Sebastian Wache, Ute Wulf und Kerrin Schöne.

Kiel wohnt, eine Schulungsgruppe für Fragen rund um Smartphone und PC sucht oder sich einen Besuch der Digitalen Gesandten im häuslichen Umfeld wünscht, kann anrufen unter Tel.: 0431/65 95 94 29

(Montag und Dienstag von 9 bis 11 Uhr, Mittwoch und Donnerstag von 15 bis 17 Uhr), oder kann eine Mail schicken an: digitale-gesandte@sovd-sh.de. Alle Angebote der Digitalen Gesandten sind kostenlos.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Ortsverband Kronshagen

Ortsverband Kronshagen

Im Rahmen einer landesweiten Gesundheitskampagne unter dem Motto „Runter vom Sofa!“ haben die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein e.V. und die Ärztekammer Schleswig-Holstein dazu aufgerufen, Bewegung, gesunde Ernährung und Prävention stärker in den Alltag zu integrieren. Der SoVD-Ortsverband Kronshagen griff dieses Thema auf und lud seine Mitglieder ins Bürgerhaus ein. Die Teilnehmenden beteiligten sich engagiert und brachten



Ortsverband Freienwill-Hürup

ihre eigenen Erfahrungen und Anregungen in die Diskussion ein.

Ortsverband Freienwill-Hürup

Der Ortsverband Freienwill-Hürup hat auf seiner Jahreshauptversammlung die Auflösung des Ortsverbandes beschlossen, da sich kein neuer Vorstand finden ließ. Gleichzeitig wird eine Fusion mit dem Ortsverband Satrup (Mittelangeln) vorbereitet, über die die Mitglieder gesondert informiert werden. (S. Foto, v. li.: Silke und Karl-Friedrich Hansen wurden für

10 Jahre, Helge und Michael Styn für 20 Jahre von der Vorsitzenden Maren Matthiesen geehrt.)

Ortsverband Kappeln

Im Ortsverband Kappeln geht der gesamte Vorstand nach der Wahl in die nächste Runde. Erfreulich: Sogar drei neue Vorstandsmitglieder sind nun mit dabei. Der Ortsverband in Kappeln hat inzwischen 1.260 Mitglieder.

Ortsverband Nordhastedt

Der SoVD Nordhastedt unternahm eine Halbtagsfahrt zur



Ortsverband Kappeln

Spedition Friedrich A. Kruse jun. in Brunsbüttel. Die Teilnehmenden besichtigten das beeindruckende, voll automatisierte Hochregallager und ließen den Nachmittag anschließend bei Kaffee und guten Gesprächen in der Strandhalle Beckmann ausklingen.

Ortsverband Osdorf

Bei der Mitgliederversammlung wurde der bisherige Vorstand entlastet und in den anschließenden Wahlen im Amt bestätigt. Während einer Kaffeetafel informierte der

Ortsverband über die Termine des Jahres 2026, darunter das 75-jährige Jubiläum im Oktober sowie die Teilnahme an der 150-Jahrfeier der Gemeinde Osdorf im Mai.

Ortsverband Giekau

Bei der Jahreshauptversammlung standen neben den Tätigkeitsberichten auch Vorstandswahlen auf der Tagesordnung. Unter der Leitung von Wolfgang Schneider vom SoVD-Kreisverband Plön bestätigten die Mitglieder den Vorstand weitgehend für weitere zwei Jahre,



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Drelsdorf

In Drelsdorf wählten die Mitglieder den aktuellen Vorstand um Holger Kohn für zwei weitere Jahre. Emotional wurde es auf der Versammlung, als Karin Kohn, die Mutter des aktuellen Vorsitzenden, und Adolf Hinrichsen nach vielen Jahren ehrenamtlicher Arbeit verabschiedet wurden. (S. Foto, v. l.: die alten und neuen Vorsitzenden im Ortsverband Drelsdorf: Adolf Hinrichsen, Christa Hansen und Holger Kohn.)



Ortsverband Drelsdorf



Kreisverband Pinneberg



Ortsverband Kirchwerder

Kreisverband Pinneberg

Heike Lorenzen aus Kummerfeld wurde in das Bürgerbuch des Kreises Pinneberg aufgenommen für herausragendes Engagement für das Gemeinwohl. Seit 38 Jahren setzt sie sich im SoVD ein, war über 20 Jahre Sozialrichterin und engagiert sich unter anderem im Landesfrauenausschuss. (S. Foto, v. li.: die stellvertretende Kreispräsidentin Elke Schreiber und Heike Lorenzen.)



Ortsverband Harrislee



Ortsverband Göhl

Ortsverband Kirchwerder

Auf der Jahreshauptversammlung wählten die Mitglieder einen neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde Wolfgang Wilken gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Brigitte Timmann, Helga Schröder, Monika Koops, Kirsten und Ronald Dahlke, Renate Kruse, Gernod Liebehenz, Sigrid Tanski, Dieter Schröder und Walter Eggers.



Ortsverband Horstedt



Ortsverband Preetz

Ortsverband Harrislee

Auf der Mitgliederversammlung wurde der Vorstand um die Vorsitzende Ute Steimle größtenteils wiedergewählt. Zum Team gehören Schatzmeisterin Gisela Dunker, ihre Stellvertreterin Angela Hansen, Schriftführerin Birgitt Weidemann, die Beisitzer*innen Dieter Dunker, Renate Salzburg und Angelika Kahra sowie die Revisor*innen Susanne Birr, Peter Danielsen und Torsten Thomas.

Urkunden und Ehrennadeln ausgezeichnet.

Ortsverband Horstedt
Anfang März feierte der SoVD Horstedt sein 75-jähriges Bestehen mit 45 Gästen. Die Vorsitzende Elke Westphal begrüßte unter anderem den Bürgermeister sowie Thomas Christiansen als Vertreter des Kreisverbandes. Nach dem gemeinsamen Essen sorgten die Hattstedter Feuerwehrkapelle und die Jugend-Theatergruppe aus Horstedt für Unterhaltung.

eindruckende Erfolgsgeschichte zurück. Rund 20 Prozent der Preetzer Bevölkerung sind Mitglied. (S. Foto, v. li.: Kurt Heese Vorsitzender bis Januar 2026, Kreisvorsitzende Gudrun Karp, Ortsvorsitzender Ove von Dohlen und Landesvorsitzender Alfred Bornhalm.)

Ortsverband Sülfeld

Bei der Jahreshauptversammlung wurde der Vorstand nahezu einstimmig neu gewählt. Sybille Schwarzloh ist 2. Vorsitzende, Melanie Armonies Frauensprecherin und Andrea Berkenkemper neue Beisitzerin. Zugleich bestätigten die Mitglieder Carola Beeck als Vorsitzende sowie weitere Vor-



Ortsverband Sülfeld

Ortsverband Göhl

Personelle Kontinuität und Ehrungen prägten die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Göhl. Der Vorsitzende Horst Gorke wurde im Amt bestätigt, neu als 2. Vorsitzender wurde Tim Behnke gewählt, während weitere Vorstandsmitglieder ihre Aufgaben fortführen. Zudem wurden langjährige Mitglieder für ihre Treue mit

standsmittglieder in ihren Ämtern. Für besonders langjährige Mitglieder gab es in Sülfeld einen Präsentkorb (s. Foto, v. li.:

Erhard Schröder für 40, Nikolaus Hartmann für 35 sowie Hulda Valentin und Thomas Stubbe für 30 Jahre).



Ortsverband Tangstedt / Stormarn



OV Hanerau-Hademarschen



Ortsverband Högel



Ortsverband Schacht-Audorf



Ortsverband Schwesing



Ortsverband Bad Segeberg

Ortsverband Tangstedt / Stormarn

Am 6. März wurde ein neuer Vorstand gewählt: sieben Frauen und acht Männer zwischen 31 und 86 Jahren. Zu den geplanten Veranstaltungen gehört z. B. ein White Dinner beim Vorsitzenden Jan Lauschke (s. Foto, re.) im Garten.

Ortsverband Hanerau-Hademarschen

Nach 16 Jahren Vorstandsarbeit, davon zehn Jahre als Vorsitzende, übergab Brigitte Marth ihr Amt an Toni Niemöller (s. Foto: Brigitte Marth und Toni Niemöller, li.). Zudem wurden langjährige Mitglieder geehrt, darunter Renate Voss für 40 Jahre sowie Hannelore und Heinrich Thesing für 25 Jahre.

Ortsverband Högel

Der Vorsitzende Ernst Peter Carstensen konnte am 12. März 30 Mitglieder sowie als Gast Thomas Christiansen vom Kreisvorstand Nordfriesland begrüßen. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Ernst Peter Carstensen, 2. Vorsitzende Katrin Resas, Schatzmeisterin Jutta Carstensen, Schriftführer Marc Zowe, Frauenbeauftragte Elke Magnussen, Beisitzer*in Friedrich Schutter und Finja Belusa, Revisor*innen: Hans Resas, Uwe Bausche und Dörte Zowe. Elke Magnussen wurde anschließend für 10 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Ortsverband Schacht-Audorf

Für 25-jährige Mitgliedschaft wurde Werner Sievers

ausgezeichnet, für zehn Jahre ehrenamtliches Engagement Uwe Rohweder. Zudem wurde ein neuer Vorstand gewählt, an dessen Spitze weiterhin Eckarde Reese steht.

Ortsverband Schwesing

Brigitte Schröder und alle weiteren Vorstandsmitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt. Ingrid Christophersen und Annegrete Clausen wurden für 30-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet, Renate Hasche für ihr 20-jähriges ehrenamtliches Engagement.

Ortsverband Bad Segeberg

Auf der Mitgliederversammlung wurden Mitglieder geehrt und ein neuer Vorstand gewählt, ergänzt von Ulrike Schmidtke als neue Beisitzerin. Kirsten Grundmann bleibt weiterhin Vorsitzende.

Ortsverband Plön

Zum Weltfrauentag hatte der SoVD seine weiblichen Mitglieder zu einem gemeinsamen Frühstück eingeladen. Drei



Ortsverband Plön

männliche Mitglieder übernahmen dabei den Service.

Ortsverband Kiel-Ellerbek

Wechsel an der Spitze: „Fiete“ Möller trat aus gesundheitlichen Gründen nicht noch einmal als Vorsitzender an. Neue Vorsitzende wurde Sylvia Szyle (s. Foto: Der neue Vorstand mit der Vorsitzenden Sylvia Szyle, oben re.)

Ortsverbandes Tornesch

92 Mitglieder wählten auf der Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand. Die 2. Pinneberger Kreisvorsitzende Andrea Hansen, Bürgermeister Christopher Radon (CDU) und Bürgervorsteher Daniel Kölbl übernahmen die Auszählung (s. Foto, v. li.: Andrea Hansen, 2. Frauenbeauftragte Wiebke Marin, Daniel Kölbl, Christopher Radon, Schatzmeisterin Gitta Bunte, 2. Schriftführerin Kimberly Singh, die Beisitzer*innen Uwe Schmidtke, Michael Wetzel und Carmen Jonas, Frauenbeauftragte Anne-Martha Schmidt, Schriftführerin Monika Hachmann, 1. Vorsitzende Marion Lange und 2. Vorsitzende Silvia Radsziwill.)

Ortsverband Buchholz

Im Ortsverband Buchholz wurde Heinke Braasch als Vorsitzende bestätigt. Neu in den Vorstand rückte Peter Kessler als 2. Vorsitzender nach, während weitere Vorstandsmitglieder in ihren Ämtern bestätigt wurden. Zuvor wurde Uwe Bohlmann für seine langjährige und engagierte Tätigkeit im Vorstand verabschiedet.



Ortsverband Kiel-Ellerbek



Ortsverband Tornesch



Ortsverband Buchholz



Ortsverband Flintbek



Ortsverband Reher



Ortsverband Aventoft



Ortsverband Uetersen

würdigten das Engagement des SoVD.

Ortsverband Uetersen

Der Vorstand wurde von der Versammlung der Mitglieder im Amt bestätigt. Bürgermeister Dirk Woschei (SPD) lobte in seinem Grußwort die Beiträge des SoVD für das gute Zusammenleben in der Stadtgesellschaft. (S. Foto: Das Leitungsteam mit dem Vorsitzenden Reinhard Kühne, 3. v. re.)



Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop



Ortsverband Brunsbüttel

Ortsverband Elmshorn / Sparrieshoop

Rund 100 Mitglieder kamen, um den neuen Vorstand zu wählen. Vorsitzender Dieter Wenskat wurde im Amt bestätigt, zum neuen Stellvertreter wählten die Mitglieder den bisherigen Schriftführer Harry Zimmermann. Auch bei den Revisor*innen gab es Bewegung: Volker Timm ist nach vielen Jahren aus Altersgründen ausgeschieden – neu dabei sind nun Jutta Schinko, Petra Retzke und Roswitha Wüstenberg.



Ortsverband Groß Wittensee

Ortsverband Wesselburen

Die erste Mehrtagesfahrt des Jahres ging in das Ostseebad Kolberg in Polen. Die Teilnehmer*innen waren im Hotel Ikar Plaza untergebracht und genossen neben verschiedenen Anwendungen auch das abwechslungsreiche Büfett. Bei schönem Wetter blieb zudem Zeit für Spaziergänge an der Ostseepromenade – für viele war die Reise so gelungen, dass bereits der Wunsch nach einer Wiederholung im nächsten Jahr geäußert wurde.

dem bestätigten die Mitglieder den bisherigen Vorstand, der unter dem Vorsitz von Johannes Janke seine Arbeit fortsetzt. (S. Foto, v. li.: Anke Struve, SoVD-Sozialberatungszentrum Itzehoe, Vorsitzender Johannes Janke, Angelika Hauschild, Herbert Barnick und Manfred Gutowski.)

Ortsverband Brunsbüttel

Auf der Jahreshauptversammlung wurden mehrere Vorstandsmitglieder für ihr langjähriges Engagement geehrt (s. Foto, v. li.: Erich Kröger, Betty Peers, Helga Raap, Helga Schepler, Gisela Grahn und Marlies Mugai).

Ortsverband Osterfeld-Winnert

An der Spitze des Ortsverbandes steht künftig Ulrich Weber als Vorsitzender. Zuvor wurde über eine positive Mitgliederentwicklung (260 Mitglieder zum Jahresende 2025), gut besuchte Veranstaltungen sowie die wichtige soziale Beratungsarbeit berichtet und dem langjährigen, verstorbenen Vorsitzenden Gerd Schröder gedacht. Gäste aus Politik und Verband

Ortsverband Groß Wittensee

Bei der konstituierenden Sitzung wurde Dagmar Matthiesen aus Sehestedt zur neuen Vorsitzenden gewählt. Auch die Ämter des Schriftwartes und des Kassenswartes wurden neu besetzt. (S. Foto: Der neue Vorstand in Groß Wittensee mit der Vorsitzenden Dagmar Matthiesen, 6. v. li.)



Ortsverband Weddingstedt

Ortsverband Weddingstedt

Zum neuen Vorsitzenden wurde Jörg Glozober gewählt, Stellvertreterin bleibt Anekatriin Jaster. Außerdem gehören Schatzmeisterin Silke Claußen, Schriftführerin Anne Schott, Frauensprecherin Anke Hanisch sowie die Beisitzer Erwin Hecke, Christian Hanisch und Hartmut Boecke dem Gremium an. Tanja Wölm schied aus beruflichen Gründen aus und wurde für ihr Engagement gelobt.



Ortsverband Sprenge

Ortsverband Sprenge

Alte und zugleich neue Vorsitzende ist Birgit Bosma. Sie konnte drei neue Mitglieder in ihrem Team begrüßen: Kerstin Squarr als 2. Vorsitzende, Yvonne Andersen als Frauenbe-

auftragte und Stefanie Schönfeld als Beisitzerin.

ten begeistert die Aufführung „Sneedriven“ der Seberger Speeldeel. Nach Kaffee und Kuchen sorgte das etwa 90-minütige Stück für viele Lacher.

Ortsverband Reher

Für 10 Jahre wurde Angelika Hauschild ausgezeichnet, für 20 Jahre Manfred Gutowski und für 40 Jahre Herbert Barnick, der den Verband viele Jahre als 1. Vorsitzender geprägt hat. Zu-

Ortsverband Flintbek

Rund 160 Zuschauer verfolg-



OV Timmendorfer Strand

Ortsverband Timmendorfer Strand

Gut gelaunt und voller Tatendrang nahm der neue Vorstand im März seine Arbeit auf (s. Foto, v. li.: Uwe Janke, Christiana Amter, Brigitte Lichtenfeldt, Dieter Muxfeldt, Bettina Dreyer, Gudula Bauer, Wiebke Muxfeldt und Veronika Schrötter).

Ortsverbandes Eddelak

Der Vorstand ehrte zahlreiche Mitglieder: für 20 Jahre Mitgliedschaft Marlies und Manfred Decher sowie Telse und Uwe Jebens, für 25 Jahre Marianne Janzen und Dagmar Poppe sowie für stolze 35 Jahre Anke Migge. Zudem erhielten mehrere Mitglieder eine Ehrung für zehnjährige Zugehörigkeit.

Ortsverband Bad Oldesloe

Der Ortsverband wählte auf seiner jüngsten Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand. Im Rahmen der Versammlung wurden außerdem Ingrid Klieboldt und Kirsten Tüngel für 20 Jahre ehrenamtliche Mitarbeit geehrt. Die 2. Kreisvorsitzende Corinna Reichardt überreichte die Ehrungen im Namen des Landesvorstandes.

Ortsverband Kummerfeld-Prisdorf-Tangstedt

Heike Lorenzen bleibt Vorsitzende. Die Mitglieder bestätigten sie gemeinsam mit großen Teilen des Vorstandes im Amt. Zudem wurden zahlreiche langjährige Mitglieder geehrt und der Pflegestützpunkt Pinneberg informierte über seine Arbeit sowie die aktuelle Situation in der Pflege.

Ortsverband Nusse

Anlässlich des Internationalen Weltfrauentags gab es ein



Ortsverband Eddelak

gut besuchtes Frauenfrühstück im Feuerwehrhaus Poggensee. Bei den Vorstandswahlen eine Woche später wurde der bisherige Vorstand um Romy Schröder in seinem Amt bestätigt und setzt seine Arbeit fort – allerdings mit vier Beisitzern weniger.

Ortsverband Schafstedt

In Schafstedt konnten alle Vorstandsämter besetzt werden. Neu dabei ist als Schatzmeisterin Sabine Kruse, die das Amt von Renate Bade übernimmt. Für ihre Vorstandsarbeit wurden geehrt: Rainer Steffan für 5 Jahre, Elke Wolters für 10 Jahre als Revisorin und Hannelore Scheel für 15 Jahre als Schriftführerin.

Ortsverband Wahlstedt

Nach dem vollständigen Rücktritt des bisherigen Vorstandes Ende 2025 hat der Ortsverband Wahlstedt auf seiner Jahreshauptversammlung erfolgreich einen neuen Vorstand gewählt. Auf Initiative von Dirk Stock, der gemeinsam mit einem engagierten Team kandidierte und dabei Unterstützung aus dem Kreisverband erhielt, konnten alle Positionen neu besetzt werden. Stock wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt, auch die übrigen Kandidat*innen erhielten mit großer Mehrheit das Vertrauen der anwesenden Mitglieder.

Ortsverband Reinbek

Vorstandswahlen auch in Reinbek: Die knapp 40 anwesenden Mitglieder wählten als Vorsitzende erneut Elisabeth Musa-Uder, Schatzmeister Karl-Heinz Stuckenbröker, Schriftführerin Marlis Thiele und Frauenbeauftragte Rena-

te Orłowski; als Beisitzende wurden Vigo Buldmann und Monika Leschniewski gewählt, als Revisor*innen Cornelia Buldmann, Inge Degener und Johann Ryll.

Ortsverband Lütjenburg

In Lütjenburg wurde der internationale Frauentag gebührend gefeiert. Bei einem leckeren Frühstück genossen die Teilnehmer*innen den persönlichen Austausch.

Ortsverband Westre

Bahne Petersen wurde nach mehreren Jahren als 2. Vorsitzender verabschiedet. Zu seinem Nachfolger wählten die Mitglieder Peter Max Hansen. Bernd Paysen wurde außerdem zum neuen Beisitzer bestimmt.

Ortsverband Oster-Wester-Ohrstedt

Geehrt wurden Arno Belasus für 45 Jahre Mitgliedschaft, Irene Petersen-Gediehn für 20 sowie Willi Hübner für 14 Jahre Vorstandsarbeit. Zudem sprach der Kreisvertreter Hans Christian Domeyer über aktuelle sozialpolitische Themen wie Pflegenotstand und Altersarmut. Der Vorstand wurde größtenteils im Amt bestätigt, neu gewählt wurden Uwe Baack als Beisitzer und Winfried Baron als Kassenprüfer.

Ortsverband Kellinghusen

Einige Änderungen gibt es im Vorstand mit Marion Krüger als Schriftführerin, Monja Niesemann als Beisitzerin, Bruno Gailing als Schatzmeister, Antje Sörensen als 2. Schriftführerin und Dieter Schaaf als 2. Schatzmeister. Verabschiedet wurden Ingrid Rahtkens und Elisabeth Steinhagen-Kölbl. Antje Sö-



Ortsverband Bad Oldesloe



Ortsverband Schafstedt



Ortsverband Reinbek



Ortsverband Lütjenburg

rensen, Renate Beese, Brunhilde Milde und Berthold Gritzka wurden für 25 Jahre sowie Irmgard Gülke für 35 Jahre Treue geehrt.

Ortsverbandes Hohenfelde

Vorsitzender Albert Wichelmann ist in seinem Amt bestätigt worden. Nachdem der

bisherige 2. Vorsitzende Jörg Groth verstorben war, wählten die Mitglieder Monika Juffenbruch zu seiner Nachfolgerin. (S. Foto: langjährige Mitglieder in Hohenfelde, v. li.: Hildegard Lorenzen und Werner Lorenzen, 25 Jahre, Inge Bebeniß und Lore Klingbeil, 30 Jahre, und Cynthia Vacek-Kropp, 10 Jahre.)



Ortsverband Nusse



Ortsverband Westre



OV Oster-Wester-Ohrstedt



Ortsverband Kellinghusen



Ortsverband Hohenfelde



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

lediglich bei den Revisor*innen und Beisitzer*innen gab es kleinere Veränderungen. (S. Foto, v. li.: Der aktuelle Vorstand in Giekau mit dem 1. Vorsitzenden Georg Schütt, dem 2. Vorsitzenden Rolf Lattoch, Schatzmeister Dieter Hartmann, Schriftführerin Corinna Groth und Frauensprecherin Wiebke Pink-Ziarkowski.)

Ortsverband Delve

Bei der Jahreshauptversammlung wurde Heidi Gnefkow als Vorsitzende bestätigt; zum neuen Vorstand gehören unter anderem Marita Seebandt als 2. Vorsitzende, Tobias Hellmold als Schatzmeister sowie weitere Vorstands- und Beiratsmitglieder. Bürgermeister und Gäste würdigten das große ehrenamtliche Engagement im Ort. Der Ortsverband kündigte zudem ein abwechslungsreiches Jahresprogramm mit Reisen, Grillfest und weiteren Veranstaltungen an.

Ortsverband Garbek

Harald Hinz wurde auf der Mitgliederversammlung einstimmig als Vorsitzender wiedergewählt, ebenso wie Erika Schult als Frauenbeauftragte, Sigrid Tetzlaff als Beisitzerin und Angelika Vadersen als Revisorin. Zudem ehrte der Verband Anke Witt sowie Marita und Helmut Mantey für 20-jährige Mitgliedschaft.

Ortsverband Bad Bramstedt

Auf der Jahreshauptversammlung wurde ein neuer Vorstand gewählt: Hans-Joachim Nitschke übernahm den Vorsitz von Helga Bogasch, die für ihr langjähriges Engagement mit der Ehrenplakette des Landes ausgezeichnet wurde. Zudem wurden Heike Zens als Schatzmeisterin sowie alle weiteren Vorstandsmitglieder einstimmig gewählt und langjährige Mitglieder – darunter Brigitte Hanff für 40 Jahre – geehrt.

Ortsverband Quickborn-Ellerau

Zwei Mitglieder wurden auf der letzten Mitgliederversamm-



Ortsverband Giekau



Ortsverband Delve



Ortsverband Garbek

lung besonders geehrt: Die 86-jährige Lisa Fellbrich, da sie sich bereits seit über 15 Jahren ehrenamtlich im Ortsverband einbringt und Thomas Köppl

für 20 Jahre Ehrenamt als Revisor. (S. Foto, v.li.: die Vorsitzende Heike Schröder mit den beiden Geehrten und dem 2. Kreisvorsitzenden Reinhard Kühne.)



Ortsverband Bad Bramstedt



Ortsverband Quickborn-Ellerau



Auszeichnungen

Für 10-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Kirsten Grundmann,
Ortsverband Bad Segeberg,

Peter Machus,
Ortsverband Bad Segeberg.

Für 15-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Melissa Bässmann,
Ortsverband Bad Segeberg.

Für 20-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Joachim Bielefeld,
Ortsverband Rümpel,

Helga Bogasch,
Ortsverband Bad Bramstedt,

Christa Haß,
Ortsverband Ecklak-Kudensee,

Helmke Holm,
Ortsverband Kuden,

Thomas Köppl,
Ortsverband Quickborn-Ellerau,

Brigitte Koslowski,
Ortsverband Geschendorf-Westerade,

Karin Lübker,
Ortsverband Geschendorf-Westerade,

Dieter Luckenwald,
Ortsverband Handewitt,

Bernhard Prautzsch,
Ortsverband Willinghusen-Barsbüttel,

Doris Reis-Volkmann,
Ortsverband Wöhrden,

Horst Seifert,
Ortsverband Westerrönfeld,

Erika Thomsen,
Ortsverband Breklum-Struckum-Almdorf-Sönnebüll-Vollstedt.

Für 30-jährige Funktionärstätigkeit wurden mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Ingrid Christophersen,
Ortsverband Schwesing,

Annegrete Clausen,
Ortsverband Schwesing,

Helga Jensen,
Ortsverband Bredstedt.

Für 35-jährige Funktionärstätigkeit wurde mit dem Ehrenschild ausgezeichnet:

Willi Kröger,
Ortsverband Süsel.

Der Vorstand des SoVD-Landesverbandes Schleswig-Holstein gratuliert herzlich.

Nachruf

In unserem Landesverband verstarben

Joachim Bock,
langjähriger 1. Vorsitzender im Ortsverband
Henstedt-Ulzburg,

Waltraud Erichsen,
langjährige 1. Vorsitzende im Ortsverband Oldenburg,

Heidemarie Hack,
langjährige Revisorin im Ortsverband Linau,

Hans-Heinrich Hansen,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Löwenstedt,

Peter Harmsen,
langjähriger Beisitzer im Ortsverband Meldorf,

Annelore Heiden,
langjährige Revisorin im Ortsverband Garding,

Gerd Ingwersen,
langjähriger Revisor im Ortsverband Nordstrand,

Karin Kühl,
langjährige Frauenbeauftragte im Ortsverband
Windbergen,

Regine Möller,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Schacht-Audorf,

Doris Petersen,
langjährige stellvertretende Schatzmeisterin im
Ortsverband Giekau,

Ruthard Schröder,
langjährige Beisitzerin im Ortsverband Giekau.

Wir werden den Verstorbenen immer ein ehrendes
Gedenken bewahren.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden

Ortsverband Meldorf-Geest

Auf der Jahreshauptversammlung des SoVD-Ortsverbandes Meldorf-Geest wurden mehrere Mitglieder für ihre langjährige Treue zum Verband geehrt. Auszeichnungen erhielten Hans-Otto Meier für 30 Jahre sowie Erich Pieper, Rolf Güldenpoff und Renate Boje für je 20 Jahre Mitgliedschaft. Ebenfalls geehrt wurden Bernd Gadermann für 25 Jahre sowie – in Abwesenheit – Christoffer Kuhr für 20 Jahre und Annegret Schnepel für 30 Jahre Mitgliedschaft.



Ortsverband Meldorf-Geest



Interview

„Jemanden an der Seite haben“

In unserer Interview-Serie stellen wir jeden Monat Menschen vor, die sich im SoVD Schleswig-Holstein ehrenamtlich engagieren. Heute sprechen wir mit Marion Lange, der neuen Vorsitzenden im Ortsverband Tornesch.

Hallo Frau Lange, Sie sind in Tornesch aufgewachsen und nun die Vorsitzende vor Ort. Wie viele Mitglieder hat Ihr Ortsverband aktuell?

Wir liegen derzeit bei etwas über 1.000 Mitgliedern. In Tornesch sind wir also schon ein ziemlich großer Ortsverband.

Was war für Sie persönlich der Auslöser, sich ehrenamtlich im SoVD zu engagieren?

Das kam durch eine eigene Erfahrung. Ich hatte Probleme mit meiner Krankenkasse und habe mir damals Hilfe beim SoVD gesucht. Später habe ich selbst einen Antrag auf Erwerbsminderungsrente gestellt. In solchen Momenten merkt man, wie emotional belastend das sein kann und wie froh man ist, wenn man jemanden an der Seite hat, der einen unterstützt. Dieses Wissen über Behörden, Ablehnungen und Widersprüche wollte ich einfach weitergeben.

Ehrenamt ist ja nicht immer nur reine Freude. Welche Seiten sind eher schwierig?

Manchmal ist es der Tonfall am Telefon. Manche Erwartungshaltungen sind sehr fordernd, so nach dem Motto „sofort und gleich“. Da fehlt gelegentlich das Verständnis dafür, dass wir das hier alles ehrenamtlich in un-

serer Freizeit machen und kein Dienstleistungsunternehmen mit Angestellten sind. Aber das hat man natürlich nicht nur im Ehrenamt: Wo Menschen zusammen kommen, kann es immer Konflikte in der Kommunikation geben.

Was entschädigt Sie für diese Momente? Gibt es Erlebnisse, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben sind?

*Ganz klar die Dankbarkeit der Menschen. Wenn jemand nach einem Kaffeemittag zu mir kommt und sagt: „Mensch, Frau Lange, das habt ihr toll gemacht“, dann ist das das schönste Lob. Es ist toll, wenn die Arbeit gesehen wird. Außerdem bilde ich mit meiner Stellvertreterin Silvia Radsziwill ein großartiges Team. Wir teilen uns die Aufgaben als Doppelspitze auf – sie eher für das Interne, ich für das Externe. Zu wissen, dass man sich blind auf die anderen verlassen kann, gibt einem ein sehr gutes Gefühl. So ist es auch mit den Kolleg*innen aus dem Vorstand und dem Helfer*innenteam – wir sind in Tornesch ein super Team.*

Sie unterstützen die Mitglieder auch bei der Sozialberatung. Wo liegen da Ihre Schwerpunkte?

Ich helfe vor allem bei der Vorbereitung von Anträgen, zum

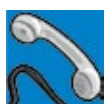


Marion Lange leitet als Vorsitzende den SoVD Tornesch.

Beispiel für den Schwerbehindertenausweis oder den Pflegegrad. Ich sehe mich da als Brücke zu den hauptamtlichen Beraterinnen in Pinneberg: Ich bereite die Unterlagen vor, damit die professionelle Beratung dort direkt anknüpfen kann. Das ist oft viel Kopfarbeit, aber es macht mir Spaß, mit Menschen zusammenzuarbeiten.

Was ist Ihnen für die Zukunft des Ortsverbandes besonders wichtig?

Der Zusammenhalt! Wir sagen ja immer „Gemeinsam sind wir stark“, und das möchte ich auch leben. Mir ist wichtig, dass wir uns auch unter den Ortsverbänden mehr austauschen. Wenn man sich trifft und Erfahrungen teilt, profitieren am Ende alle davon.



Wichtige Rufnummern

112 – Notruf für Menschen in Not. 24 Stunden, kostenlos, auch ohne Mobilfunknetz und bei gesperrtem Handy. 112 wählen Sie bei Unfällen, Bränden oder wenn Notfallsituationen eventuell lebensbedrohlich sind.

110 – Notruf der Polizei. Bei Gefahr, Straftaten oder einem Verdacht. Wählen Sie 110 immer dann, wenn Sie sich bedroht fühlen, in Gefahr befinden oder die Situation gefährlich werden könnte.

116 117 – Ärztlicher Bereitschaftsdienst. Hier erhalten Sie Hilfe außerhalb von Sprechzeiten und bei nicht lebensbedrohlichen Krankheiten, und Sie erfahren den Standort der nächsten Bereitschaftsdienstpraxis.

Der Patientenombudsverein bietet Rat und Hilfe für Patient*innen:

- für die Kreise Kiel, Rendsburg-Eckernförde, Plön, Segeberg unter Tel.: 04551/80 34 27;
- für die Kreise Ostholstein, Lübeck, Stormarn und Herzogtum Lauenburg unter Tel.: 04331/70 84 882;
- für die Kreise Neumünster, Dithmarschen, Steinburg, Pinneberg mit Helgoland unter Tel.: 04641/98 73 69;
- für die Kreise Nordfriesland, Flensburg, Schleswig-Flensburg unter Tel.: 04631/44 13 447.

Bei Fragen zur Pflege gibt es Rat unter Tel.: 04531/80 49 38.

Das Kindernottelefon – anonym und gebührenfrei erreichbar unter Tel.: 0800/11 10 333 (montags bis samstags von 14 bis 20 Uhr).

Unabhängige Patientenberatung (UPD) – gebührenfrei und bundesweit erreichbar unter Tel.: 0800/01 17 722.

Das Pflegenottelefon – Pflegebedürftige, deren Angehörige sowie Pflegekräfte erhalten Rat und Hilfe unter Tel.: 01802/49 48 47.

Das Büro der Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen, erreichbar unter Tel.: 0431/98 81 620.

www.sovd-sh.de



Foto: Jenny Sturm / Adobe Stock